



# MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Die Politische Ökonomie europäischer militarisierter  
Außenpolitik am Beispiel der EFF-finanzierten EU-Missionen in  
Mali und Niger

verfasst von | submitted by

Anna Laetitia Rauchenwald BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree  
programme code as it appears on the  
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree  
programme as it appears on the student  
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Johannes Jäger

---

## **Abstract**

---

Die EU ist seit 2012 mit militärischen Missionen in der Sahelzone aktiv, die durch Ausbildung und Ausstattung das malische und nigrische Heer bei der Terrorbekämpfung und Migrationskontrolle unterstützen sollen. Die EU27 wickeln ihre militärischen Operationen über außerbudgetäre Finanzierungsmechanismen ab. Der Europäische Rat richtete hierzu 2021 die Europäische Friedensfazilität (EFF) ein. Die durch die EFF-finanzierten Missionen sollen, so der Rat in seinem Beschluss, die Werte und Interessen der EU voranbringen: die Wahrung von Frieden, Sicherheit, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wie die kritische Überprüfung durch diese Arbeit allerdings zeigt, konterkariert die militärische Strategie der EU-Missionen diese Ziele. Diese Arbeit deckt die Zusammenhänge auf, die dazu führen, dass die EU Missionen nach Mali und Niger entsendet und dabei trotz ihres Mislingens an der militärischen Strategie festhält. Hierzu wird die politökonomische Verschränkung von Staat, Imperialismus und Militarismus theoretisch und empirisch unter die Lupe genommen. Im Sinne des kritischen Realismus werden die EFF und die durch sie finanzierten EU-Militärprojekte im Sahel durch die Methode der Abstraktion und Konkretion in das Zusammenspiel von politökonomischen Kräften, Mechanismen und Strukturen eingebettet. Durch den Akkumulationsimperativ sind die europäischen kapitalistischen Ökonomien strukturell zur Expansion nach Außen gezwungen. Die staatliche Strategie zur Wahrung der externen Kapitalverwertung wird durch die politische Einflussnahme der Rüstungsindustrie militarisiert. In Mali und Niger sind französische (Staats-)Unternehmen insbesondere an der Urangewinnung involviert. Dieses Interesse wird in der EFF vermittelt und europäisiert. Die EU-Missionen im Sahel werden ein Element des Narrativs, das Europa als geopolitische Notwendigkeit und Einheit gegen ein rassifiziertes Außen konstruiert. Die machtkritische Perspektive dieser Arbeit adressiert die geoökonomischen und -politischen Strukturen, die dem europäischen Imperialismus und Militarismus zugrunde liegen. Statt dem europäischen Zusammenhalt kapitalistisch organisierter Nationalstaaten sollte internationale Solidarität soziale und ökonomische Sicherheit und Autonomie der arbeitenden Bevölkerung im Sahel und in Europa ins Zentrum stellen.

### **Schlagwörter:**

Europäische Union, Europäische Friedensfazilität, Mali, Niger, Politische Ökonomie, Imperialismus, Militarismus

---

## Inhalt

---

<b>Persönliches Vorwort .....</b>	<b>4</b>
<b>1. Einleitung: Eine geopolitische Europäische Union .....</b>	<b>7</b>
1.1. Forschungsstand: Militarisierung der EU .....	10
1.2. Forschungsfrage: Europäische Friedensfazilität in politökonomischer Theorie ...	12
1.3. Methode: Zwischen Abstraktion und Konkretion .....	14
1.4. Aufbau: Verschränkungen von Staat, Imperialismus und Militarismus .....	15
<b>2. Staat: Die EU und das Militär in materialistischer Staatstheorie .....</b>	<b>18</b>
2.1. Die EU als kapitalistisches Staatsprojekt.....	18
Die EU im Widerspruch zwischen Nationalstaat und Globalisierung.....	21
Die EU als Bündnis in der geopolitischen und -ökonomischen Konkurrenz.....	22
2.2. Das Militär als repressiver Staatsapparat .....	23
Verankerung in den Produktionsverhältnissen: Militär und Expansionslogik .....	26
Arbeit und Kapital im militärischen Staatsapparat .....	28
Die Zwangsgewalt des Militärs im Staatsapparate-Ensemble .....	29
2.3. Die Integration des europäischen militärischen Staatsapparats .....	31
Das transatlantische Bündnis in der europäischen Sicherheitsarchitektur.....	32
Der Rat: Verteidigungsministerien und Führungsnationen .....	33
Die Europäische Kommission: Antriebskraft der gemeinsamen Verteidigungspolitik ..	34
Das Europäische Parlament: Unterrichts- und Anhörungsrechte .....	35
Europäische Verteidigungsagentur (EVA) und Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)	35
2.4. Die EFF im europäischen Staatsapparate-Ensemble .....	36
<b>3. Militarismus der EU .....</b>	<b>41</b>
3.1. Militarismus als Ideologie .....	41
3.1. Liberaler Militarismus der EU .....	42
3.2. Die Rolle der europäischen Rüstungsindustrie .....	44
Vernetzung der Rüstungsindustrie mit europäischen Staatsapparaten .....	45

---

Die strukturelle Verankerung der militaristischen Ideologie .....	50
3.1. Terrorbekämpfung und Migrationskontrolle in Mali und Niger .....	51
Die EFF-finanzierten EU-Projekte in der Sahelzone.....	53
3.1. Militarisierung der EU-Friedenspolitik .....	56
Sicherheit: Fehlende Entwicklungsperspektiven .....	57
Menschenrechte: Außergerichtliche Gewalt gegen die Zivilbevölkerung .....	60
Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Die Serie an Staatsstreichen durch das Heer ....	62
<b>4. Europäischer Imperialismus in der Sahelzone .....</b>	<b>65</b>
4.1. Kapitalistischer Imperialismus .....	65
4.2. Europa als globales Zentrum .....	66
Zentrum- und Peripherieverhältnisse Europas .....	66
Neoliberale Global Governance als europäische imperiale Politik .....	68
Krieg gegen den Terrorismus.....	71
Europa im Konkurrenzkampf der kapitalistischen Zentren .....	72
4.3. Verschmelzung von territorialer und kapitalistischer Logik.....	76
Der Sahel als Peripherie zwischen China, Russland, USA und EU .....	79
4.1. Die kapitalistischen Interessen des europäischen Imperialismus im Sahel .....	81
4.2. Die territoriale Logik des EU-Imperialismus in der Sahelzone.....	85
Nationalismus, Rassismus und die Konstruktion Europas.....	85
Die Konstruktion von Feindbildern gegen die Einheit Europas .....	88
Das europäische Sicherheitsregime als passive Revolution .....	89
<b>5. Fazit: Staat, Imperialismus und Militarismus in der EFF .....</b>	<b>93</b>
<b>6. Diskussion: Kritik der politischen Ökonomie europäischer Außenpolitik .....</b>	<b>97</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>102</b>

---

## Persönliches Vorwort

---

Wien, am 20. September 2024

Als der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine im Februar 2022 begann, war ich in einem progressiven politischen paneuropäischen Netzwerk involviert und habe viele der Diskussionen direkt mitverfolgen können, die plötzlich in ganz Europa zwischen verschiedenen politischen und nationalen Perspektiven angestoßen wurden. Ich war oft beobachtende Teilnehmende, wenn die Wogen hoch gingen. Denn von Tag eins an hat es mich gewurmt, dass außer Diskussion stand, dass jetzt militarisiert werden müsse: Gemeinsame Waffenbeschaffungen und Waffenlieferungen, Sonderbudget in Deutschland, NATO-Beitritte von Schweden und Finnland. Niemand fragte, ob hochgerüstet, sondern nurmehr, wie am besten hochgerüstet werden sollte. Ich habe nicht verstanden, warum. Diese distanzierte Haltung hatte ich, weil für mich viele sehr grundsätzliche Fragen nicht berührt wurden: Haben wir ein reales Interesse an Hochrüstung? Wie stehen wir zum Militär? Was für ein Verständnis von „Sicherheit“ haben wir? Und was bedeutet das für politische Forderungen?

Es drängte sich mir eine Frage auf – die Frage, warum die Militarisierung als etwas so Selbstverständliches angenommen und aufgegriffen wird. Um Antworten zu finden, machte ich mich an die (Master-)Arbeit, um zu verstehen, was Militarismus ist und wie Militarismus funktioniert. Und ich konnte nicht anders, als diese Frage durch die theoretische Brille zu betrachten, die ich schon auf habe, bevor ich überhaupt auf ein Problem blicke: Die Politische Ökonomie. Ich betrachte Gesellschaft als ein Gefüge verschiedener gesellschaftlicher Gruppen mit unterschiedlichen Interessen, die sich aus ihrer Stellung in der politischen und ökonomischen Struktur ergeben, in der sie eingebettet sind, in der sie handeln und Strategien entwickeln. Ich betrachte die Gesellschaft als Klassengesellschaft, in der die herrschende Klasse im politischen und ökonomischen Kampf eine Vormachtstellung innehat, die sie aktiv verteidigt und auszubauen versucht. Ich betrachte diese politischen Strategien aber auch im Zusammenhang mit einer politökonomischen Struktur, die vom aktiven Willen von Akteur\*innen relativ unabhängig ist und eigene Tendenzen und Handlungslogiken hervorbringt. Eine politökonomische Struktur, die auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht, auf Kosten einer Mehrheit der Menschen hier in Österreich, in Europa und weltweit.

Überall, wo ich mich hinwende, sehe ich diese grundsätzlichen Annahmen bestätigt. Das bedeutet aber nicht, dass ich deshalb bereits alle Antworten auf alle Fragen wüsste, dass ich immer nur die gleichen Schablonen auf unterschiedliche Situationen anwende. Die

---

Politische Ökonomie ist keine Schablone, sondern eben genau das: Eine Brille. Sie wirft ganz bestimmte Fragen auf, nach den Zusammenhängen der kapitalistischen Produktionsweise mit Hegemonie und Repression, von inneren wirtschaftlichen Widersprüchen und der Expansion des Weltmarkts, nach politischen Interessen und gesellschaftlichen Kämpfen, und sie gibt einem als Sozialwissenschaftler\*in bestimmte Werkzeuge in die Hand, um sich die Welt verstehend anzueignen: Die Dialektik, das Denken in Widersprüchen, das Betrachten von gesellschaftlichen Prozessen, das Oszillieren zwischen Konkretion und Abstraktion, den historischen Materialismus, das Begründen in der politischen Ökonomie und der geschichtlichen und strukturellen Entwicklung von Gesellschaft. Was diese Vorannahmen allerdings schon bedeuten, ist eine ganz grundsätzliche Haltung: Ich möchte mich in dieser Welt nicht als neutrale Außenstehende verstehen – ich bin überhaupt der Überzeugung, dass es eine solche neutrale Position gar nicht geben kann und dass jede vorgeblich neutrale Position nur zu verschleiern versucht, welchen Interessen sie dient. Im Gegenteil, ich möchte aktiv dazu beitragen, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse von Ausbeutung und Unterdrückung überwunden werden. Ich kann also gar nicht anders, als die Frage der Militarisierung grundsätzlich kritisch zu betrachten.

Ich betrachte die Frage der Militarisierung auch als jemand, der mit dem Militär, mit Nationalismus, dieser ganzen Vorstellungswelt sehr wenig am Hut hat. Ich kenne nur Anekdoten vom Militärdienst von Freunden und Bekannten und habe nur selten Einblicke in nationalistische Kultur, die ich dann mit distanzierter Neugierde, fast wie etwas Exotisches beobachte, weil es mir so fremd erscheint. Ich meine damit, dass ein positiver Bezug auf die Nation, auf die Heimat, die Tradition in meiner Lebenswelt kaum vorkommt und es mich dann doch beinahe überrascht, obwohl ich es besser wissen müsste, dass es wohl für die Mehrheit der Menschen anders sein muss. 2023 war ich zum allerersten Mal aus reinem Interesse am österreichischen Nationalfeiertag am Heldenplatz bei der Heereschau des österreichischen Militärs. Die Selbstverständlichkeit, mit der sich die Besucher\*innen an diesen militärischen Festlichkeiten und an der Zurschaustellung von Waffenstärke involvierten, hat mich in Staunen versetzt.

Ich betrachte die Frage aber auch als jemand, die in ihrem Leben noch nie mit einer realen (oder konstruierten) Gefahr von Außen konfrontiert war. In all meiner Erinnerung wurde Österreichs militärische Situation fast lächerlich gemacht – wer hätte schon Interesse, in Österreich einzufallen, so die Rhetorik, und wenn jemand einfallen würde, würden wir so oder

---

so in einem Tag überrannt und eingenommen werden, so das Narrativ. Das ist in dieser Welt ein Privileg. Denn für allzu viele Menschen sind Krieg und Waffengewalt eine akute Realität oder Teil der allernächsten generationenübergreifenden Erfahrung. Ich habe in den Diskussionen, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine angestoßen wurden, auch viele Perspektiven von Menschen kennengelernt, die nicht das Privileg hatten, sich nicht ernsthaft mit militärischer Bedrohung von Außen und Fragen der internationalen Sicherheit auseinandersetzen zu müssen: Personen aus Finnland, die mit einer Historie an russischer Dominanz groß geworden sind, Pol\*innen, die mit einer nationalen Erzählung eines langen Kampfs gegen die Besatzungen aus drei Richtungen - Preußen, Russland und dem Habsburgerreich, der deutschen Besatzung im zweiten Weltkrieg - aufgewachsen sind. Menschen in Österreich, die Familie am Balkan haben, wo die Erfahrungen aus den Kriegen noch frisch sind und dann wiederum junge Menschen aus Georgien, die sich selbst nur allzu lebendig an den Krieg gegen Russland im Jahr 2008 erinnern, als ich mich noch längst nicht um internationale Politik und Kriege scheren musste.

Dass mir die militärischen Logiken so weit weg vorkommen und ich mich, als jemand mit einer grundsätzlichen Haltung gegen Militarisierung, nie in die widersprüchlichen Fänge von konkreten und akuten Fragen der Verteidigung begeben musste, ist in dieser Welt, in der es an militärischen Auseinandersetzungen nur so wimmelt, ein Privileg. Das heißt aber nicht, dass ich mich deshalb aus der Diskussion zurückziehen werde. Ich werde immer an meiner Vision einer waffenfreien Zukunft ohne Krieg festhalten und mich für die Wege einsetzen, die mir dort hinzuführen scheinen. Ich werde immer – so auch in dieser Masterarbeit – versuchen zu verstehen, wie die Welt funktioniert, um in meinen Erkenntnissen Richtungsweiser zu finden. Aber gerade deshalb ist es für mich umso wichtiger, die Erfahrungen anderer Menschen aus anderen politischen Kontexten anzuerkennen. Denn nur durch diese Auseinandersetzung und die Anerkennung anderer Lebensrealitäten kann ich überhaupt zu einem umfassenden Verständnis der Fragen kommen, die sich mir stellen. Nur im Dialog kann ich lernen – und einbringen – was für mich als Zukunft für diese Welt erstrebenswert erscheint: Dass nicht nur die Waffen schweigen, sondern dass Stimmen für Gerechtigkeit erhoben werden, die das Fundament für Frieden und Sicherheit ist.

Die folgende Arbeit ist das Ergebnis meiner Spurensuche und ich freue mich schon sehr darauf, über die Zusammenhänge, die ich darin aufzeige und die Perspektiven, die ich darin vorschlage, in Austausch zu treten.

---

## 1. Einleitung: Eine geopolitische Europäische Union

---

“Wir senden nicht nur unseren Bürgerinnen und Bürgern eine Botschaft, sondern auch dem Rest der Welt: Europa ist eine Weltmacht. Wir stehen bereit, unsere Interessen mit Nachdruck zu verteidigen“, wird der damalige EU-Ratspräsident Charles Michel zitiert (nach Wagner 2024: 48-49). Die EU möchte ihre Position als selbstständige, globale Großmacht behaupten. Deshalb muss „Europa [...] auch die Sprache der Macht lernen“, erklärte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen 2019 in einer Rede in Berlin (zitiert nach Reuters 2019). Die *soft power* der EU sei nicht mehr ausreichend, um den Platz Europas in der Welt zu verteidigen, man müsse verstärkt auf militärische Fähigkeiten setzen, so lautet die Message. 2019 erklärte Ursula von der Leyen, dass sie unter ihrer Präsidentschaft eine “geopolitische Kommission” bilden würde. Die strategische Entwicklung von Energie-, Wirtschafts- und Innovationspolitik wurden als Machthebel verstanden, um sich geopolitische und geoökonomische Vorteile zu verschaffen (Wahl 2024: 22).

Die europäische militärische Integration schreitet voran und Europa rüstet auf. Der russische Angriffskrieg war ein Katalysator für steigende Rüstungsausgaben in Europa. 2022 wurde in Europa 13% mehr für Rüstung ausgegeben als noch im Jahr zuvor, zum damaligen Zeitpunkt der größte Sprung seit Ende des Kalten Kriegs. Der Anstieg wurde 2023 mit 16% übertroffen. In Zentral- und Westeuropa betrug der jährliche Anstieg von 2022 auf 2023 10%, von 2014 auf 2023 43%. In Großbritannien, 2022 sechster Platz auf der Weltrangliste der Staaten mit den höchsten Rüstungsausgaben, stiegen die Militärausgaben zwischen 2013 und 2022 um fast 10%. In Frankreich, achter Platz, im gleichen Zeitraum um 15%. Und in Deutschland, siebenter Platz, um 33%. Die Welt befindet sich in einer neuen Aufrüstungsspirale: Seit 2015 sind die globalen Rüstungsausgaben stetig im Steigen begriffen, im Jahrzehnt zuvor waren sie um 19% gestiegen. Im Jahr 2022 wurde der Weltrekord der gesamten Rüstungsausgaben geknackt: Insgesamt wurden global 2.240 Milliarden US-Dollar für Rüstung und Militär ausgegeben (SIPRI 2023: 1-2, SIPRI 2024: 9). Das Jahr 2023 übertraf diesen Rekord nochmals, mit einem Anstieg um 6,8% auf insgesamt 2.443 Milliarden US-Dollar weltweit. Die Hälfte der globalen Militärausgaben verfielen 2023 auf die USA (37%) und China (12%), wobei die USA das Dreifache des zweitplatzierten China für Rüstung ausgab (SIPRI 2024: 1, 3).

Die europäische Aufrüstung und die militärische Integration passieren vor dem Hintergrund fundamentaler Veränderungen der Weltordnung (Petras & Veltmeyer (2016: 5). Inmitten der multiplen Krisen, die seit 2007/08 die wirtschaftlichen Zusammenhänge in Aufruhr versetzen,



---

wird eine neue geoökonomische Konstellation erkennbar, “die durch die konkurrenzorientierte Kontrolle transnationaler Wirtschaftsräume gekennzeichnet ist” (Bieling 2024: 36). Geopolitisch zeigt sich, wie die Privilegien und die Zentralität der USA, Europas und ihrer westlichen Verbündeten erodieren (Böröcz 2016: 60-62). Als Antwort darauf bekam die europäische Integration in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen seit den 2000er Jahren eine neue Dynamik (Iñiguez de Heredia 2021: 299). Im Vertrag von Lissabon wurden 2007 in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) große Meilensteine gesetzt: Die Europäische Verteidigungsagentur wurde formalisiert, die Rolle des High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy<sup>1</sup> eingesetzt, die Rolle des permanenten Ratspräsidenten geschaffen und der Europäische Auswärtige Dienst gegründet (Schmidt 2021: 65).

In diesem Rahmen wird die EU außerhalb ihrer eigenen Grenzen militärisch aktiv. Zur Finanzierung der EU-Missionen dient die Europäische Friedensfazilität. Die Europäische Friedensfazilität (EFF) (auf englisch: European Peace Facility (EPF)) ist ein außerbudgetärer Finanzierungsmechanismus für Militärprojekte im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Die EFF wurde 2021 eingesetzt und verbindet den Athena Mechanism und die African Peace Facility. Die EFF dient der Finanzierung von gemeinsamen Operationen der Europäischen Union mit militärischem Bezug und von Unterstützungsmaßnahmen im Militärbereich zugunsten von Drittstaaten oder internationalen Organisationen. Ursprünglich war die EFF für den Zeitraum 2021-2027 mit einer finanziellen Obergrenze von 5,69 Milliarden Euro dotiert. Durch die militärische Unterstützung der Ukraine stiegen die Kosten, weshalb das Budget der EFF mehrmals

---

<sup>1</sup> Ich werde versuchen in dieser Arbeit diskriminierende Sprache zu vermeiden oder zu problematisieren, wo sie thematisiert werden muss. Ich werde möglichst geschlechtsneutrale Formulierungen verwenden, wenn explizit keine spezifische Geschlechtlichkeit gemeint ist. Ist eine geschlechtsneutrale Formulierung nach den Regeln der deutschen Grammatik nicht möglich, werde ich entweder auf englische Begriffe zurückgreifen oder Personenbezeichnungen mit Stern (z.B. „Leser\*innen“) möglichst geschlechterinklusiv formulieren, wobei sich die verwendete Personenbezeichnungen an Menschen aller Geschlechtsidentitäten richtet. Trotzdem ist es in der thematischen Ausrichtung dieser Arbeit notwendig, über gesellschaftliche Normen zu schreiben und geschlechtsspezifische Zuschreibungen zu benennen, sodass gegebenenfalls binäre Formulierungen gewählt werden müssen. Diese Benennung soll der Offenlegung patriarchaler Denkmuster dienen und nicht der Reproduktion von binären, normativen Geschlechterrollen.

---

angehoben und mittlerweile verdoppelt wurde. Es betrug 2021, nach aktuellem Preisniveau, 12 Milliarden Euro (Rat der Europäischen Union 2021: 18).

Unterstützungsmaßnahmen, die durch die EFF finanziert werden, sollen die militärischen Kapazitäten von Drittstaaten und regionalen und internationalen Organisationen stärken. Die Zielregionen sind Osteuropa (Ukraine, Georgien, Moldawien), der Westbalkan (Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien), der Mittlere Osten (Libanon, Jordanien) und Afrika, insbesondere die Sahelzone (Mosambik, Mali, Niger, Mauretanien, Ghana, Kongo, Benin, Kamerun, Somalia). Die umfassendsten Unterstützungsmaßnahmen erhält die Ukraine: 3,6 Milliarden Euro an militärischem Equipment und 2 Milliarden Euro für Munition (EEAS 2023a).

Bei all diesen Operationen möchte sich die Union in

ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten [lassen], die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. (Vertrag über die Europäische Union 2012, Art 21(1))

Unter diesen außenpolitischen Leitlinien ist die EU seit 2012 in der Sahelzone, die Übergangsregion in Afrika, die an die Sahara grenzt, präsent. Der Kampf gegen den Terrorismus brachte die Gefahr von terroristischen und kriminellen Gruppen in der Region ins Blickfeld der Großmächte, sodass nicht nur die EU, sondern vor allem die UN, die USA, Deutschland und Frankreich mit eigenen Missionen im Sahel aktiv wurden (Berndt 2024: 103). Mali tauchte 2012 auf der Landkarte des Kampfs gegen den Terrorismus auf (Whitehouse 2021: 136), als ein Aufstand islamistischer Terrorgruppen in Mali ausbrach, der 2015 auf Burkina Faso und Niger übergriff (Human Rights Watch 2024b). Die EU-Mission EUCAP Sahel Niger wurde 2012 als zivile Operation eingesetzt, mit dem Mandat, die nigrischen Sicherheitskräfte mit Expertise bei der Terrorbekämpfung zu unterstützen. Seit 2015 ist die Union darum bemüht, in sogenannten Ursprungs- und Transitländern aktiv zu werden, um Menschen daran zu hindern, Europa zu erreichen. 2015 fügte der Europäische Rat deshalb die Kontrolle von Migrationsströmen zum Mandatszweck der EUCAP Sahel Niger Mission hinzu (Davitti & Ursu 2018: 1-2). EUCAP Sahel Niger wurde 2013 durch EUTM Mali, einer militärischen Trainingsmission, ergänzt. 2015 folgte die Entsendung von EUCAP Sahel Mali,

---

die ebenso darauf ausgerichtet war, die malischen Sicherheitskräfte zu unterstützen (Venturi 2017: 7-8).

Ende 2022 beschloss der Rat der Union (2022) eine weitere Mission in die Sahelzone zu entsenden – obwohl bereits einige Kritik an deren Ausrichtung im Raum stand. Nicht nur wurden der malischen und nigrischen Armee, die die EU unterstützte, Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen (Human Rights Watch 2019, 2023, 2024a), ganz grundsätzlich stand in Frage, ob in Hinblick auf die strukturelle Armut in Mali und Niger militärische oder nicht doch entwicklungspolitische Prioritäten gesetzt werden sollten, um die Ziele zu erreichen, die sich die Union außenpolitisch gesetzt hat: Entwicklung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu fördern (Venturi 2017, Barrios 2021, Robert 2023).

Die 2022 trotz aller Kritik beschlossene EU Military Partnership Mission Niger hätte den Kapazitätsaufbau der nigrischen Armee forcieren sollen. Doch diese vierte Mission kam aufgrund einer Serie an Staatsstreichen im Sahel nie zur Umsetzung. In Mali ist nach zwei Staatsstreichen im Jahr 2021 eine militärische Übergangsregierung an der Macht, wodurch sich die Beziehungen zur UN, NATO, den USA, Frankreich und der EU verschlechtert haben. Frankreich beendete seine Antiterroroperation, die an ihrem Höhepunkt 9.000 Soldat\*innen umfasst hatte, nach neun Jahren. Die EU zog sich immer weiter zurück. Heute gelten drei der vier Missionen als beendet. 2023 forderte die Militärregierung die Vereinten Nationen dazu auf, die Friedensmission MINUSMA zurückzuziehen (Human Rights Watch 2023, 2024a). Nur wenige Tage nach dem Putsch des Militärs in Niger im Juli 2023 kündigte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, die sofortige Beendigung der finanziellen Unterstützung Nigers an (EEAS 2023c). Die französischen Truppen wurden bis Ende 2023 vollkommen zurückgezogen (Human Rights Watch 2024b).

### **1.1. Forschungsstand: Militarisierung der EU**

Diese jüngsten Entwicklungen im Sahel werfen die grundsätzliche Frage auf, wie es um die außenpolitische Integration, Position und Strategie der EU steht. Eine Frage, die einer näheren sozialwissenschaftliche Untersuchung bedarf. In der Sozialwissenschaft gab es stets reges Interesse an den raschen Entwicklungen in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU. Zunächst widmete sich die Auseinandersetzung der Frage, wie und warum die außen- und sicherheitspolitische Integration sich so rasch

---

entwickelte. Funktionalistische Vertreter\*innen argumentierten, dass die GSVP ein weiterer logischer Schritt sei, der sich aus der Institutionslogik heraus erklären ließe. Anhänger\*innen des Realismus stellten dieser Sichtweise die geopolitischen Notwendigkeiten entgegen, vor denen sich die EU durch ihre Handlungsunfähigkeit im Balkankrieg und ihre Übervorteilung durch die USA gestellt gesehen habe. Wieder andere wiesen monokausale Erklärungen zurück und versuchten zu zeigen, dass die außenpolitische Integration keiner klaren Logik folge. Eine zweite Generation an wissenschaftlicher Literatur hat die Umsetzung der GSVP im Fokus. Die *scientific community* untersuchte die Entscheidungsfindungsprozesse, die Rolle verschiedener Akteure, die Beziehung der EU mit anderen Playern, allen voran der NATO. Das führte dazu, dass viele Autor\*innen heute feststellen, dass sich der Großteil der Literatur mit den politischen Ergebnissen und Fragen der Effizienz beschäftigen, nicht aber die diskursiven und politökonomischen Zusammenhänge in den Blick nehmen, welche die GSVP konstituieren und legitimieren (Hojtink & Muehlenhoff 2020: 365).

In der politökonomischen Theoriedebatte wiederum finden sich zwar eine Reihe aktueller Texte zur Einordnung der EU in die Staatstheorie (Keil & Wissel 2019, Wissel 2015, Ryner & Cafruny 2016, Gerken 2021) und in die Imperialismustheorie (Bieling 2017, Best 2008, Levy 2010, Canterbury 2009). Auch die Errichtung eines EU-Sicherheitsregimes wurde bereits Teil politökonomischer Betrachtungen (Oberndorfer 2019, Kannankulam 2019, Georgi 2016). Allerdings gibt es hier noch einen großen Bedarf zur Verknüpfung und Zusammenführung der verschiedenen Stränge. Aufgrund der Aktualität der Militarisierung der EU scheint insbesondere die Arbeit an der politökonomischen Einordnung dieses Prozesses noch nicht ausgeschöpft zu sein. Die Einordnung der EU-Militärprojekte aus kritischer Perspektive ist aktuell noch stark geprägt von grauer Literatur privater Vereine, allen voran beispielsweise das Transnational Institute (Akkerman et. al. 2022), ein progressiv-orientierter Think Tank, und parteipolitischen Stiftungen wie der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Wagner 2022), die der deutschen Partei „Die Linke“ nahesteht, und der Friedrich-Ebert-Stiftung, die der SPD nahesteht (Dahm et. al. 2017). Unterdessen zeichnet sich im wissenschaftlichen Kanon zur (militärischen) EU-Außenpolitik eine Dominanz von Werken ab, die innerhalb der Logik der EU die Institutionen und Prozesse im Sinne einer *policy and politics*-Analyse einordnen (Bremberg et. al. 2022; Schmidt 2021). In eine ähnliche Kerbe schlagen Berichte von zivilgesellschaftlichen oder EU-nahen Instituten (Engberg 2013).

---

Es zeigt sich in der Literatur also insbesondere eine Lücke bei der kritischen Betrachtung der aktuellen Entwicklungen der militarisierten EU-Außenpolitik, die auch in der Friedensforschung beobachtbar ist. In der aktuellen Friedensforschung finden sich kaum materialistische, politökonomische Argumente und in der neuen internationalen Politischen Ökonomie kaum Fragen zu Krieg und Frieden. Damit werden in der Friedensforschung wichtige strukturelle Ursachen und Bedingungen für Gewaltanwendung ausgeblendet, während die internationale Politische Ökonomie nur vereinfachende Antworten auf Krieg formuliert (Berndt 2021: 31-32, 40). Diese Arbeit knüpft diese Verbindung zwischen kritischer Friedensforschung und politischer Ökonomie und verbindet die bereits existierenden Stränge der politökonomischen Diskussion, um eine ganzheitliche Sicht der Zusammenhänge zu erlangen. Sie widmet sich empirisch einem Beispiel, den EFF-finanzierten Operationen im Sahel, das bisher nur aus Perspektive des Realismus im Detail betrachtet wurde (Karjalainen & Mustasilta 2023; Maletta & Héau 2022; Hauk & Mutschler 2020, u.a.) und leistet somit einen Beitrag zur politökonomischen Empirie der EU-Außenpolitik.

### **1.2. Forschungsfrage: Europäische Friedensfazilität in politökonomischer Theorie**

„Außenpolitische Analyse beginnt mit und ist immer wieder zu beziehen auf gesellschaftspolitische Analyse“, dazu fordert Ekkehart Krippendorff (1963: 244), einer der Pioniere der Friedensforschung, auf. Wie wir Gesellschaft begreifen, bestimmt, wie wir Außenpolitik verstehen und erklären. Die Kritische Politische Ökonomie zeichnet sich dadurch aus, dass die Ökonomie per se als gesellschaftliches und politisches Verhältnis begriffen wird. Die Menschen gehen in arbeitsteiligen Gesellschaften zur Produktion der lebensnotwendigen Mittel Beziehungen ein, durch die sich historisch spezifische ökonomische Prozesse und gesellschaftliche Verhältnisse ergeben. Diese gesellschaftlichen Verhältnisse können sich, wenn der Zugang zu Produktionsmitteln, Ressourcen und Konsummitteln ungleich organisiert ist, als Klassenbeziehungen hervortun (Jäger & Springler 2015: 69-71):

Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem [...] Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe ihres Anteils am Reichtum, über den sie verfügen.  
(W. I. Lenin, zitiert nach Fleischer 1963: 14)

---

Im Europa des 21. Jahrhunderts gibt es solche großen Menschengruppen, die sich in ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit unterscheiden. Statistisch betrachtet lässt sich das besonders nach der Größe ihres Anteils am Reichtum zeigen: Eine aktuelle Statistik der Europäischen Zentralbank legt dar, dass die vermögendsten 5% der EU-Bevölkerung über 43% des Gesamtvermögens besitzen (EZB 2024). Die reichsten 10% besaßen im Jahr 2021 im EU-weiten Durchschnitt 58% des Vermögens, während in den EU-27 fast 22% der Bevölkerung armutsgefährdet waren (Dauderstädt 2023: 9-10). Diese Vermögensungleichheit hat ihre Wurzeln in den kapitalistischen Klassenverhältnissen: Die Vermögenden haben die ökonomische Macht in der Gesellschaft auf sich konzentriert, indem sie ein Monopol an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln innehaben. Sie haben die Kontrolle über die Produktionsprozesse, die sie in Gang setzen, weil sie sich am Ende des Prozesses Profite erwarten. Um die Produktion in Gang zu setzen, schließen sie am Arbeitsmarkt Verträge mit denjenigen ab, die keine Produktionsmittel, sondern nur ihre Arbeitskraft zur Verfügung haben. Diese erhalten für ihre Arbeit Lohn, mit dem sie ihre Lebenserhaltungskosten decken wollen. Der Großteil des Produkts ihrer Arbeit fließt jedoch als Profit an die besitzende Klasse. Das ist der Klassenzusammenhang, der für die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts verantwortlich ist: Berechnungen auf der Grundlage der World Inequality Database zufolge, kamen 15% des Wachstums zwischen 1980 und 2017 der ärmeren Hälfte der europäischen Bevölkerung zugute; das reichste 1% Europas konnte sich einen weitaus größeren Anteil des Wachstums, nämlich 17% des Wachstums aneignen (Blanchet et. al. 2019: 37).

Die Kritische Politische Ökonomie geht davon aus, dass es die kapitalistische Produktionsweise und die ihr innewohnenden Widersprüche und Konflikte sind, die die Entwicklung von Gesellschaft – und damit auch Phänomene wie die Militarisierung der EU - wesentlich bestimmen. Um nun aus diesem Blickwinkel heraus die Militarisierung der EU-Außenpolitik zu erklären, bieten sich verschiedene Theoriestränge der Politischen Ökonomie an: Staatstheorien, Imperialismustheorien und Militarismustheorien. Politökonomische Staatstheorien geben Antworten auf die Frage, wie der Kapitalismus aufrechterhalten werden konnte, obwohl er von sich zuspitzenden Interessenskonflikten und Krisentendenzen gezeichnet ist. Imperialismustheorien wollen erklären, warum es zur Expansion des kapitalistischen Systems und zur kolonialen Unterwerfung ganzer Kontinente gekommen ist. Zu guter Letzt stellen Militarismustheorien Thesen auf, welche Rolle Krieg und Kriegsvorbereitungen in der politischen Ökonomie spielen.

---

Weil jedoch keine dieser Theoriestränge für sich genommen die konkreten Maßnahmen, Phänomene und Auswirkungen der EU-Militarisierung ausreichend erklären kann, ist es ein Ziel dieser Arbeit, eine theoretische Verschränkung der verschiedenen Theoriegebäude vorzunehmen und zu einer Synthese ihrer Ideen zu gelangen. Nur durch diese Synthese der politökonomischen Theorien können die EFF-finanzierten EU-Missionen in Mali und Niger ganzheitlich kontextualisiert und verstanden werden. Durch die Anwendung der politökonomischen Theorien auf aktuelle Entwicklungen und Mechanismen soll ein Beitrag zur kritischen Einordnung der EU-Außenpolitik geleistet werden. Diese Arbeit beschäftigt sich demnach mit der Frage:

„Wie drückt sich die politökonomische Verschränkung von Staat, Imperialismus und Militarismus in der Europäischen Friedensfazilität (am Beispiel der EFF-finanzierten Projekte in der Sahelzone) aus?“

### **1.3. Methode: Zwischen Abstraktion und Konkretion**

Ziel dieser Arbeit ist es, im Sinne des kritischen Realismus, die Europäische Friedensfazilität als „Resultat eines komplexen, historisch und sozial-räumlich spezifischen Zusammenspiels meist nicht direkt beobachtbarer Kräfte, Mechanismen und Tendenzen gesellschaftlicher Strukturen“ (Pühretmayer 2013: 224) zu beleuchten. Die Phänomene - die EFF und die EFF-finanzierten EU-Missionen im Sahel - sollen nicht nur beschrieben, sondern eingebettet werden in eine Untersuchung der Strukturen, die sie hervorbringen. Dabei geht es um die Suche nach der Ursache: den Kräften, Tendenzen oder Mechanismen, die für eine Veränderung oder Entwicklung verantwortlich sind (Pühretmayer 2013: 219-225). Die methodische Aufgabe ist, das empirische Beispiel, die EFF, in das Zusammenspiel der Strukturen des Staats, des Imperialismus und des Militarismus einzubetten. Hierfür wird es notwendig sein, verschiedene Ebenen der Abstraktion und Konkretion (Sayer 1981: 10) miteinander zu verweben.

Im kritischen Realismus bedeutet das ‚Konkrete‘ mehr als das empirisch Beobachtbare, das ‚Faktische‘. Das Konkrete ist nicht allein deshalb konkret, weil es existiert, sondern weil es das Ergebnis und die Kombination verschiedener Kräfte und Prozesse ist (Sayer 1981: 7). Zum Beispiel können wir beschreiben, wie im Juli 2020 dem malischen Militär in einer feierlichen Zeremonie, der der deutsche Botschafter beiwohnte, Fahrzeuge und Ausrüstung überreicht wurden (Marischka 2021). Wir können das ‚Faktische‘ beschreiben: die Fahrzeuge und die

---

Ausrüstung, die Anwesenden. Das ‚Konkrete‘, das bei dieser zeremoniellen Übergabe geschieht, ist jedoch weit mehr als das: Wir können die Rolle des deutschen Botschafters und die Beziehungen der beteiligten Akteur\*innen nicht ausreichend beschreiben, ohne über das hinaus zu gehen, was wir direkt beobachten können, geschweige denn ausschöpfend erklären, warum die Übergabe geschieht. Ohne sich auf die gesellschaftlichen Strukturen zu beziehen, die der Übergabe zugrunde liegen, kann sie nicht erklärt oder verstanden werden. „The concrete concept is concrete because it is a synthesis of many definitions, thus representing the unity of diverse aspects“ (Sayer 1981: 7). Um das Konkrete zu begreifen, müssen wir seine einzelnen Aspekte isoliert betrachten. Dieser methodische Prozess wird im kritischen Realismus Abstraktion genannt. Man abstrahiert von den verschiedenen anderen Aspekten, die zusammen in einer Synthese konkrete wissenschaftliche Objekte ausmachen: Ökonomie, Nationen, Institutionen, die Europäische Union, das Militär, die EFF. Der abstrahierte Aspekt ist deshalb nicht weniger präzise oder real als die konkreten Objekte, auf die er sich bezieht (Sayer 1992 [1984]: 87). Die methodische Herangehensweise dieser Arbeit ist, die verschiedenen Quellen der Europäischen Friedensfazilität in Gedanken zu isolieren, um ihre kombinierte Wirkung, ihre Verschränkung, konkret fassen zu können.

#### **1.4. Aufbau: Verschränkungen von Staat, Imperialismus und Militarismus**

Die erste erklärende Ebene, die ich herausgreife, ist die Ebene des Staats. Um in den Blick zu bekommen, warum es überhaupt dazu kam, dass die EFF in der Union eingesetzt wird, beschreibe ich zuerst die Funktion des Staats im Kapitalismus, die Funktion der Europäischen Union als besondere Organisationsform dieser Staatsfunktionen und die Rolle des Militärs in diesem Gefüge. Das Ziel dieses ersten Kapitels ist es, die EFF im europäischen Staatsapparate-Ensemble einzubetten und die konkrete Organisation der EFF als einen Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen Apparaten zu verstehen. Um diese Einbettung vorzunehmen, wende ich die grundlegenden Thesen der politökonomischen Staatstheoretiker Antonio Gramsci (Candeias 2007, Demirović 2007), Nicos Poulantzas (1973, 1977) und Louis Althusser (1977) mit Hilfe der Untersuchungen von Jens Wissel (2015) auf die Europäische Union an. Darauf aufbauend bestimme ich die Rolle des Militärs durch die Postulate von Rosa Luxemburg (2021a [1899], 2021b [1899]) und Karl Liebknecht (1907). Zur Erfassung des paneuropäischen Ensembles militärischer Staatsapparate greife ich auf verschiedene wissenschaftliche Quellen (Sangi 2017, Schmidt 2021, Rodrigues 2023, Mašlanka 2023, u.a.) zurück, die die Struktur der EU und der EFF beschrieben und untersucht



---

haben und verknüpfe diese Untersuchungen mit den vorhergegangenen theoretischen Bestimmungen.

Im zweiten Kapitel stelle ich Militarismus als Ideologie dar. Der Einsatz von staatlicher Gewalt, und damit auch Aufrüstung, militärische Einsätze und Kriege, werden immer auf eine bestimmte Art und Weise gesellschaftlich legitimiert. Dieses Kapitel widmet sich der Frage, wie die Europäische Union selbst ihre außenpolitische Rolle sieht und die EFF-finanzierten Operationen in der Sahelzone erklärt. Im Anschluss beleuchte ich diese Erklärung genauer, indem ich sie mit den konkreten Gegebenheiten in Mali und Niger kontrastiere. Hierfür ziehe ich Definitionen von Militarismus (Mann 1987) als Ideologie (Althusser 1977, Eastwood 2018) heran und beschreibe deren spezifische Ausprägung des liberalen Militarismus der EU, der unter anderem von Victoria Basham (2020) typisiert wurde. Den liberalen Militarismus in der EU zeige ich exemplarisch durch Ausschnitte aus dem Vertrag über die Europäische Union (2012) und aus dem Beschluss des Rats der Europäischen Union (2021) zur Einrichtung der EFF. Die Verankerung der militaristischen Ideologie in den Produktions- und Herrschaftsverhältnissen, die Rolle der Rüstungsindustrie in der Politik der EU arbeite ich anhand verschiedener Berichte heraus (Ruiz et. al. 2022, Deleja-Hotko et. al. 2021, Douo et. al. 2021). Die konkreten Maßnahmen zur Terrorbekämpfung und Migrationskontrolle in Mali und Niger beschreibe ich anhand direkter Quellen der Missionsrepräsentationen (EUCAP Sahel Niger 2020, EUTM Mali 2024), des Europäischen Auswärtigen Diensts (EEAS 2019, 2023b, 2024) und von Beschlüssen des Rats der Europäischen Union (2022). Ob die Operationen die Ziele, die sich die EU stellt, erreichen kann, prüfe ich durch wissenschaftliche (Iñiguez de Heredia 2021, Barrios 2021, Wisotzki 2023, Davitti & Ursu 2018, u.a.), und zivilgesellschaftliche Berichte der Human Rights Watch (2019, 2023, 2024a, 2024b).

Im dritten Kapitel wird die Europäische Union als Imperium konzeptualisiert. Nachdem das Konzept des Imperialismus erarbeitet wurde, wird es auf das europäische Projekt angewendet, um schließlich die EU-Operationen im Sahel in dieses Gesamtbild einzufügen. Hierfür werden die objektiven Interessen, die die EU-Missionen motivieren, beschrieben und die Missionen durch die geopolitischen Umwälzungen des 21. Jahrhunderts kontextualisiert. Die theoretische Fundierung entnehme ich den Ideen von David Harvey (2003) und Ekkehart Krippendorff (Berndt 2021), sowie deren Anwendung durch Michael Berndt (2023). Die weitere Konzeptualisierung der EU als Imperium und ihr konkretes Wirken im Sahel setze ich

---

anhand dieser Theorien um, die unterfüttert werden durch empirische und theoretische Beobachtungen verschiedener weiterer Autor\*innen (Roldán Mendívil & Sarbo 2021, De Genova 2016, Ryner & Cafruny 2017, Bieling 2010, Petras & Veltmeyer 2016, Patomäki 2008, Oberndorfer 2019, Afoumba 2021, u.a.).

Im Fazit widme ich mich der Beantwortung der Forschungsfrage und stelle die Verschränkung von Staat, Imperialismus und Militarismus in den EFF-finanzierten EU-Operationen in Mali und Niger kompakt dar. Im letzten Kapitel diskutiere ich meine theoretischen und empirischen Ergebnisse, indem ich die Konsequenzen für politische Schlussfolgerungen aufzeige. Ich stelle die Empfehlungen, die aus Perspektive des Realismus formuliert werden (Karjalainen & Mustasilta 2023; Maletta & Héau 2022; Hauk & Mutschler 2020), jenen gegenüber, die der Kritik der politischen Ökonomie entspringen. Damit schlage ich abschließend politische Richtlinien vor, die erst durch die Perspektive der Politischen Ökonomie denkbar werden. Dadurch zeige ich die theoretische Besonderheit und Erklärungsstärke des gewählten Zugangs.

---

## 2. Staat: Die EU und das Militär in materialistischer Staatstheorie

---

### 2.1. Die EU als kapitalistisches Staatsprojekt

In den neoklassischen Politik- und Wirtschaftswissenschaften wird der Staat als neutrale, übergeordnete Instanz verstanden, die als Schiedsrichter in der Gesellschaft das Allgemeinwohl zum Ziel hat. Die Staatsbürger\*innen gelten im bürgerlichen Staat als gleich; niemandem stehen qua Geburt besondere Rechte oder politische Kontrolle über Ressourcen oder andere Menschen zu. Die Kritik der politischen Ökonomie widerspricht dieser Sichtweise (Demirović 2007: 21-22). Staatsbürger\*innen seien zwar formal, rechtlich gleichgestellt, nicht jedoch gesellschaftlich. Die Menschen nehmen in der Gesellschaft, besonders in Bezug auf ihre Position in der Produktion der lebensnotwendigen Mittel, ungleiche Positionen ein. Sie unterscheiden sich in ihrer Beziehung zu den Produktionsmitteln, den Ressourcen, die notwendig sind, um die Produktion in Gang zu setzen (Gebäude, Fabriken, Fahrzeuge, Rohstoffe, Wissen, und vieles mehr). Der Großteil der Menschen besitzt keine Produktionsmittel, sondern verfügt nur über die eigene geistige, körperliche und emotionale Arbeitskraft. Um sich die notwendigen Mittel zum Leben leisten zu können, müssen diese Menschen ihre Arbeitskraft für Lohn verkaufen. Die Eigentümer\*innen von Produktionsmitteln stellen die Arbeiter\*innen ein, damit diese einen Produktionsprozess in Gang setzen, an dessen Ende sich die Eigentümer\*innen Profit (im politökonomischen Duktus „Mehrwert“) erwarten. Der ausgezahlte Lohn ist dabei nur ein Bruchteil des Mehrprodukts, das die Arbeiter\*innen durch ihre Leistung erzeugen. Denn anders wäre es nicht möglich, dass die Eigentümer\*innen Mehrwert erhalten und Kapital anhäufen, um es schließlich wieder in die Produktion zu investieren („Kapital zu akkumulieren“). Diese Diskrepanz wird in der Kritik der politischen Ökonomie als Ausbeutung – und die aktuelle Gesellschaftsformation als kapitalistische Klassengesellschaft - bezeichnet. Die beiden Seiten gehen zwar rechtlich formal einen Vertrag ein, in dem sie sich als freie, gleiche Bürger\*innen und gleichberechtigte Parteien gegenüberstehen, diese rechtliche Gleichstellung ändert jedoch nichts an ihrer Ungleichheit in der Gesellschaft (Jäger & Springler 2015: 73-74, 137-139).

Betrachtet man den Staat in diesem Zusammenhang erscheint er längst nicht mehr als neutraler Schiedsrichter. Vielmehr ist es die Rolle des Staates die Kapitalakkumulation, den Prozess, in dem durch die Ausbeutung von Arbeitskraft Mehrwert angehäuft wird, aufrechtzuerhalten, zu moderieren und zu fördern. Der Staat ist die gesellschaftliche

---

Organisationsform, in der die kapitalistische Produktionsweise reproduziert und aufrechterhalten wird. Der Staat etabliert in dem von ihm kontrollierten Territorium jene bürgerlichen Gesetze, die die legislativen Rahmenbedingungen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses festschreiben, wie das Recht auf Eigentum und die Absicherung des Arbeitsvertrags zwischen rechtlich gleichgestellten Bürger\*innen. Diese Gesetze müssen durchsetzbar sein; ein kohärenter Staat hält dementsprechend das Gewaltmonopol in der Gesellschaft. Indem die Macht der direkten Gewaltanwendung dem Staat übertragen ist, gibt er die (gewaltlose) Form der Auseinandersetzung vor und macht die Konflikte und Widersprüche einer kapitalistischen Gesellschaft bearbeitbar (Wissel 2015: 34). Denn die Gesetze können am besten durchgesetzt werden, indem die Mehrheit der Gesellschaft die kapitalistischen Prinzipien verinnerlicht und ideologisch mitträgt.

Die Theorie, die dieses Verhältnis von Zwang und Konsens beschreibt, stammt von Antonio Gramsci. Antonio Gramsci (1891-1937) war sozialistischer Aktivist, Denker, Theoretiker und Journalist. Er gehörte zu den Gründern der Kommunistischen Partei Italiens (PCI). Als Sozialist und Kommunist wurde er im italienischen Faschismus zu 20 Jahren Haft verurteilt, wo er seine wesentlichen politischen und theoretischen Schriften, die sogenannten „Gefängnishefte“, verfasste. Ganz besonders beschäftigte Gramsci, im Angesicht des Erfolgs der Revolution in Russland und ihres Misserfolgs in Mittel- und Westeuropa, die Frage, wie die kapitalistische Herrschaft aufrechterhalten wurde (Barfuss & Jehle 2014: 9-14). Für Antonio Gramsci beruht die bürgerliche Herrschaft deshalb auf zwei Mechanismen: Konsens „gepanzert mit Zwang“ (Candeias 2007: 23).

Nach Gramsci ist die staatliche Herrschaft dann am effizientesten, wenn der Zwang hinter der Zustimmung der Mehrheit verschwindet. Der Staat übt nicht nur (gewaltsame) Kontrolle aus, sondern auch Ideologie. Das Terrain, in dem Konsens hergestellt wird, nennt Gramsci Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft setzt sich aus Institutionen und Diskursen zusammen, die sowohl staatlich als auch privat organisiert sein können, beispielsweise die Schule, Universitäten, Medien, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften oder Interessensverbände. In der Zivilgesellschaft wird um Konsens gerungen, es wird ausverhandelt oder sogar darum gekämpft, was als denkbar, sagbar, machbar, was als erstrebenswert gilt. Gramsci bezieht diesen Bereich der Gesellschaft in seine Staatsanalyse mit ein und spricht vom „integralen Staat“, der sich aus der Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft zusammensetzt. Die politische Gesellschaft ist der Staat im engen Sinne, durch den auf die staatlichen

---

Zwangsapparate, das Rechtswesen, die Polizei, das Militär zurückgegriffen werden kann, um auch in Zeiten der Hegemoniekrise das Fortbestehen der Herrschaft zu garantieren (Candeias 2007: 18-23). Die Zivilgesellschaft konstituiert das Terrain der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und bildet so eine Art Schutzmauer zwischen den ökonomischen Verwerfungen der Gesellschaft und dem Staat im engen Sinne (Wissel 2015: 30). Unter „Hegemonie“ versteht Gramsci schließlich die „spezifische Art und Weise der Herrschaftsausübung in der Zivilgesellschaft“ (Demirović 2007: 24-25) über Prozesse der Willens- und Bündnisbildung durch Weltanschauungen, Überzeugungen, Diskussionen, Auseinandersetzungen, Verhandlungen und Kompromisse.

In der Europäischen Union bleiben Zivilgesellschaft und politische Gesellschaft primär nationalstaatlich verankert. Es entwickeln sich zwar zivilgesellschaftliche Ansätze für die EU, aber die Hürden, um an ihr teilzunehmen, bleiben hoch. Dadurch bildet sich ein elitärer zivilgesellschaftlicher Raum heraus, in dem ausschließlich der Konsens innerhalb der herrschenden Klassenfraktionen ausverhandelt werden kann, während die Bearbeitung der gesamtgesellschaftlichen Hegemonie den nationalen Staatsapparaten überlassen bleibt. Auch die politische Gesellschaft der EU, der Staat im engeren Sinne, bleibt national fragmentiert. Die repressiven Staatsapparate sind nationale Angelegenheit, die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX, die Polizeibehörde Europol und militärische Projekte ersetzen diese nicht. Die gemeinsame Währung, die Europäische Zentralbank und der Europäische Gerichtshof beziehen die nationalen Apparate auf die europäischen, doch die Integration ist noch nicht so weit fortgeschritten, als dass wirklich von einem EU-Staat die Rede sein kann (Sablowski et. al. 2022: 236). Der deutsche Politikwissenschaftler und ehemaliger Co-Leiter des Forschungsprojekts „Staatsprojekt Europa“ (Frankfurt University of Applied Sciences 2023) Jens Wissel (2015: 27) spricht deshalb von einem „europäischen Staatsapparate-Ensemble ohne Staat“. Zum europäischen Staatsapparate-Ensemble gehören nationale, europäische und internationale Apparate, die miteinander in Konkurrenz vernetzt sind. Das europäische Staatsapparate-Ensemble zeichnet sich, genauso wie jede nationale Konstellation, durch Heterogenität und Inkohärenz aus. Der Staat ist keine Einheit und kein Instrument, sondern ein Ensemble von Macht- und Entscheidungszentren, die in ganz spezifischer Weise miteinander und mit den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen verbunden sind.

---

### *Die EU im Widerspruch zwischen Nationalstaat und Globalisierung*

In politisch und historisch einzigartiger Art und Weise hebt sich das europäische Staatsapparate-Ensemble durch eine Entgrenzung von Kapital, Produktion und Staatlichkeit und die immer engere Verzahnung von nationalen und supranationalen Institutionen hervor (Oberndorfer 2019: 47). Diese Verzahnung kommt nicht von ungefähr. Sie ist der Versuch, den Widerspruch zwischen der politischen Begrenzung auf den Nationalstaat und der wirtschaftlichen Entgrenzung der Globalisierung zu vermitteln. Der Nationalstaat kann nicht einfach abgeschafft werden, denn eine wesentliche gesellschaftliche Bedingung für die Kapitalakkumulation ist die Konstruktion eines gesellschaftlich geeinten, kontrollierbaren Territoriums. Die Entwicklung des Kapitalismus ist deshalb untrennbar mit der Entwicklung des modernen Nationalstaats verbunden. Nur innerhalb eines kontrollierbaren Territoriums können verbindliche Regeln gesetzt werden, die eine Voraussetzung für einen funktionierenden Markt sind (Wissel 2015: 33-34). Gleichzeitig stehen die Grenzen des Nationalstaats im Widerspruch zum strukturellen Wachstumszwang, der dazu führt, dass die kapitalistische Produktion sich räumlich ausbreiten muss. Die kapitalistischen Strukturen erfordern eine sich unaufhaltsam erweiternde Produktion und Reproduktion - denn das Gegenteil einer erweiterten Reproduktion des Kapitals sind Stagnation und Rezession: eine Wirtschaftskrise. Eine Wirtschaftskrise zu verhindern ist offensichtlich eine der wichtigsten Aufgaben des Staats und der Politik. Das ständige Wachstum der Binnenwirtschaft wird garantiert, indem äußere Märkte erschlossen werden, Rohstoffquellen einverleibt und externe Kapitalanlagemöglichkeiten gefunden werden (Berndt 2021: 33-34).

Spätestens nach der Depression der 1870er Jahre erwiesen sich die nationalen Volkswirtschaften in Europa nicht mehr ergiebig genug, um das Kapital gewinnbringend zu investieren und das Wachstum aufrechtzuerhalten. Die kapitalistischen Mächte lösten diesen Widerspruch, indem sie global neue Märkte, Ressourcen und Menschen ihrer kolonialen Kontrolle unterwarfen. Die imperialistische Rivalität im Wettlauf um Afrika heizte die Kapitalakkumulation und im gleichen Atemzug die politische Konkurrenz- und Konfliktdynamik an, die in zwei Weltkriegen gipfelte (Ryner & Cafruny 2017: 33). Nach den beiden Weltkriegen eröffnete die politische und ökonomische Integration in Europa einen neuen Weg, um den zunehmenden Widerspruch zwischen der Globalisierung der Kapitalverwertung und den Beschränkungen des Nationalstaats zu bearbeiten. Die schrittweise politische und wirtschaftliche Integration Europas sollte die transnationale

---

Ökonomie mit der territorialen Politik verbinden (Bieling 2024: 36). Der Staat ist im Kapitalismus das Management der Krisentendenzen (Ryner & Cafruny 2017: 32); die Instanz, die die Widersprüche im Kapitalismus zu bearbeiten versucht, indem politische und ökonomische Arrangements gefunden werden, die die Produktion stabilisieren. Die Union überbrückt mit dem gemeinsamen Markt und den transnationalen politischen Kompetenzen den kapitalistischen Widerspruch zwischen Territorialisierung und Globalisierung und sorgt so für ein stabilisierendes Arrangement des europäischen Kapitalismus.

### *Die EU als Bündnis in der geopolitischen und -ökonomischen Konkurrenz*

Der europäische Zusammenschluss der Nationalstaaten war aber auch eine geopolitische Notwendigkeit, denn die internationalen Konkurrenzverhältnisse hatten sich nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich geändert. Das globale Zentrum lag nicht mehr in Europa. Die USA war aus den Weltkriegen als Hegemon hervorgegangen (Ryner & Cafruny 2017: 48-51). Im Kalten Krieg formierte sich Westeuropa als ökonomischer Block, einerseits als Lager gegen den Osten, andererseits auch als Fundament für ein von beiden Supermächten, im Westen wie im Osten, unabhängiges, autonomes Europa. Angesichts der Vormachtstellung der USA entpuppte sich die Autonomie Europas immer nur als Illusion (Wahl 2024: 22-23), doch trotzdem konnten sich die europäischen Mächte durch ihren Zusammenschluss als Juniorpartner der USA einen Platz an der Sonne sichern – und dem europäischen Kapital die zentrale Stellung in der Geoökonomie erhalten. Das partnerschaftliche Verhältnis der USA und der EU ist dennoch von Rivalität und widersprüchlichen Ergebnissen für beide Seiten geprägt. Der gemeinsame europäische Markt förderte die Durchdringung Europas durch US-amerikanisches Kapital und gleichzeitig wiederum die Entstehung großer paneuropäischer Agglomerate, die zu größerer Konkurrenz für die USA wurden (Ryner & Cafruny 2017: 46-47).

Die geopolitischen Motive entspringen politökonomischen Zusammenhängen. Der Druck zur ökonomischen Globalisierung versetzt die Kapitalist\*innen in Konkurrenz zueinander. Obwohl die kapitalistischen Unternehmen innerhalb eines Nationalstaats zueinander in Konkurrenz stehen, schließen sie sich trotzdem zu Fraktionen zusammen, um ihre Interessen durchzusetzen. Im internationalen Konkurrenzkampf des Kapitals sind die nationalen Staaten ihre politisch-militärischen Repräsentanten, deren zentrale Aufgabe es ist, die externen Aktivitäten des nationalen Kapitals und damit den inneren wachsenden Wirtschaftskreislauf am Laufen zu halten (Berndt 2021: 33-34). Die Europäische Union ist ein Bündnis der

---

Repräsentanten der europäischen Kapitalfraktionen, um in der globalen Konkurrenz zu bestehen. Sie kann als ein Instrument derjenigen verstanden werden, die um die Erosion der eigenen globalen Hegemonie fürchten. Das west- und zentraleuropäische Kapital, Staatsapparate und Teile der Zivilgesellschaft schlossen sich in einer strategischen Koalition zusammen, um die zentrale Stellung Europas und ihre Privilegien zu verteidigen (Böröcz 2016: 59-63). Seit den 1990er Jahren intensiviert sich die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union (Michalski 2022: 17-18). Das ist ein Versuch, im internationalen Konkurrenzverhältnis die zentrale Stellung Europas zu bewahren. Der militärische Arm der Außenpolitik spielt dabei eine wichtige Rolle.

## **2.2. Das Militär als repressiver Staatsapparat**

Bevor ich die Konstellation des europäischen Staatsapparate-Ensembles in der Außen- und Sicherheitspolitik näher analysiere, beginne ich mit einigen allgemeinen Feststellungen zum Militär als Staatsapparat. Hierfür schließe ich an die Ideen von Antonio Gramsci an, der das politökonomische Staatsverständnis um die Zivilgesellschaft als Ort der Konsensbildung erweitert hat. Zwei bedeutende Denker, die die gramscianische Theorie weiterentwickelten, waren Louis Althusser und Nicos Poulantzas. Beide waren wesentliche Akteure der staats- und demokratiepolitischen Debatten in den 1960er und 1970er Jahren. Nicos Poulantzas (1936-1979) wendete sich, im Anschluss an Antonio Gramsci, gegen jede Art von ökonomischen Reduktionismus und historischen Determinismus (Demirović et. al. 2010: 12-13). Er wehrte sich gegen orthodox-marxistische Staatsauffassungen, die den Staat als Instrument der herrschenden Klasse vereinfachten; er sah im Staat den „Kristallisationspunkt des Kräfteverhältnisses zwischen Klassen“ (Poulantzas 1977: 73), ein Kräfteverhältnis, das im Kapitalismus immer ungleich zugunsten des Kapitals ausfällt, aber trotzdem stets umkämpft ist. Wie Nicos Poulantzas widmete sich auch Louis Pierre Althusser (1918-1990) der Neulektüre marxistischer Ideen und wurde zu einem der meistrezipierten marxistischen Philosophen des 20. Jahrhunderts. Er vertrat die Ansicht, dass die kritischen Sozialwissenschaften sich in erster Linie mit der Frage beschäftigen müssen, wie die Gesellschaft aufrechterhalten wird und verändert werden kann. Dementsprechend beschäftigte er sich eingehend mit der Weiterentwicklung der politökonomischen Staats- und Ideologietheorie, indem er die Beziehung von Struktur, Individuum und Autonomie neu dachte (Calhoun 2002).



---

Althusser schärfte die Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft, die Antonio Gramsci angestoßen hatte. Er sprach fortan von ideologischen und repressiven Staatsapparaten. „‘Repressiv‘ zeigt an, daß [sic!] der Staatsapparat ‚auf der Grundlage der Gewalt funktioniert‘“ (Althusser 1977: 119), „während die Ideologischen Staatsapparate ‚auf der Grundlage der Ideologie‘ funktionieren“ (Althusser 1977: 121). Nach Louis Althusser sind ideologische Staatsapparate ein Aggregat von Institutionen und Praxisformen, die Ideologie erarbeiten und bearbeiten. Ihr Zweck ist die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Aufrechterhaltung des Klassenverhältnisses (Eastwood 2018: 47). Deshalb sind Apparate, die gemeinhin als privat gelten (wie die Kirche, Vereine, Nichtregierungsorganisationen und Interessensvertretungen), Teil des Staates. Die politische Herrschaft kann sich nicht allein auf Repression stützen, sie ist auf die Ideologie angewiesen, die die gesellschaftliche Formation erst zementieren kann (Poulantzas 1973: 323-324).

Jeder Staatsapparat, auch das staatliche Gewaltmonopol, beruht auf gesellschaftlichem Konsens. Die Armee reproduziert Ideologie, um den nationalen Zusammenhalt zu gewährleisten und gesellschaftliche Werte zu propagieren, die ihre Machtbasis ausmachen. Und um letzten Endes einen politischen Befehl erteilen zu können, ist vorausgesetzt, dass die Befehlsgewalt von den Empfänger\*innen akzeptiert wird. Erst dieser hegemoniale Status der repressiven Staatsapparate verleiht ihnen Kontinuität (Wissel 2015: 29; Althusser 1977: 121). Umgekehrt arbeiten ideologische Staatsapparate genauso mit Repression. In klassischen ideologischen Staatsapparaten wie der Schule und der Kirche wird mit repressiven Methoden der Strafe und des Ausschlusses gearbeitet – das aber erst in zweiter Linie. In erster Linie ist es ihre Funktion, Ideologie zu reproduzieren, die die herrschenden Verhältnisse stabilisiert. Umgekehrt besteht der Hauptaspekt der repressiven Staatsapparate „in der organisierten physischen Repression [...], deren legitimes Monopol im Besitz des Staates liegt“ (Poulantzas 1973: 323). Die repressive Gewalt muss nicht immer direkte physische Formen annehmen. Gerade administrative Unterdrückung zeichnet sich durch strukturelle Formen der Gewalt aus. Die direkte physische Gewalt, sei es auch in Form von Freiheitsberaubung, steht jedoch immer als Ultima Ratio im Raum (Althusser 1977: 119).

Genau genommen sprechen Louis Althusser und sein Zeitgenosse Nicos Poulantzas (1973: 327) vom repressiven Staatsapparat im Singular und von ideologischen Staatsapparaten in der Mehrzahl. Zum repressiven Staatsapparat zählen unter anderem die Regierung, die

---

Verwaltung, die Armee, die Polizei, Gerichte, Gefängnisse und das Militär. Diese bezeichnet Poulantzas als „Glieder“ des singulären repressiven Staatsapparats, die jeweils spezifische Aufgaben übernehmen. Diese Glieder entwickeln im Vergleich zu ideologischen Staatsapparaten eine größere innere Einheit und graduelle Kohärenz, sodass man sie als „tatsächliche Subsysteme“ des repressiven Staatsapparats begreifen kann. Diese Konkretisierung vorweggenommen, wird deshalb, um der einfachen Verständlichkeit des Textes zuzutragen, in dieser Arbeit vom Militär im Singular, als „repressiver Staatsapparat“, die Rede sein.

Nach diesen allgemeinen Bestimmungen des repressiven Staatsapparats kann sich dem Militär als repressiven Staatsapparat zugewendet werden. Hierzu zeichne ich die Ideen zweier sozialistischer Theoretiker\*innen nach, die Anfang des 20. Jahrhunderts bedeutende Grundsteine der politökonomischen Theorie zu Imperialismus, Militarismus und Krieg setzten. Rosa Luxemburg (1871-1919) legte in ihren Arbeiten die ökonomischen Grundlagen für die sozialen Zerwürfnisse und den sich zuspitzenden Imperialismus am Vorabend des Ersten Weltkriegs offen. Aus Protest gegen die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie zur Bewilligung der Kriegskredite gründete sie zusammen mit Karl Liebknecht die Gruppe Internationale und schließlich 1918/19 die Kommunistische Partei (Wächter 2020: 337-342). Karl Liebknecht (1871-1919) war Jurist und sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter in Deutschland. Er stimmte am 2. Dezember 1914 als einziger gegen die Bewilligung der Kriegskredite und wurde so zusammen mit Rosa Luxemburg zu einem der prominentesten Vertreter\*innen antimilitaristischer Positionen in den sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegungen. Wegen der Veröffentlichung seines Buches „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“ (Liebknecht 1907) hatte er eine anderthalbjährige Festungshaftstrafe absitzen müssen. Luxemburg und Liebknecht wurden 1919 in Berlin von rechtsextremen Freikorpsoffizieren ermordet (Klein 2017). Ihre grundlegenden Beobachtungen zum Zusammenhang von Staat, Kapitalismus und Militarismus werden hier als Ausgangspunkt dienen, um das Militär als repressiven Staatsapparat noch spezifischer zu analysieren.

Karl Liebknecht entflocht den militärischen Staatsapparat in verschiedene Subsysteme:

Der Militarismus tritt danach auf: erstens als Armee selbst, sodann als ein über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militaristischer und halb militaristischer Einrichtungen (Kontrollwesen, Ehrengerichte, Schriftstellereiverbot, Reserveoffizierentum, [...])

---

Jugendwehren, Kriegervereine und dergleichen), ferner als ein System der Durchtränkung unsres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste [...] (Liebknecht 1907: 34-35).

Er erkannte bereits das Zusammenwirken von repressiven Apparaten und Ideologie, die Althusser und Poulantzas später genau beschrieben. Rosa Luxemburg (2021a [1899]: 127; 2021b [1899]: 49) erklärte weiter, dass der Militarismus im Zusammenspiel von Staat und Kapital drei Funktionen einnimmt: Erstens als staatliches Gewaltmittel nach außen, um nationale Interessen (gewaltsam) gegen andere, konkurrierende Interessen zu verteidigen und durchzusetzen, zweitens als Werkzeug der Klassenherrschaft nach innen, als repressive Kraft, die in Momenten der Hegemoniekrise gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden kann, und drittens als wichtige Anlageart für das finanzielle wie für das industrielle Kapital. Anhand dieser drei Funktionen werde ich in den nächsten Schritten das Militär in der kapitalistischen politischen Ökonomie näher betrachten.

#### *Verankerung in den Produktionsverhältnissen: Militär und Expansionslogik*

Die erste Funktion des militärischen Staatsapparats, welche Rosa Luxemburg (2021b [1899]: 49) nennt, ist das Militär als „Kampfmittel für konkurrierende ‚nationale‘ Interessen gegen andere nationale Gruppen“. Diese Kampfmittel müssen nicht eingesetzt werden, damit sie Wirkung entfalten. Ein Vorsprung in der eigenen Rüstungsstärke kann als stille Drohung ausreichend unterschwellig politischen Druck erzeugen, um außenpolitisch durchsetzungsfähig zu sein. Rosa Luxemburg (2018 [1911]: 21-22) spricht von zwei Formen des Militarismus: „Krieg und bewaffneter Friede[n]“. Die USA sind hierfür das prägnanteste Beispiel: Kein Konkurrent der USA ist dazu in der Lage, sinnvollerweise gegen die USA einen konventionellen Krieg zu führen und in den wenigsten Fällen würden die Partner der USA Kriegsvorhaben ohne deren Unterstützung verfolgen. Das impliziert Abhängigkeit, die die militärische Souveränität der europäischen Staaten relativiert (Hirsch 2005: 163-164).

Die gesellschaftlichen Bedingungen für die konkurrierenden Interessen in der Außenpolitik hat Ekkehart Krippendorf (1963) dargelegt, dessen Thesen in rezenten Arbeiten von Michael Berndt (2021) aktualisiert und auf die europäischen Militärinterventionen im Sahel angewendet wurden. Sie erklären, wie die militärische Logik den Bedingungen der kapitalistischen Produktion entspringt. Ekkehart Krippendorf war Professor für Politikwissenschaft und Politik Nordamerikas in Berlin und hat mit seinem Denken sowohl das Studium der Internationalen Beziehungen als auch die Friedensforschung geprägt. In den

---

60er und 70er Jahren widmete er sich der politökonomischen Friedensforschung und wandte sich Mitte der 80er Jahre der radikalen Staats- und Herrschaftskritik zu (Berndt 2021: 31).

Staaten sind die politisch-militärischen Repräsentanten der jeweiligen Kapitalfraktionen, die mit anderen Kapitalfraktionen in Konkurrenz stehen. Weil nun das kapitalistische System das nationale Kapital notwendigerweise zu Wachstum und Konkurrenz zwingt, sind auch die politisch-militärischen Repräsentanten des nationalen Kapitals zu Konkurrenz gezwungen. In anderen Worten: Das internationale Staatensystem ist ein System der Konkurrenz, weil der Kapitalismus ein System der Konkurrenz ist. Das gilt nicht nur als allgemeine Feststellung, sondern ist ein unbedingter Hinweis auf die gesellschaftlichen Bedingungen und Ursachen von staatlicher Außenpolitik und internationalen Konflikten (Berndt 2021: 34).

In diesem Zusammenhang sind die Aufrüstung und der Einsatz des Militärs Instrumente, um diese Aufgabe zu erfüllen (Berndt 2023: 43). Die Geopolitik kennt viele verschiedene Machthebel, doch das Militär ist bis heute die wichtigste Ressource von geopolitischer und geoökonomischer Macht (Wahl 2024: 29). Militarismus, definiert als die Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik (Mann 1987: 35), ist eine immanente Folge der kapitalistischen Expansionslogik. Bereits Karl Liebknecht (1907: 10) wies deshalb Erklärungen, die die vielen Kriegsschauplätze seiner Zeit auf Missverständnisse, Hetzerei oder dem Versagen der Diplomatie zuschrieben, als kurzfristig zurück. „Wir wissen, daß [sic!] diese Spannung eine notwendige Folge der sich verschärfenden wirtschaftlichen Konkurrenz [...] auf dem Weltmarkte ist, also eine direkte Folge der zügellosen kapitalistischen Entwicklung und internationalen Konkurrenz.“ Gewalttätige Konflikte hat es zwar, soweit uns bekannt ist, in der Menschheitsgeschichte immer schon gegeben. Mit der Entwicklung des Kapitalismus kommt es aber zu einem Bruch, durch den Krieg und Rüstung eine eigene Funktion in der politischen Ökonomie und im Staat haben (Berndt 2021: 33). Diese Feststellung lässt uns die kapitalistischen Ursachen für die Notwendigkeit eines außenpolitischen Kampfmittels erkennen.

Diese Feststellung allein bedeutet noch nicht, dass jede Außenpolitik, jede kriegerische und militärische Auseinandersetzung direkt auf die kapitalistische Entwicklung zurückzuführen sind. Objektive Interessen und politökonomische Entwicklungen äußern sich nicht direkt, sie werden immer durch ihre politische und ideologische Vermittlung in den Staatsapparaten geäußert und werden erst dadurch wirkmächtig. Wir können nicht direkt aus der

---

kapitalistisch-expansiven Entwicklung eine bestimmte Außenpolitik erklären oder gar prognostizieren (Berndt 2021: 38).

Die kapitalistische Produktionsweise ist die Grundlage für die Staatsapparate, welche sich immer auf die Reproduktion des Kapitalismus beziehen. Sie sind aber nicht direkt aus der Logik des Kapitals ableitbar, weil sie relativ autonom von den Produktionsprozesse sind und wiederum auf diese einwirken und ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen anstoßen können (Althusser 1977: 114). „Die Geschichte des Militarismus ist gleichzeitig die Geschichte der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und überhaupt kulturellen Spannungsverhältnisse zwischen den Staaten und Nationen wie auch die Geschichte der Klassenkämpfe innerhalb der einzelnen staatlichen und nationalen Einheiten“ (Liebknecht 1907: 1). Die relative Autonomie der subjektiven Interessenartikulation im Staat muss in die Analyse von Außenpolitik miteinbezogen werden (Berndt 2021: 38). Wir müssen also über die Ökonomie hinausgehen und die Eigenlogik des Staats miteinbeziehen. Um das zu bewerkstelligen, ist es notwendig, ein eigenes Konzept auszuarbeiten: Die Imperialismusanalyse, der ich mich noch ausführlich in einem eigenen Kapitel widmen werde. Um das Militär als Staatsapparat verstehen zu können, ist es für den jetzigen Zeitpunkt ausreichend festzustellen, dass die Repression nach Außen im Kapitalismus keine reine Willkür ist, sondern ihren Ausgangspunkt in der Expansionslogik und dem Konkurrenzdruck hat.

#### *Arbeit und Kapital im militärischen Staatsapparat*

Jeder Staatsapparat nimmt eine spezifische Beziehung zu den Produktionsverhältnissen ein. Das Militär ist wie kaum ein anderer Staatsapparat an die geographische Expansionslogik des Kapitalismus geknüpft. Jeder Staatsapparat ist als Kristallisationspunkt „verdichteter Kräfteverhältnisse“ (Poulantzas 2002 [1978]: 154) auch Terrain für den Kampf von Klassen(fraktionen) um Macht und Einfluss. Der militärische Staatsapparat steht hier in einem sehr spezifischen Verhältnis zwischen Staat und Ökonomie. Rosa Luxemburg bezeichnete das Militär als „wichtigste Anlageart ebenso für das finanzielle wie für das industrielle Kapital“ (Luxemburg 2021b [1899]: 49) und machte im Zuge dessen einige wichtige Beobachtungen in Hinblick auf die besondere ökonomische Position der Rüstungsindustrie: Der Rüstungsmarkt zeichnet sich dadurch aus, dass der Staat auf der Nachfrageseite beinahe eine Monopolstellung innehat. Die Marktentwicklung ist dadurch viel

---

enger als in jeder anderen Branche an politische Entscheidungen geknüpft. Außerdem machen die Sicherheit, Massenhaftigkeit der Nachfrage und enge Abstimmung der Preise den Staat zu einem sehr opportunen Abnehmer für die Rüstungsindustrie (Luxemburg 2021a [1899]: 127; 2021b [1899]: 49). Seit dem Ende des Kalten Kriegs beobachten wir einen neuen Trend der Auslagerung der Armeen an private Unternehmen. Ermöglicht durch die Privatisierungslogik wird Krieg und bewaffneter Konflikt zum direkten Markt für private Unternehmen (Covey 2017: 658). Heute spricht man bei diesem strukturell begünstigten engmaschigen Netz zwischen Rüstungsindustrie, Politik und Militär von einem „militärisch-industriellen Komplex“ (Lüthmann 2012: 10).

Aus gesamtökonomischer Sicht arbeitet Rosa Luxemburg (2021a [1899]: 115-121) noch drei weitere Alleinstellungsmerkmale der Rüstungsindustrie heraus: Durch die schiere Unerschöpflichkeit und Grenzenlosigkeit der Aufrüstung gibt es kaum eine Anlageform, die so gut als Entlastung der Überakkumulationskrise dienen kann. Im Rüstungswettlauf gibt es keine Erschöpfung und keine Vollauslastung, solange er ideologisch und politisch akzeptiert und mitgetragen wird. Gleichzeitig stellt kaum ein Wirtschaftszweig im Kapitalismus so eine absurde Vergeudung von gesellschaftlichen Produktivkräften dar wie die Aufrüstung. Von den eskalativen Spiralen, in denen die konkurrierenden Nationalstaaten ihre Militärausgaben nach oben treiben, profitiert letzten Endes nur die Rüstungsindustrie. Karl Liebknecht (1907: 41-42) zeigte auf, dass die Arbeiter\*innenklasse die Rüstungsausgaben bezahlt, als Steuerzahler\*innen mit ihrem Lohn und als Soldat\*innen mit ihrem Leben. Nur von technologischen Fortschritten, die aus diesem Antrieb heraus entstanden sind, konnten weitere Teile der Bevölkerung profitieren. Dass die Rüstungskonkurrenz technische Innovation und Umwälzung antreibt, ist ein weiterer Aspekt, den Luxemburg (2021a [1899]: 121) bereits ausmachte und der sich seither mehrmals bestätigte. Das prominenteste zeitgenössische Beispiel ist das Internet, das in US-amerikanischen Militärkreisen entwickelt wurde (Braml 2017: 88-90).

### *Die Zwangsgewalt des Militärs im Staatsapparate-Ensemble*

Das Militär ist schließlich die „ergänzende repressive Macht in letzter Instanz“ (Althusser 1977: 115) und damit ein „Werkzeug der Klassenherrschaft im Inlande gegenüber dem arbeitenden Volke“ (Luxemburg 2021b [1899]: 49). Die Armee interveniert, wenn die Staatsapparate in der Hegemoniereproduktion scheitern. Karl Liebknecht wusste 1907 von

---

einer Reihe an Fällen zu berichten, in denen die Armee zum Streikbruch entsandt wurden und so „der Militarismus in die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft“ (Liebknecht 1907: 47) eingriff.

Wenn das politische System, das auf Konsens beruht, nicht mehr haltbar ist, etablieren sich politische Systeme, die auf direktem Zwang aufbauen. Das Militär nimmt deshalb in der Geschichte der bürgerlichen Staaten immer wieder führende Rollen ein. Innerhalb der heutigen Unionsstaaten standen bis 1974 Portugal und Griechenland und bis 1975 Spanien unter der Herrschaft einer Militärdiktatur. Nicos Poulantzas spricht von „Ausnahmestaaten“ (Kannankulam 2010: 225-227), wenn die bürgerliche Herrschaft nicht mehr durch eine „geregelte Machtzirkulation“, wie dem Parteiensystem, Parlamentarismus und Gewaltenteilung fungiert, sondern durch Machtnetzwerke beziehungsweise durch einzelne Staatsapparate (wie Armee, Verwaltung, Kirche, etc.) und deren Willkür agiert. Ob ausnahmestaatliche Herrschaft entsteht, hängt nach Poulantzas immer mit einer Hegemoniekrise und ihrer spezifischen Bearbeitung zusammen. Wie eine ökonomische und politische Krise bearbeitet wird, entscheidet darüber, ob sich die kapitalistische Herrschaft weiter in ihrer rechtsstaatlichen oder in anderer, willkürlicher Form reproduziert.

Das Militär kann sich nur so lange an der Macht halten, wie es Unterstützung der herrschenden Kapitalfraktionen erhält, denn ohne ökonomische Basis kann keine kapitalistische Staatsherrschaft stabilisiert werden. Dieser Umstand wurde den Militärdiktaturen in Portugal, Griechenland und Spanien zum Verhängnis. Die Regime folgten primär den Interessen der sogenannten „Kompradoren“-Bourgeoisie, jener Fraktion der herrschenden Klassen, die die Vermittlung zwischen dem ausländischen Kapital des Zentrums und den inländischen peripheren Absatz- und Rohstoffmarkt organisiert. Die Interessen der Kompradoren standen zunehmend im Gegensatz zu den Interessen der inneren, nationalen Bourgeoisie. Die Widersprüche innerhalb des Blocks an der Macht spitzten sich zu, als sich die nationale Bourgeoisie von der Militärregierung abwendete. Dieser Widerspruch konnte nicht in der autoritären Staatsform ausverhandelt werden und verlangte nach einer Staatsform, die eine organische Vertretung der verschiedenen Klassenfraktionen und -interessen ermöglichte. Nicos Poulantzas (1977: 42-50, 82-83) schließt so in seiner Analyse der Krise der Diktaturen in Portugal, Griechenland und Spanien den Kreis: Während kapitalistische Ausnahmestaaten die bürgerliche Herrschaft stabilisieren, wenn eine

---

Hegemoniekrise diese gefährdet, können innerhalb des Ausnahmestaats wesentliche Verschiebungen der Kräfteverhältnisse nicht vermittelt werden.

Sowohl in Niger als auch in Mali war und ist das Militär der dominanteste Staatsapparat in der Organisation der kapitalistischen Herrschaft. Beide Länder erlebten nach der Unabhängigkeit 1960 eine lange Periode des Militärregiments, bis in den 1990er Jahren eine Phase der Demokratisierung mit teilweiser Unterstützung des Militärs einsetzte. In Niger führte das Militär in dieser Phase drei Putschversuche durch: 1996 übernahm General Ibrahim Baré Maïnassara die Macht, bis er 1999 wiederum von Militärs ermordet wurde, die den Weg zu demokratischen Wahlen einleiteten. Auch 2010 ermöglichte das Eingreifen des Militärs das Fortbestehen der demokratischen Institutionen in Niger. Erst 2023 putschte sich das nigrische Heer wieder an die Macht. In Mali stürzte das Heer 1991 die Regierung, nachdem sie sich nach Wochen des zivilen Widerstands weiterhin weigerte, die Macht abzugeben. Die militärische Interimsregierung organisierte Wahlen für das Jahr darauf und das Land trat in eine 20-jährige demokratische Phase ein. Doch 2012 führte das Heer wieder einen Staatsstreich durch, als die Regierung sich nicht im Stande zeigte, die Koalition aus Tuareg-Rebellen und jihadistischen Terrorgruppen im Norden zurückzuschlagen. 2013 fanden wieder demokratische Wahlen statt. Doch bereits 2020 putschte sich das malische Heer wieder an die Macht (Elischer 2021: 423-424, 433-434). Das zeigt, wie das Heer, wenn keine dauerhafte demokratische Hegemonie etabliert wird, zum dominanten Staatsapparat werden kann, um die Geschicke und die Geschichte der staatlichen Herrschaft zu organisieren.

### **2.3. Die Integration des europäischen militärischen Staatsapparats**

Es wurde erklärt, inwiefern der Staat die Instanz ist, die die Reproduktion der kapitalistischen Herrschaft organisiert und dabei Konstellationen zu etablieren versucht, die Widersprüche bearbeitbar machen. Die ökonomische und politische Integration in Europa erfüllt den Zweck, den Widerspruch zwischen nationalstaatlicher Territorialisierung und kapitalistischer Globalisierung zu bearbeiten. Innerhalb des kapitalistischen Expansions- und Konkurrenzzwangs wird der Staat zum politisch-militärischen Repräsentanten seiner Kapitalfraktionen; die Europäische Union ist als Interessensvertretung des europäischen Kapitals zu verstehen. Diese macht seit den 1990er Jahren stetig Schritte, um diese Interessensvertretung ökonomisch, politisch und militärisch wahrnehmen zu können. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ist Teil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Sie soll die Union mit der operationalen Kapazität ausstatten,



---

außerhalb ihres Territoriums zur Wahrung von Friede und Sicherheit einzugreifen, die Vereinbarkeit mit den Prinzipien der UN wird dabei betont (Schmidt 2021: 58-59). Für den Zweck dieser Arbeit werde ich im Folgenden die Konstellation des europäischen Staatsapparate-Ensembles in der Außen- und Sicherheitspolitik allgemein und schließlich konkret in Bezug auf die Militärpolitik und die Europäische Friedensfazilität nachvollziehen.

Die zentralen Knotenpunkte des europäischen Staatsapparate-Ensembles sind der Europäische Rat, das Gremium der Staats- und Regierungschefs, der Rat der EU, die Ministerebene, und die Europäische Kommission (Oberndorfer 2019: 51). Das Europäische Parlament hat bis dato eine wesentlich geringere Bedeutung als Kommission und Rat (Wissel 2015: 49), obwohl es seine Rolle über die Jahrzehnte immer weiter ausbauen konnte. Doch gerade in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gehen die Prozesse von den Mitgliedsstaaten und dem High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, der der Europäischen Kommission zugeordnet ist, aus. Der Europäische Rat, bestehend aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, der oder dem Präsident\*in des Europäischen Rats und der oder dem Präsident\*in der Kommission, legt die Richtlinien und strategischen Interessen der Union fest (Schmidt 2021: 60). Das Europäische Parlament hat in der Außenpolitik kein Initiativrecht, nur Unterrichts- und Anhörungsrechte (Sangi 2017: 104).

#### *Das transatlantische Bündnis in der europäischen Sicherheitsarchitektur*

Eine ganzheitliche Analyse des militärischen Staatsapparate-Ensembles in Europa müsste das nordatlantische Verteidigungsbündnis NATO miteinbeziehen. Während des Kalten Kriegs bestand die Sicherheitsarchitektur Westeuropas im Wesentlichen aus dem Nordatlantischen Bündnis (NATO), unter dessen Schirm Kooperation und Kapazitätenaufbau organisiert wurden. Mit dem Ende des Kalten Krieges zeigten sich Erosionsspuren in der engen Verzahnung der europäischen und transatlantischen Verteidigungsstrukturen. Die USA richteten ihr außenpolitisches Augenmerk zunehmend auf den asiatischen Raum. Die EU machte eigenständige Schritte in der Integration der Außen- und Sicherheitspolitik, ohne jedoch die NATO und die EU-NATO-Kooperation ersetzen zu wollen (Aggestam & Hyde-Price 2019: 116-117). Die EU strebt danach, nicht länger als Juniorpartner der USA wahrgenommen zu werden und möchte eine eigenständige sicherheitspolitische Akteurin sein, das heißt, ‚strategische Autonomie‘ erreichen. Da die EU einen anderen sicherheitspolitischen

---

Hintergrund als die USA hat, können auch die Positionen und Interessen unterschiedlich sein (Smith 2018: 609-610). Für den Zweck dieser Arbeit richte ich jetzt den Fokus gezielt auf das Netz von EU-Institutionen und nationalen Staatsapparaten, um die EFF dort einzuordnen.

### *Der Rat: Verteidigungsministerien und Führungsnationen*

Der Europäische Rat (Staats- und Regierungschefs) und der Rat der EU (nationale Minister\*innen) spielen die tragende Rolle im europäischen Staatsapparate-Ensemble (Luehmann 2011: 10). Großbritannien, Frankreich und Deutschland galten lange als führendes Dreigespann der EU. Mit dem Brexit verlor die EU ein militärisches Schwergewicht und Frankreich und Deutschland wurden zu einem Duo, dessen Auseinandersetzungen die europäische Politik insgesamt, aber die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik besonders prägen. Frankreich legt den Schwerpunkt auf die Unabhängigkeit der europäischen Sicherheitspolitik von den USA. Im Diskurs um die strategische Autonomie sind die französischen Vertreter\*innen bereit, weniger auf Legitimität und Konsensbildung innerhalb der EU zu setzen und stattdessen eine stärkere Führungsrolle Deutschlands und Frankreichs zu etablieren. Im Gegensatz dazu zeigte sich Deutschland traditionell viel zögerlicher, mehr Verantwortung und Führung gegenüber seinen EU-Partnern zu übernehmen (Lippert et al. 2019: 6, 12-13). Diese Zögerlichkeit Deutschlands scheint sich aktuell zu ändern. In Deutschland legten auch SPD und Grüne die letzte Skepsis ab und sprechen nun davon, dass Deutschland den Anspruch einer Führungsmacht haben müsse (Wahl 2024: 24-25). Frankreich, bekannt unter Macron als Initiator und Verfechter einer eigenständigen, außenpolitisch selbstbewussten Union, verliert aktuell an Einfluss, weil die liberale Fraktion in den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 geschwächt wurde und weil sich die integrativen Visionen der strategischen Autonomie Europas durch den Krieg in der Ukraine in Luft aufgelöst haben. Denn die aktuelle Konfrontation in Europa führt den Unionsstaaten ungefiltert ihre militärische Abhängigkeit von den USA vor Augen. Die Idee der strategischen Autonomie, die graduelle Unabhängigkeit von den USA, scheitert ein weiteres Mal, bevor sie überhaupt von der Idee zum Plan werden konnte (Wahl 2024: 26).

In der EU sind diese beiden führenden Staaten nicht allein. Gerade in der Außenpolitik ist es schwierig, alle nationalen Regierungen auf einen Nenner zu bringen. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist in der EU ein intergouvernementaler und konsensualer Bereich. Daher benötigt sie die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten, um eine bestimmte

---

außen- und sicherheitspolitische Linie verfolgen zu können. Das Veto eines Mitgliedstaates reicht aus, um die Entscheidung zu kippen (Lippert et al. 2019: 9-10). Ihre prekäre Konstruktion macht die Union in der Außen- und Sicherheitspolitik zu einer schwerfälligen bis gespaltenen Akteurin. Die Mitgliedstaaten zeigen nur bedingt Bereitschaft, ihre eigenen Interessen hinten zu stellen, die sich aus sehr unterschiedlichen geschichtlichen Entwicklungen und den ökonomischen und politischen Verhältnissen ergeben (Wahl 2024: 29). Zwischen den EU-Mitgliedsstaaten kann man bereits seit der NATO-Osterweiterung 1999 und aktuell als Folge des Ukrainekriegs außenpolitisch eine Machtverschiebung gen Osten beobachten. Die jungen EU-Mitglieder im Osten sind durch ihre Geschichte der russischen Einflussnahme besonders Russland-skeptisch und USA-affin (Wahl 2024: 25).

*Die Europäische Kommission: Antriebskraft der gemeinsamen Verteidigungspolitik*

Vonseiten der Europäischen Kommission ist der oder die High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy / Vice-President of the European Commission (HR/VP) eine Schlüsselposition in der Verteidigungspolitik. Der oder die High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy wird vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit ernannt, als Vizepräsident\*in der Kommission stellt sie sich außerdem dem Zustimmungsvotum des Parlaments (Sangi 2017: 128). Der oder die HR/VP knüpft den Rat an die Kommission, indem er oder sie gleichzeitig den Vorsitz des Rats für Auswärtige Angelegenheiten innehat und Vizepräsident\*in der Kommission ist. Die Rolle des HR/VP ist es, die GASP allgemein sowie konkrete Beschlüsse umzusetzen und die EU gegenüber Dritten und internationalen Organisationen zu vertreten (Schmidt 2021: 65).

Die Europäische Kommission ist oft treibende Kraft hinter neuen Integrationsschritten. Die Kommission verfolgt diese Schritte aus der Eigenlogik heraus, sich selbst als Koordinatorin besser im europäischen Staatsapparate-Ensemble zu positionieren und die Union langfristig, durch die Aufwertung der europäischen Rüstungsstärke, als globale Akteurin zu etablieren. Die Europäische Kommission ist eine wichtige Adressatin der militärischen Lobbyarbeit. Generell gilt die Tür der Kommission als weit geöffnet für Vertreter\*innen der Industrie, sodass die Kommission, obwohl die Verteidigungspolitik nicht in ihrem Kompetenzbereich liegt, sich immer aktiver für mehr Investitionen in die rüstungsindustrielle Basis Europas einsetzt (Luehmann 2011: 10-11).

---

### *Das Europäische Parlament: Unterrichts- und Anhörungsrechte*

Das Europäische Parlament hat, wie in anderen Politikbereichen auch, kein Initiativrecht in der europäischen Außenpolitik, ihm stehen lediglich Unterrichts- und Anhörungsrechte zu. Der oder die HR/VP der Europäischen Union ist dazu verpflichtet, im Parlament regelmäßig von den Entwicklungen zu berichten und die Auffassung des Parlaments zu berücksichtigen. Es ist allerdings nicht vertraglich konkret festgelegt, in welchem Fall dies unbedingt notwendig und wann eine gebührende Berücksichtigung gegeben ist. In der Praxis gilt es bisher als ausreichend, das Parlament im Nachhinein über Beschlüsse zu informieren, wenn die Entscheidungen bereits gefällt sind. Das Parlament kann die Kommission lediglich dazu auffordern, einen Vorschlag zu unterbreiten (Sangi 2017: 104-107).

Den Mitgliedern des Europäischen Parlaments stehen indirekte politische Instrumente offen, durch die sie versuchen können, Einfluss auf die europäische Außenpolitik zu nehmen. Sie können dem Parlament Entschließungsanträge zur Abstimmung vorlegen, in denen das Parlament zu jeder Angelegenheit der Union Position beziehen kann. Empfehlungen können auch an den Rat gerichtet werden. Lediglich in der Handelspolitik ist seit dem Vertrag von Lissabon beim Abschluss von Handelsabkommen die Zustimmung des Parlaments erforderlich (Sangi 2017: 104-105, 110-111). Seither gerät das Parlament zusehend ins Visier von Lobbying. Vertreter\*innen von Drittstaaten versuchen, auf das Europäische Parlament Einfluss zu nehmen, wenn eine knappe Abstimmung befürchtet wird. Die Zuwendung von Lobbyist\*innen und ausländischen Interessensvertreter\*innen ist hierbei ein wichtiger Indikator für die zunehmende Bedeutung des Staatsapparats. „[D]enn eine Interessensvertretung findet dort statt, wo auch Entscheidungen getroffen werden, sprich, wo Entscheidungsbefugnis besteht“ (Sangi 2017: 132). Obwohl das Parlament an Gewicht gewonnen hat, ist sein Einfluss in der Außenpolitik bescheiden (Sangi 2017: 107).

### *Europäische Verteidigungsagentur (EVA) und Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)*

Die Einrichtung der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) (auf englisch: European Defence Agency (EDA)) im Jahr 2004 war ein Meilenstein in der gemeinsamen Militärpolitik. Der Rat schuf die EVA, um ihn und die einzelnen Mitgliedsstaaten dabei zu unterstützen, die gemeinsame Verteidigungspolitik umzusetzen und die Krisenmanagementfähigkeiten der Union auszubauen. Eine ihrer Hauptaufgaben war es von Beginn an, die Rüstungszusammenarbeit zu fördern, indem Möglichkeiten zur Kooperation identifiziert und

---

ausgelotet sowie gemeinsame Forschungsprogramme auf die Beine gestellt werden sollten. Sie sollte zum Katalysator Zusammenarbeit werden (Schmidt 2021: 63). Die EVA war auch ein erster Schritt zur integrierten Finanzierung der EU-Verteidigung, die zuerst unter dem Radar stattfand, weil die EVA erst im Nachhinein, 2007 im Vertrag von Lissabon, in der EU verankert wurde. Die Finanzierung der EVA erfolgt teilweise durch den EU-Haushalt, teilweise direkt durch die Mitgliedsstaaten (Rodrigues 2023: 1157-1558).

Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) (auf englisch: European External Action Service (EEAS)) wurde nach Zustimmung der Kommission und Anhörung des Parlaments durch den Beschluss des Rates eingesetzt. Der EAD ist eine Art Mega-Ministerium, das die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU verwaltet. Er wird vom Europäischen Rat beaufsichtigt und von dem oder der HR/VP koordiniert. Das Personal des EAD wird aus Beamt\*innen des Generalsekretariats des Rates, der Kommission und der auswärtigen Dienste der Mitgliedsstaaten gebildet. Dem Europäischen Parlament werden nahezu keine Kontrollrechte zugesprochen, sein Einfluss im Auswärtigen Dienst ist dementsprechend unbedeutend (Sangi 2017: 128-129; Luehmann 2011: 10).

#### **2.4. Die EFF im europäischen Staatsapparate-Ensemble**

In den europäischen Staatsapparaten ringen nicht nur verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Positionen um Dominanz. Das Zusammenspiel der nationalen Apparate bedeutet eine zusätzliche Auseinandersetzung um Hegemonie. Die Agenturen, Organisationen und Institutionen der EU sind das Ergebnis dieser Auseinandersetzung. Ihre Einbettung oder Ausgliederung aus formalen EU-Strukturen spiegelt die Macht- und Interessensstrukturen zwischen und innerhalb der EU-Mitgliedstaaten und den supranationalen Institutionen wider. Die Agenturen, wie die EVA und die EAD, werden wiederum selbst zu Macht- und Entscheidungszentren im komplexen Ensemble innerhalb und zwischen den europäischen und nationalen Staatsapparaten (Wissel 2015: 42-43). Sie entwickeln eigene Logiken und Mikropraktiken, mit denen sie Einfluss auf die Entwicklung des gesamten Ensembles nehmen. Die Bedingungen, die die EFF in ihrer Form hervorgebracht haben, sind Ergebnis eines langen Prozesses der Aushandlungen um die Finanzierung der europäischen Verteidigung (Rodrigues 2023) und die konkreten Management-Strukturen der EFF sind wiederum das Produkt eines zweijährigen Ausverhandlungsprozesses (Mašlanka 2023: 2). Ich möchte nun zeigen, wie sich das Ringen der europäischen und nationalen Staatsapparate in der EFF äußert.

---

Zu Beginn eine grundsätzliche Einordnung: Wenn eine Operation militärischen Charakters eingesetzt werden soll, muss dies vom Rat einstimmig beschlossen werden. Dieser fasst den Beschluss aufgrund der Initiative der oder des HR/VP oder eines Mitgliedsstaats. Die Umsetzung der Operationen liegt bei Gruppen von Mitgliedsstaaten, die von der oder dem HR/VP betraut werden. Den Mitgliedsstaaten sowie der Europäischen Verteidigungsagentur obliegt auch die Planung der militärischen Projekte (Schmidt 2021: 70-72). Die Finanzierung wird nicht über den EU-Haushalt abgewickelt. Im Vertrag über die Europäische Union lautet es dazu: Die operativen Ausgaben der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen und von Fällen, in denen der Rat einstimmig etwas anderes beschließt. In Fällen, in denen die Ausgaben nicht zulasten des Haushalts der Union gehen, gehen sie nach dem Brutto sozialprodukt-Schlüssel zulasten der Mitgliedstaaten, sofern der Rat nicht einstimmig etwas anderes beschließt. (Vertrag über die Europäische Union 2012, Art 41(2))

Die Finanzierung erfolgt deshalb über eigene außerbudgetäre Finanzierungsmechanismen. Seit 2004 wurde der Athena-Mechanismus dafür eingesetzt (Schmidt 2021: 74-75). Die Europäische Friedensfazilität (EFF) bündelt den Athena-Mechanismus und die African Peace Support Facility (Maślanka 2023: 1). Neu ist an der EFF, erstens, dass die geographische Reichweite nicht mehr auf Afrika beschränkt, sondern global definiert wurde, zweitens, dass Unterstützung fortan nicht nur an internationale Organisationen, sondern auch direkt an Drittstaaten entsendet werden kann, und drittens, dass die Lieferung von tödlichen Waffen ermöglicht wurde (Rodrigues 2023: 1162).

Die Europäische Friedensfazilität ist, zusammengefasst, der außerbudgetäre Finanzierungsmechanismus für Militärprojekte im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU (Rat der Europäischen Union 2021: 18). Die EFF hat eine eigene, von der EU getrennte Rechtsgrundlage, was auf den Ausschluss militärischer Ausgaben aus dem EU-Haushalt zurückzuführen ist. Die EFF besteht aus zwei Säulen, die erste Säule ist die Finanzierung von militärischen Operationen und die zweite ist die Finanzierung von Unterstützung von Partner\*innen (Maślanka 2023: 2).

Die Management-Strukturen der EFF sind ein Ergebnis eines zweijährigen Ausverhandlungsprozesses, in dem sich die Dominanz der nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten im europäischen Staatsapparate-Ensemble zeigt. Die strategischen Prioritäten der EFF werden vom Rat der EU und dem Europäischen Rat, also den Regierungen

---

und Ministerien, festgelegt. Jede Operation und Maßnahme benötigten die Zustimmung des Rats. Wie in anderen GASP-Bereichen gibt es im EFF die Möglichkeit der konstruktiven Enthaltung, was bedeutet, dass EU-Mitgliedsstaaten nicht an allen Aktionen beteiligt sein müssen, wodurch sie die Projekte anderer nicht blockieren müssen (Maślanka 2023: 2).

Im Rat gibt es unterschiedliche Interessen und Vorstellungen für die strategischen Prioritäten der EFF. Das ist in den Diskussionen um den regionalen Fokus der EFF merkbar. Frankreichs Schwerpunkt liegt in (Nord-)Afrika und im Mittelmeer, Deutschlands Fokus in Osteuropa und im Baltikum (Schreer 2019: 14). Neben Frankreich befürworteten Italien, Spanien und Ungarn den Fokus auf die südliche Nachbarschaft der EU (Maślanka 2023: 5). Die EU-Projekte im Sahel sind vom Engagement Frankreichs, Italiens und Spaniens ausgegangen, während Deutschland, Polen und die nordischen Staaten sich zurückhaltender zeigten (Venturi 2017: 7). Die militärische Unterstützung für die Ukraine setzte die Frage der institutionellen Zusammensetzung des Finanzierungsmechanismus wieder auf die Tagesordnung, weil Dimension und regionaler Fokus sich von der ursprünglichen Intention der EFF entfernten. Es steht jetzt der Vorschlag des HR/VP Josep Borell im Raum, einen eigenen Verteidigungsfonds für die Ukraine einzusetzen (Maślanka 2023: 5).

Dass die europäische Strategie im Sahel, die 2011 beschlossen (EEAS 2011) und seither mehrmals weiterentwickelt wurde, einen sicherheitspolitischen Fokus hat, ist auf die relativ starke Positionierung der EAD zurückzuführen. Weitere Akteur\*innen mit anderem Fokus, wie beispielsweise die Abteilung für Entwicklung in der Kommission (DG DEVCO), gerieten unter die Räder. Die EAD übernahm die Führung und formulierte sicherheitspolitische Prioritäten für die Sahelregion, entwicklungspolitische Positionen spielten eine geringere Rolle (Venturi 2017: 10-11).

Die strategischen Prioritäten, die vom Rat festgelegt werden, werden vom Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (auf englisch: Political and Security Committee (PSC)) in konkrete Richtlinien und Rahmenbedingungen der einzelnen Missionen übersetzt. Das PSC setzt sich aus Botschafter\*innen der Mitgliedsstaaten zusammen (Maślanka 2023: 5), Vertreter\*innen der EVA und der EAD sind zu den Treffen eingeladen (Rodrigues 2023: 1161). Das PSC agiert unter Geheimhaltung, auch das Dokument, in dem die Richtlinien für die Entsendung von Waffen, Ausrüstung oder Operationen festgelegt sind, ist nicht öffentlich (Mühlenhoff & Hoijtink 2022: 328). Das Tagesgeschäft der EFF wird von zwei Administrator\*innen und zwei Buchhalter\*innen gewährleistet; jeweils einem

---

Administrator\*in-Buchhalter\*in-Paar für die militärischen Operationen, die durch die oder den Generalsekretär\*in des Europäischen Rats ernannt werden und einem Paar für die Unterstützungsmaßnahmen zugunsten Dritter, die durch die oder den HR/VP ernannt werden (Maślanka 2023: 2, 5).

Die Strukturen der EFF stehen so sinnbildlich für das Ensemble des militärischen Staatsapparats der Union. Die Regierungen halten die Kontrolle über strategische Entscheidungen und die Ernennung der Management-Positionen des Finanzierungsmechanismus. Sie geben nur das Recht zur Ernennung der administrativen Kräfte bei Unterstützungsmaßnahmen an den oder die HR/VP ab, der oder die zwar darüber hinaus auch Mitspracherecht, aber gar keine Kontrolle bei der Durchführung von Operationen hat (Maślanka 2023: 2, 5). Außerdem sitzen die EU-Institutionen EVA und EAD mit am Tisch. Nur das Europäische Parlament, das einzig direkt gewählte Organ des EU-Dreigespanns, hat in der EFF kein Mitspracherecht. Es teilt sich grundsätzlich mit dem Europäischen Rat die Befugnis, nach Vorschlag der Kommission über den Haushalt und die Ausgaben der Union zu entscheiden. Weil die EFF außerbudgetär organisiert ist, entfällt dieses Recht (Mühlenhoff & Hoijsink 2022: 328).

Es wurde argumentiert, dass die EFF als außerbudgetärer Finanzierungsmechanismus eingerichtet wurde, um schnell und flexibel auf Sicherheitskrisen reagieren zu können (Maślanka 2023: 1-2). Es liegt jedoch die Vermutung nahe, dass die Gründe für die außerbudgetäre Verankerung der EFF andere sind. Zunächst gibt es hierfür juristische Gründe: Wie oben zitiert, sind militärische und verteidigungspolitische Bezüge im Vertrag über die Europäische Union (2012, Art 41(2)) bereits im Vorhinein explizit ausgeschlossen. Und politische Gründe: Es galt lange als politisch unwegsam, Militärprojekte durch die EU zu finanzieren. Die gemeinsame europäische Verteidigung nahm immer kleine Schritte, die manchmal außerhalb des EU-Regelwerks gemacht wurden, um erst im Nachhinein integriert zu werden. Die EVA, die 2004 eingesetzt und 2007 in die Verträge eingegliedert wurde, ist nur ein Beispiel dafür, wie militärische Integration durch außerordentliche Initiativen angeregt wird. Eine Möglichkeit zur Finanzierung von Militärprojekten war auch der Weg über die EU-Kompetenzen im Bereich der Forschung, Technologieentwicklung und Wettbewerbspolitik. Über diesen Weg war es der Kommission möglich, das Tabu der Finanzierung von Militärprojekten aus dem Budget zu brechen. 2017 schlug sie ein neues Forschungsprogramm, die Preparatory Action in Research Defence (PADR), und das



---

European Defence Industrial Development Programme (EDIDP) vor, die die verteidigungsindustrielle Basis in Europa stärken sollten. Beide Programme wurden aus dem EU-Budget finanziert (Rodrigues 2023: 1157-1167).

Der Aushandlungsprozess der Finanzierung von EU-Missionen ist bis heute andauernd. Durch kleine Schritte, oftmals außerhalb des EU-Regelwerks, schreitet die Integration allerdings langsam voran. So werden mehr und mehr Tabus der militärischen Integration gebrochen, bevor sie formalisiert werden. Die EFF ist Ausdruck dessen: Ist die Finanzierung von EU-Missionen zwar in den EU-Verträgen aus dem Haushalt ausgeschlossen, kann sie über einen außerbudgetären Finanzierungsmechanismus doch ermöglicht werden. Das ist das Ergebnis des Ringens zwischen Interessen der nationalen Souveränität, Kooperation und Integration. In der GASP allgemein, in der GSVP insbesondere und in der EFF überhaupt zeigt sich die Dominanz der Regierungen im Staatsapparate-Ensemble. Sie legen die strategische Ausrichtung fest und bestimmen das Management der EFF. Die Kommission, vertreten durch den oder die HR/VP, hat Mitspracherechte; auch supranationale Organisationen wie die EVA und der EAD sind zur Koordination eingeladen. Das Parlament hat nur marginalen Einfluss auf die EFF, sodass die EFF außerhalb der öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle steht.

Die EFF ist ein Element einer europäischen Staatskonstellation, durch das international politische und wirtschaftliche Ziele erreicht werden sollen. Innerhalb der internationalen Konkurrenz der Kapitalfraktionen sind militärische Operationen, ob als stille Drohung oder im tatsächlichen Einsatz, ein Mittel, um Interessen durchzusetzen. Der repressive Staatsapparat, wie das Militär, muss allerdings auf gesellschaftlichen Konsens aufbauen. Das nächste Kapitel ist deshalb der Legitimierung der EFF-finanzierten Projekte im Sahel durch den liberalen Militarismus der EU gewidmet. Zunächst wird Militarismus als Ideologie definiert, bevor näher auf die spezifische liberale Ausprägung des Militarismus in der EU eingegangen wird. Im nächsten Schritt wird dargestellt, wie diese Ideologie im Zusammenspiel der Institutionen mit der Rüstungsindustrie in der EU verankert wird. Zuletzt geht es darum, die EFF-finanzierten Projekte in der Sahelzone darin einzuordnen, indem zuerst der Kontext in Mali und Niger und die konkreten Maßnahmen der EU-Missionen dargestellt werden. Abschließend wird überprüft, ob die liberalen Zielvorstellungen der Union durch die militärische Strategie erreicht werden können.

---

### 3. Militarismus der EU

---

#### 3.1. Militarismus als Ideologie

Michael Mann ist ein britischer Soziologe, der bekannt ist für seine Unterscheidung von ideologischer, ökonomischer, politischer und militärischer sozialer Macht. Er betont in seiner Theorie die Unterscheidung und Bedeutung von militärischer Macht in der Gesellschaft (Schroeder 2006: 1-2). Mann (1987: 35) definiert Militarismus als “set of attitudes and social practices“, die Krieg und Kriegsvorbereitung als normal oder gar als wünschenswert annehmen. Militarismus greift tiefer als seine offensichtlichsten Zurschaustellungen, wie die Moral des Gehorsams oder Militäraufmärsche als Demonstration der nationalen Überlegenheit. Der kontemporäre Militarismus, so argumentiert Michael Mann (1987: 35-36), ist viel subtiler. Krieg und Kriegsvorbereitung werden durch Militarismus als notwendig, als unumgänglich, als einzig logische Konsequenz aus den geopolitischen Widersprüchen dargestellt, schreibt James Eastwood (2018: 50). James Eastwood (2018: 44-50) ist Dozent für Politik und internationale Beziehungen an der Queen Mary University of London. Er plädiert für ein Verständnis von Militarismus als inhärent ideologisch. Im allgemeineren Verständnis von Militarismus, so Eastwood, ist die Kernidee die Durchdringung von sozialen Verhältnissen mit militaristischen Verhältnissen; diese Durchdringung müsse aber als ideologische Durchdringung verstanden werden. Diese ideologische Durchdringung bedeutet im Sinne der Ideologietheorie von Louis Althusser, dass eine strukturelle Beziehung zwischen militaristischen Praxen und den Individuen, die an ihnen teilhaben, hergestellt wird. Sie werden dabei als Individuen angerufen, Krieg, Kriegsvorbereitungen und militärische Aktivitäten zu dulden, zu akzeptieren, als notwendig zu erachten oder sogar aktiv zu befürworten.

Althusser (1977: 133) definiert Ideologie als “das imaginäre Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen“. Die Existenzbedingungen der kapitalistischen Geopolitik und Geoökonomie sind sehr konkret von Konkurrenz und Herrschaft gezeichnet. Der Militarismus als Ideologie ist nun das „imaginäre Verhältnis“ zu diesen Bedingungen, das die eigene Positionierung darin erklärt und legitimiert. Das besondere an Althusser's Ideologietheorie ist, dass er Ideologie nicht auf die Welt der Vorstellungen, Ideen und Anschauungen beschränkt. Für Althusser hat das „imaginäre Verhältnis“ durch konkrete Praxis von Akteur\*innen eine materielle Existenz. Ideologie drückt sich durch das Handeln der Akteur\*innen aus und wird durch diese reproduziert, immer vermittelt durch konkrete ideologische Staatsapparate. Das

---

bedeutet nicht, dass Vorstellungen, Glauben und Überzeugungen keine Rolle spielen. Durch konkrete Praxis wird den ideellen Motiven eine materielle Existenz verliehen (Eastwood 2018: 48).

Diese Definition von Militarismus als Ideologie rückt die Frage in den Hintergrund, ob Krieg wirklich notwendig ist; eine Frage, die kaum wissenschaftlich-analytisch bewertet, sondern politisch beantwortet werden muss. Vielmehr wird durch diesen Zugang vordergründig zu untersuchen, warum die Akteur\*innen an der militaristischen Ideologie teilhaben und eine passive Duldung, Akzeptanz oder aktive Befürwortung von militärischen Aktivitäten entsteht. In dieser ideologiekritischen Analyse von Militarismus ist das Ziel, die Legitimierung von Krieg und Kriegslogik aufzudecken und dabei eine kritische Distanz einzunehmen, ohne direkt zu urteilen, ob die Beweggründe richtig oder falsch sind oder eine ganz pazifistische Position einzunehmen, die absolut jede Gewalt in jedem Kontext im Vorhinein ablehnt (Eastwood 2018: 47-49).

### **3.1. Liberaler Militarismus der EU**

Victoria Basham, Leiterin des Instituts Politik und internationale Beziehungen an der Cardiff University und Chefredakteurin des Journals *Critical Military Studies* (Taylor & Francis) (Cardiff University 2024), definiert Militarismus, in Anlehnung an Michael Mann, als “Verlangen, Krieg zu führen, sich darauf vorzubereiten und als Mittel der Politik zu normalisieren” (Basham 2020: 48). Sie arbeitet an seiner Beschreibung des latenten Militarismus weiter und beschreibt und kritisiert in einem aktuellen Aufsatz den Militarismus im Liberalismus. Militaristische Ideologie unterliegt historischen Veränderungen. Im kontemporären Europa können wir vom liberalen Militarismus sprechen. Im Liberalismus herrscht die Vorstellung vor, dass bestimmte Ziele einen Krieg und Interventionen legitimieren können. Der Einsatz militärischer Mittel für diese legitimen Ziele muss dabei nur in einer Verhältnismäßigkeit zur Bedrohung und zur Aggression stehen. Als legitime Ziele werden Frieden, die Prävention humanitärer Katastrophen, Terrorbekämpfung, Frauenbefreiung, der Sturz diktatorischer Regime und die Sicherung der nationalen Souveränität ins Treffen geführt (Basham 2020: 49).

Im Vertrag über die Europäische Union und in dem Beschluss zur Einrichtung der EFF kristallisiert sich heraus, wie der liberale Militarismus die Außenpolitik prägt. Zuerst werden einige Grundsätze und Werte genannt, die die Union auf der Weltbühne vertreten möchte:

---

Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. (Vertrag über die Europäische Union 2012, Art 21(1))

Der Zweck der gemeinsamen Politik sind unter anderem

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und die Grundsätze des Völkerrechts zu festigen und zu fördern; [...]; die nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in den Entwicklungsländern zu fördern mit dem vorrangigen Ziel, die Armut zu beseitigen; die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft zu fördern, unter anderem auch durch den schrittweisen Abbau internationaler Handelshemmnisse [...]. (Vertrag über die Europäische Union 2012, Art 21(2) subparas b,d,e)

In seinem Beschluss zur Einrichtung der EFF nimmt der Rat Bezug auf die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (EUGS), die den Rahmen setzt für

ein geeintes und verantwortungsvolles außenpolitisches Engagement in Partnerschaft mit anderen mit dem Ziel, die Werte und Interessen der Union in Bezug auf Sicherheit, Demokratie, Wohlstand und eine auf Regeln basierende Weltordnung, einschließlich Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, voranzubringen. (Rat der Europäischen Union 2021)

Auf dieser Grundlage sollten konkrete Initiativen und Maßnahmen gesetzt werden,

in deren Mittelpunkt die in der EUGS ermittelten fünf Prioritäten für das auswärtige Handeln der Union stehen: Stärkung von Sicherheit und Verteidigung; Investitionen in die Resilienz der Staaten und Gesellschaften in der östlichen und südlichen Nachbarschaft der Union; Entwicklung eines integrierten Ansatzes für Konflikte und Krisen; Förderung und Unterstützung von kooperativen regionalen Ordnungen; Stärkung einer globalen Ordnungspolitik, die auf dem Völkerrecht, einschließlich der Grundsätze der VN-Charta, und der Schlussakte von Helsinki beruht. (Rat der Europäischen Union 2021)

In ihrem außenpolitischen Handeln möchte die Union also die Verteidigung stärken, in Staaten investieren, die Wirtschaft fördern, Handelshemmnisse abbauen, in Konflikte eingreifen und eine globale Ordnung errichten. Proaktives Eingreifen wird durch als legitim erachtete Ziele begründet. Nicht zuletzt können, um diese Ziele zu erreichen und diese Werte zu fördern, militärische Mittel eingesetzt werden:

---

Für die Zwecke der GASP [Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik] führt die Union Operationen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen durch und leistet Drittstaaten sowie internationalen und regionalen Organisationen Unterstützung, um deren Kapazitäten im Militär- und Verteidigungsbereich zu verbessern oder die von ihnen geführten Friedensunterstützungsoperationen in Bezug auf die militärischen Aspekte zu unterstützen. (Rat der Europäischen Union 2021)

Die Union legitimiert ihre militärischen Operationen und Unterstützungsmaßnahmen durch liberale Zielvorstellungen und wird damit zu einer Akteurin, die auf der Grundlage der Ideologie des liberalen Militarismus agiert. Wie jede Ideologie bezieht der liberale Militarismus ein imaginäres Verhältnis zu den Produktionsbedingungen mit ein. Im liberalen Militarismus gilt als Voraussetzung jeder liberalen Gesellschaft, dass sich diese nach außen hin verteidigen kann. So ist es in der Logik eines liberalen bürgerlichen Staates angelegt, dass es im Staat ausreichend Mittel für die Vorbereitung und Bereitschaft für Krieg geben muss. Diese Logik widerstrebt jeder Forderung nach Abrüstung, weil sie Kriegsvorbereitungen letzten Endes als legitim erachtet (Basham 2020: 49).

### **3.2. Die Rolle der europäischen Rüstungsindustrie**

Auf diese Weise ist der Militarismus fest im liberalen bürgerlichen Staat verankert. Krieg, oder zumindest Kriegsvorbereitungen, werden weiter als Mittel von Politik erachtet und dementsprechend werden staatliche Ressourcen mobilisiert und investiert (Basham 2020: 50). Die nationale Rüstungsindustrie gilt deshalb als wichtiger politökonomische Stützpfeiler des bürgerlich-liberalen Staates, als Partner. Immerhin werden große Bemühungen dazu angestellt, Unabhängigkeit in der Forschung und Entwicklung und darauffolgend in der Rüstungsproduktion zu erlangen. Das Fortbestehen einer unabhängigen, nationalen Rüstungsindustrie gilt als wichtiges politisches Ziel in der Sicherheitspolitik. Diese Überzeugung, gepaart mit einer liberalen Wirtschaftspolitik des freien, privaten Markts führt dazu, dass eine eigene Kapitalfraktion der Rüstungsindustrie zum ökonomischen Profiteur und Partner der bürgerlich-liberalen Staaten erwächst (Basham 2020: 49-50).

#### **Liberaler Militarismus**

has been systematised as a broader phenomenon, which includes the moral and legal justifications of the use of force and the embeddedness of a capital and technology-intensive approach to military production and war-preparation into the political economy of modernisation both across wartime and peacetime. (Iñiguez de Heredia 2021: 302)

---

Neben den moralischen und legislativen Rechtfertigungen von Kriegsvorbereitungen und militärischen Operationen macht den liberalen Militarismus die Einbettung von kapital- und technologieintensiver Rüstungsproduktion in ein politökonomisches Modernisierungsprogramm aus. Viele der ersten integrativen Schritte in der europäischen Verteidigungspolitik waren mit Forschung und Technologieentwicklung verbunden. Die Rüstungsindustrie wurde als Partner verstanden und in beratende Positionen miteinbezogen, so dass sich über die Jahre eine immer engere Vernetzung zwischen der europäischen Rüstungsindustrie und den europäischen Institutionen entwickelte. Durch diese Vernetzung wird die militaristische Logik gestärkt. Sie wird durch die militärische und technologisch-industrielle Interessensvertretung in Brüssel formuliert, die dafür lobbyiert, Investitionen in Forschung und Rüstung zu einem zentralen europäischen Projekt zu machen. Die Möglichkeit, die Interessen der EU mittels Gewalt durchzusetzen zu können, wird immer attraktiver (Iñiguez de Heredia 2021: 299). Im folgenden Kapitel gehe ich auf die Genese dieser Vernetzung näher ein und zeige dann, wie sie zur strukturellen Verankerung der militaristischen Ideologie führt.

#### *Vernetzung der Rüstungsindustrie mit europäischen Staatsapparaten*

Schon 2002 traf sich am Rande des Konvents über die Zukunft Europas eine kleine Gruppe aus Waffenlobbyist\*innen und politischen Entscheidungsträger\*innen, um über die Zukunft der europäischen Verteidigung zu beraten. Einer der erarbeiteten Vorschläge, die tatsächlich zur Umsetzung kamen, war die Einrichtung der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) 2004. Einer der Vertreter der Rüstungskonzerne, der Cheflobbyist von EADS (heute Airbus) Michel Troubetzkoy, bezeichnete die EVA als „Baby“ seines Konzerns und erklärte, dass die Organisationsstruktur der „Agentur zu 95 Prozent den von EADS vorgebrachten Vorschlägen entsprach“ (zitiert nach Ruiz et. al. 2022: 14). Die NGO Corporate Europe Observatory ortet eine enge Beziehung der Europäischen Verteidigungsagentur mit europäischen Rüstungskonzernen. Die EVA führt die Rüstungsindustrie als wichtigen Stakeholder und auch ihr allerhöchstes Personal hat viele enge Beziehungspunkte zur Rüstungsindustrie. Einer der Vertreter der Waffenlobbygruppe ASD schreibt zum Beispiel im Jahr 2016 darüber, dass es einen ständigen und engen Dialog mit der Europäischen Kommission und der EVA gäbe (Luehmann 2011: 10, 14; Ruiz et. al. 2022: 15). Seit der Gründung des Europäischen Auswärtigen Diensts (EAD) 2010 gibt es auch auf der Ebene des Rats einen paneuropäischen Anlaufpunkt für Lobbying der Rüstungskonzerne (Luehmann 2011: 10).

---

2015 gab es 327 Treffen der zehn größten Rüstungskonzerne und der Lobbying-Organisationen ASD und EOS mit Kommissions- und Kabinettsmitgliedern. Gleichzeitig waren 48 Lobbyist\*innen im Europäischen Parlament zugelassen, um dort für die Interessen der Rüstungsindustrie zu werben. Im gleichen Jahr machte Burkard Schmitt einen fliegenden Wechsel von seinem Posten als Verteidigungsberater der Europäischen Kommission zu dem Posten als Verteidigungs- und Sicherheitsdirektor der Lobbying-Organisation ASD. Ebenso 2015 gründete die Kommission das Beratungsgremium der Group of Personalities neu. Diese sollte in den kommenden Jahren bei der Umsetzung der bereits bestehenden Pläne der EU beratend zur Seite stehen und einen langfristig-strategischen Blick einbringen. Die Hälfte der Gruppe waren Vertreter\*innen der Rüstungsindustrie. Nicht am Tisch saßen Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft oder der Wissenschaft (Ruiz et. al. 2022: 16-18).

Ein besonders attraktives Ziel für die Rüstungslobby wurde in diesen Jahren die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX. 2005 war FRONTEX noch mit sechs Millionen Euro ausgestattet, jetzt sind für die Grenzschutzagentur von 2021 bis 2027 11 Milliarden Euro budgetiert, mit dem Zusatz, dass FRONTEX nun Flugzeuge, Drohnen und Schusswaffen erwerben und besitzen darf – wobei es keine rechtliche Grundlage für die Ausstattung von EU-Beamten\*innen mit Schusswaffen gibt. Zwischen 2017 und 2019 fanden 16 Lobby-Treffen statt, an denen keine einzige Menschenrechtsorganisation, aber 108 Vertreter\*innen der Rüstungsindustrie teilnahmen, von denen mehr als die Hälfte nicht im EU-Transparenzregister registriert waren. Darunter waren Lobbyist\*innen von Leonardo, laut SIPRI-Daten (2023) dem größten europäischen Rüstungskonzern, gleich gefolgt von Airbus, das am 14. Platz der Weltrangliste rangiert. In den Treffen wurden Produkte der Konzerne präsentiert, die dem Grenzschutz dienen sollen. Diese Konzerne bekamen große Teile der Aufträge zur physischen und virtuellen Aufrüstung der EU-Außengrenzen zugesprochen (Deleja-Hotko et. al. 2021, Douo et. al. 2021).

Die Integration der EU-Außenpolitik war begleitet von Lobbying, Personalaustausch und dem Drehtürprinzip zwischen Politik und Rüstungskonzernen (Iñiguez de Heredia 2021: 299). Man spricht von einem „militärisch-industriellen Komplex“, wenn zwischen Rüstungsindustrie, Politik und Militär ein immer engmaschiges Netz auf der Basis des Zusammenspiels von Profitstreben und Aufrüstungsinteressen gesponnen wird (Lühmann 2012: 10). Bereits Karl Liebknecht (1907: 66-67) wies in seinem Text „Militarismus und Antimilitarismus“ darauf hin, dass durch die Armee eine eigene gesellschaftliche Gruppe entstünde, die ein Eigeninteresse

---

an Investitionen in den Krieg und Kriegsführung entwickelt. Auch die Rüstungslieferanten hätten ein ureigenes Profitinteresse an der Aufrüstung. Nachdem wider Erwarten die Rüstungsausgaben nach dem Zweiten Weltkrieg nicht sanken und sich im Kalten Krieg eine anhaltende Rüstungsdynamik entwickelte, setzte sich ab den 1960er Jahren das Konzept des militärisch-industriellen Komplexes durch. In den späten 1990er Jahren erlangte es wieder an Konjunktur, als sich das Wettrüsten trotz dem Ende der Systemkonfrontation fortsetzte (Albrecht 1997: 346-347). Die Kooperation von Staatsapparaten und Rüstungsindustrie ist im eigenen Interesse der Beteiligten und nicht im Interesse der nationalen Sicherheit. Je stärker der militärisch-industrielle Komplex, umso mehr diktieren Profitstreben und Machterhalt die Außenpolitik. Ein militärisch-industrieller Komplex zeichnet sich durch die eigennützige Interessensgemeinschaft aus, die sich durch die enge Beziehung bildet (Dunne & Sköns 2011).

Ob in der Europäischen Union schon von einem eigenständigen militärisch-industriellen Komplex die Rede sein kann, ist allerdings fraglich. Die nationalen militärischen Staatsapparate, allen voran jene Frankreichs und Deutschlands, waren immer sehr zurückhaltend ihre eigene verteidigungsindustrielle Basis zu europäisieren. Eine paneuropäische Verteidigungsindustrie würde mehr Abhängigkeit der Mitgliedstaaten und weniger direkte Kontrolle über die Rüstungsproduktion bedeuten. Um ihre verteidigungsindustrielle Souveränität zu erhalten, verhinderten Frankreich, Deutschland und Großbritannien sogar 2012 eine Unternehmenszusammenführung zwischen dem Unternehmen BAE Systems und EADS (heute: Airbus), die einen paneuropäischen Konzern hervorgebracht hätte (Giegerich 2015: 289). Die Europäische Kommission ist trotz aller Zurückhaltung der Mitgliedsstaaten in verschiedenen Initiativen darum bemüht, die Integration des europäischen Rüstungsmarkts voranzutreiben und die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten in der Rüstungsforschung und -entwicklung zu stärken. 2007 unterzeichneten die EU-Staaten auf Vorschlag der Kommission die Strategy for the European Defence Technological and Industrial Base, worin postuliert wurde, dass eine militärisch-industrielle Basis auf nationaler Ebene nicht mehr tragfähig sei und beschlossen wurde, dass die EU der Rahmen für Rüstungskoooperation sein sollte (Mölling 2015: 5; Directorate General for External Policies of the Union 2020: 4-5). Doch in den Jahren nach der Unterzeichnung der Strategie im Jahr 2007 geschah vorerst das Gegenteil, denn eine tiefe ökonomische Krise erschütterte die EU und die EU-Mitgliedsstaaten reagierten, indem sie die sowieso niedrigen Verteidigungsausgaben weiter kürzten. Erst 2013 bekam die verteidigungsindustrielle Basis



---

wieder mehr Aufmerksamkeit, als die damalige HR/VP der EU, Catherine Ashton, in einem Bericht die industrielle Basis als unabdingbare Grundlage für eine erfolgreiche gemeinsame Außenpolitik identifizierte. 2014 wurde ein Fahrplan für den Aufbau einer europäischen Rüstungsindustrie veröffentlicht, der erstmals nicht nur Prinzipien, sondern Maßnahmen enthielt: Ein gemeinsamer Markt, gemeinsame Forschung und Industriepolitik im Rüstungsbereich. In den darauffolgenden Jahren blieb das politische Engagement in der Kommission groß, während wenig tatsächliche Fortschritte verzeichnet werden konnten (Directorate General for External Policies of the Union 2020: 5-7). Ein tatsächlicher politischer Durchbruch konnte erst gemacht werden, als der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Nachfrage nach Rüstungsgütern und Munition in Europa rasant ansteigen ließ.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine kurbelte die europäische Nachfrage nach Rüstungsgütern auf zwei Wegen an: Erstens sollte die Ukraine direkt durch militärische Güter unterstützt werden und zweitens finden sich die EU-Mitgliedsstaaten seither in einem neuen Bedrohungsszenario wieder, in dem Russland Bereitschaft zeigt, seine Interessen in Europa durch Militäreinsätze und Krieg durchzusetzen. Die raschen Maßnahmen für die ersten zwei Jahre, die den akuten Bedarf der EU und der Ukraine decken sollten, waren die European Defence Industry Through Common Procurement Act (EDIPRA), der finanzielle Anreize in Summe von 300 Millionen Euro für die gemeinsame Rüstungsbeschaffung setzte und der Act in Support of Ammunition Production, der 500 Millionen Euro bereitstellte, um die Munitionsproduktion und die Lieferungen an die Ukraine zu erhöhen. Diese beiden Maßnahmen können als vorsichtige Versuche verstanden werden, die Tür zu weitreichenderen Programmen zu öffnen. Die Europäische Kommission wusste auch dieses Möglichkeitsfenster zu nutzen, um als Koordinatorin einzugreifen und Integrationsschritte zu unterbreiten, die in all den Jahren zuvor außer Reichweite waren. In der European Defence Industrial Strategy schlug sie im März 2024 konkrete Schritte vor, um Investitionen, Forschung, Entwicklung, Produktion und Beschaffung mehr zu integrieren (Besch 2024).

Eine konkrete Maßnahme soll ein neuer Mechanismus für den Verkauf von Militärgütern werden, der Verträge zwischen EU-Mitgliedsstaaten vorsieht. Die Kommission schlägt außerdem vor, den Aufbau von Reserven an kritischen Verteidigungsgütern finanziell zu unterstützen. Sie möchte auch einen zentralisierten Katalog von in der EU hergestellten Verteidigungsgütern führen, der von der Industrie freiwillig gespeist wird. Für EU-Länder soll es einfacher werden, sich an bereits bestehenden Beschaffungsverträgen zu beteiligen,

---

indem die Beschaffungsvorschriften adaptiert werden. Die Finanzierung von Forschung und Entwicklung im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds soll fortgesetzt und intensiviert werden. Insbesondere sollen Prototypen, die aus dem Fonds stammen, finanziert und kommerzialisiert werden (Besch 2024). Über die finanzielle Investition hinaus schlägt die Kommission Ziele vor, mit der Vorstellung, dass die EU-Mitgliedsstaaten in Zukunft ihre Nachfrage am Rüstungsmarkt bündeln sollen. Bis 2030 sollen 40% der Rüstungsgüter gemeinsam beschaffen werden, der EU-interne Handel mit Verteidigungsgütern soll mindestens 35% des gesamten EU-Verteidigungsmarkts ausmachen und mindestens 50% der nationalen Verteidigungsbudgets sollen für Beschaffung innerhalb der EU ausgegeben werden (European Commission et. al. 2024: 10, 15).

Die Europäische Kommission ist die treibende Kraft, die immer wieder neue Möglichkeitsfenster nutzt, um neue verteidigungsindustrielle und -politische Integrationsschritte zu setzen, um sich so selbst als Koordinatorin besser im europäischen Staatsapparate-Ensemble zu positionieren und sich langfristig, durch die Aufwertung der europäischen Rüstungsstärke, als globale Akteurin zu etablieren. Die Europäische Kommission ist eine wichtige Adressatin der militärischen Lobbyarbeit, denn schon generell gilt die Tür der Kommission als weit geöffnet für Vertreter\*innen der Industrie, sodass die Kommission, obwohl die Verteidigungspolitik nicht in ihrem Kompetenzbereich liegt, sich auch immer aktiver für mehr Investitionen in die rüstungsindustrielle Basis Europas einsetzte. Besonders interessant ist, dass die Kommission selbst Initiativen zur Förderung der Rüstungsindustrie ergreift, weil sie darin eigene objektive Interessen erkennt, die aus der Logik der globalen Machtpolitik entspringen. In der EU sind weniger die Verbindungen zwischen der Rüstungsindustrie und dem Militär, sondern vielmehr zwischen der Rüstungsindustrie und der Politik richtungsweisend (Luehmann 2011: 10-11). Es wäre allerdings zu weithergeholt, schon von einem paneuropäischen militärisch-industriellen Komplex zu sprechen, wenn diesem die verteidigungsindustrielle Basis fehlt. Nichtsdestotrotz gibt es enge Verbindungen zwischen der Rüstungsindustrie und -lobby und den europäischen Institutionen, die die Außen- und Sicherheitspolitik geprägt hat (Iñiguez de Heredia 2021: 299). Deshalb möchte ich im Folgenden im europäischen Kontext von einer Vernetzung zwischen Verteidigungsindustrie und europäischen Institutionen sprechen.

---

### *Die strukturelle Verankerung der militaristischen Ideologie*

Diese Vernetzung kommt nicht von ungefähr. Die eigennützige Interessensgemeinschaft im militärisch-industriellen Komplex ist, wie bereits anhand der Thesen von Rosa Luxemburg (2021a [1899]: 127; 2021b [1899]: 49) argumentiert wurde, in der besonderen ökonomischen Position der Rüstungsindustrie gegenüber dem Staat strukturell disponiert. Die Entwicklung des Rüstungsmarkts ist wie keine andere an die Politik des Staats geknüpft, weil die Nachfrage von der Monopolstellung des Staats bestimmt wird. Die Entscheidungen von Regierungen prägen die Einschätzung der Rüstungsunternehmen darüber, ob am Ende der langen Produktionszyklen im Rüstungsbereich Gewinne zu erwarten sind. Setzt die Politik Signale der Aufrüstung, so können sich die langen Produktionszyklen mit der relativen Sicherheit der staatlichen Nachfrage decken. Aus diesen Bedingungen heraus entstehen enge Beziehungen zwischen den nachfragenden Staaten und den anbietenden Rüstungsfirmen (Giegerich 2015: 287-288). Die politische Einflussnahme von Rüstungsunternehmen auf den Staat liegt in dieser strukturellen Beziehung verankert.

Die Rüstungsunternehmen stehen in Konkurrenz um staatliche Aufträge. Diese Konkurrenz um begrenzte staatliche Mittel führt, im Kontext dieses Schulterschlusses zwischen Industrie, Militär und Politik, zu einem ständigen Druck, das staatliche Verteidigungsbudget zu erhöhen. Diese unaufhörliche Aufstockung des Verteidigungsbudgets, die in der EU in PESCO sogar vertraglich festgeschrieben ist (Kellner 2018: 7), muss durch eine äußere Bedrohung begründet – legitimiert – werden. So halten oft Ereignisse her, die die nationale Sicherheit nicht konkret bedrohen, aber dennoch genutzt werden können, um ein diffuses Bedrohungsszenario zu zeichnen. Kritische Nebeneffekte dieser Konstruktion von Bedrohungsszenarien sind die Verschwendung von Ressourcen, die durch Überinvestition entsteht und die Militarisierung der Außenpolitik (Dunne & Sköns 2011).

In der Dynamik eines militärisch-industriellen Komplexes wird *hard power* zur Intuition, zur einzig logischen Konsequenz. Militärische Gewalt ist Teil des außenpolitischen Instrumentariums jedes Staates, doch welchen Platz sie zugesprochen bekommt, ist nicht unter allen Bedingungen gleich. Deshalb braucht es einen genaueren Blick auf die Genese des militärisch-industriellen Komplexes, sprich auf die Stellung des Heers in der Gesellschaft, seiner ideologischen Rolle, seinem Verhältnis zu den politischen Führungsfractionen und auf seine wirtschaftliche Basis (Krippendorff 1963: 257). Die Reproduktion und das Potential militaristischer Ideologie sind in dieser Verzahnung von

---

Militär, Rüstungsindustrie und Politik verankert. Das Momentum, das die Integration der europäischen Verteidigung durch diskursive Möglichkeitsfenster erlangen konnte, wurde zumindest begünstigt, wenn nicht sogar ermöglicht durch eine enge Vernetzung von EU-Institutionen, Akteur\*innen der europäischen Rüstungsindustrie, transnationalen Interessensvertretungen und Lobbygruppen und organisierten Expert\*innenvereinigungen (Csernatonni 2021: 1).

Der liberale Militarismus der Union argumentiert durch die Referenz auf Werte und Grundsätze für mehr militärische Präsenz der Union. Im der Union zugrundeliegenden Vertrag ist die Verteidigungspolitik als „integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ festgelegt. Sie soll der Union „eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit“ sichern. „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Vertrag über die Europäische Union 2012, Art 42, Art 43). Die EU ist mit den legalen Kompetenzen und supranationalen Strukturen ausgestattet, um im Krisenmanagement auf militärische Mittel zurückzugreifen (Schmidt 2021: 57).

### **3.1. Terrorbekämpfung und Migrationskontrolle in Mali und Niger**

Die Sahelzone ist eine der Regionen, die auf der Grundlage der militaristischen Ideologie problematisiert wurde. Innerhalb der diplomatischen Strukturen der EU formieren sich schon seit 2005 Gruppen und Meinungsbilder, die die Sahelzone aufgrund der schwierigen Sicherheitslage zum Interessengebiet der gemeinsamen Außenpolitik der EU erklärten (Marischka 2021). Ein Ausdruck dessen war, dass die erste Regionalstrategie, die der Europäische Auswärtige Dienst kurz nach seiner Konsolidierung herausgab, die ‚Strategie für Sicherheit und Entwicklung im Sahel‘ war (Marischka 2021). In der Strategie werden die Terrorbekämpfung, das Eindämmen von illegalem Handel und das Sichern wirtschaftlicher Interessen als Ziele gesetzt: “An urgent and a more recent priority is to [...] secure lawful trade and communication links (roads, pipelines) across the Sahel, North-South and East-West, and to protect existing economic interests and create the basis for trade and EU investment” (EEAS 2011: 4).

Die 2011 verabschiedete Sahel-Strategie wurde 2012 durch den Ausbruch eines islamistisch-terroristischen Aufstands in Mali gefordert. Mali war in den 1990er Jahren, nach Jahrzehnten unter einem autoritären Regime, zum Vorbild für demokratischen Pluralismus in der Region

---

geworden. Korruption, Missmanagement und großer Unzufriedenheit zum Trotz konnte sich das Land international einen guten Ruf behalten. Das änderte sich abrupt im Jahr 2012, als eine Revolte, angeführt von der ethnischen Gruppe Touareg in einer Allianz mit jihadistischen Milizen über die Hälfte des Territoriums besetzen konnte. Bereits seit der formalen Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 wehrten sich die Tuareg-Gemeinschaften im Norden Malis gegen die staatliche Autorität, immer wieder kam es in der Geschichte des Landes zu Aufständen dieser ethnischen Gruppe. Im gleichen Atemzug nutzen Soldaten in der Nähe der Hauptstadt Bamako den Moment, um einen Putsch zu versuchen, der den gesamten Staatsapparat nur wenige Wochen vor einer Präsidentschaftswahl ins Chaos stürzte (Whitehouse 2021: 127-133). Der Aufstand islamistischer Terrorgruppen, der 2012 im Norden Malis ausbrach, griff 2015 auf die Nachbarländer Burkina Faso und Niger über (Human Rights Watch 2024b). In Niger greifen bewaffnete Gruppen immer wieder Zivilist\*innen und Verteidigungs- und Sicherheitskräfte an. Diese Situation hat sich zwischen 2011 und 2017 insbesondere im Südosten und Nordwesten von Niger, den Grenzregionen zu Mali und Nigeria, verschärft. Der nigrische Staat hält zwar, anders als Mali, immer noch die Kontrolle über sein Staatsgebiet, dennoch hat die ausufernde Unsicherheit die Prekarität der staatlichen Strukturen aufgezeigt (Tchangari 2023: 43).

Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit erlangten in Mali bewaffnete jihadistische Gruppen territoriale Kontrolle, woraufhin Frankreich militärisch eingriff und auch die Vereinten Nationen die erste Friedensmission in die Sahelzone entsandten (Tchangari 2023: 47). Die USA, Frankreich und Deutschland errichteten eigene, nationale Militär Stützpunkte in der Sahelzone. Frankreich tut dies bereits seit 1986 im Tschad, 2004/2011 in der Elfenbeinküste, 2013 in der Zentralafrikanischen Republik und seit 2013/14 in Mali (Berndt 2024: 94). Die Sahel-G5, eine Koalition ehemaliger französischer Kolonien, bestehend aus Burkina Faso, Tschad, Mali, Niger und Mauretanien, begrüßten die militärischen Einsätze von Frankreich und den USA in der Region. Diese wurden von den Staatsspitzen der Sahel-G5 nicht als Eingriff in die Souveränität, sondern als Hilfe von Verbündeten verstanden, die dabei unterstützen, die Staaten vor der terroristischen Machtübernahme zu schützen (Mueller 2021: 175).

Durch die französische Intervention internationalisierte sich der Konflikt. Die UNO setzte eine eigene Mission, MINUSMA, ein, die durch die EU-Mission EUTM ergänzt wurde. Frankreich ist bei militärischen Einsätzen auf die Unterstützung seiner Verbündeten angewiesen, wie sich

---

nicht zuletzt beim Einsatz in Libyen 2011/12 gezeigt hat, der nur durch die Mithilfe der USA abgeschlossen werden konnte (Berndt 2024: 45, 95). Russland nahm 2021 mit der Entsendung der Söldnergruppe Wagner die Führung in der ausländischen Unterstützung der Terrorbekämpfung in Mali. Die Human Rights Watch (2023) verzeichnet Menschenrechtsverletzungen und außergerichtliche Tötungen durch die Wagner Gruppe.

Seit 2015 steht das Migrationsmanagement in der Union an prominenter Stelle, die darum bemüht ist, in sogenannten Ursprungs- und Transitländern aktiv zu werden, um Menschen daran zu hindern, Europa zu erreichen (Davitti & Ursu 2018: 1). Die immer intensiveren Bemühungen zur Kontrolle von Migrant\*innen und Geflüchteten tragen zur Problematisierung der Sahelzone bei. In der EU-Außenpolitik herrscht ein Bild von "Migrationsströmen" vor, die es möglichst früh, bereits vor der Durchquerung der Sahara, aufzuhalten gelte. Damit sind Mali und Niger für die EU-Außenpolitik von besonderem Interesse (Marschika 2021). Agadez, eine Stadt in Zentralniger, wird als "smuggling capital of Africa" (Mueller 2021: 177) bezeichnet. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzte, dass allein im Jahr 2016 170.000 Migrant\*innen die Stadt passierten. Niger wird auch zum Stopp vieler, die vor dem Terror flüchten. 2017 strandeten 130.000 Menschen aus Nigeria, die vor der Boko Haram nach Niger geflüchtet waren, in Diffa, wo sie unter sehr schwierigen Bedingungen und ohne adäquater humanitärer Hilfe überleben (Mueller 2021: 177-178). 370.000 Personen wurden innerhalb Nigers zur Flucht gezwungen, während das Land selbst über 320.000 aus anderen Ländern, aus Nigeria, Mali und Burkina Faso, nach Niger flüchten mussten. Hinzu kamen im Jahr 2023 20.000 Migrant\*innen, die aus Algerien nach Niger abgeschoben worden waren (Human Rights Watch 2024b). In Mali waren 2023 575.000 Menschen aus ihren Häusern vertrieben worden, davon verblieben 375.000 als Binnenvertriebene im Land, während 205.000 Flüchtlinge in den Nachbarländern Schutz suchten (Human Rights Watch 2024a).

#### *Die EFF-finanzierten EU-Projekte in der Sahelzone*

In diesem Kontext waren vier GSVP-Missionen der Union aktiv: EUCAP Sahel Niger, EUCAP Sahel Mali, EUTM in Mali (Venturi 2017: 7) und EUMPM Niger. Die Mission EUCAP Sahel Niger (European Union Capacity Building Mission in Niger) wird als zivile Mission der Union bezeichnet. Sie wurde 2012 eingesetzt mit dem Ziel, die nigrischen Sicherheitskräfte mit Ausbildung, Beratung und Equipment zu unterstützen, um Terrorismus und organisierte Kriminalität zu bekämpfen. 2015 wurde das Mandat um die Migrationskontrolle ergänzt. Im

---

Zuge von EUCAP Sahel Niger (2020) wurden zwischen 2012 und 2020 über 19.000 Sicherheitskräfte ausgebildet und unterstützt. 2019 wurde Ausrüstung im Wert von 2,1 Millionen Euro überreicht. Die Militärexpert\*innen der Mission unternahmen regelmäßige Touren, im Zuge derer sie Equipment, Ausbildung und Beratung bereitstellten sowie Informationen zu Migrationsrouten und kriminellen Netzwerken sammelten (EUCAP Sahel Niger 2020; EEAS 2019: 26). Im Jahr 2022 wurden beispielsweise eine dritte mobile Einheit der nationalen Polizei und die erste mobile Einheit der Nationalgarde bei ihrer Gründung mit Training, Equipment, Infrastruktur und Beratung unterstützt. Im gleichen Jahr wurde die Zusammenarbeit mit der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX formalisiert und intensiviert, um die Informationssammlung und -weitergabe über Migrationsbewegungen zwischen den verschiedenen Institutionen zu fördern. Die Mission half den nigrischen Streitkräften dabei, einen Mechanismus zu entwickeln, um die legale Verfolgung von terroristischen und anderen kriminellen Handlungen zu gewährleisten und Straflosigkeit zu verhindern (EEAS 2023b: 60-62). Die Mission machte auch von der Möglichkeit Gebrauch, im Zuge von Gesetzgebungsprozessen in Niger zu beraten. Auf Initiative der EU hin wurde in Niger 2015 ein Gesetz gegen das Schleusen von Migrant\*innen beschlossen, das das Schmuggeln von Migrant\*innen außerhalb der Stadt Agadez in der Wüste vor Libyen verbietet. Es soll dafür verantwortlich sein, dass seither um die 75% weniger Migrant\*innen auf der Route durch Agadez verzeichnet wurden (Davitti & Ursu 2018: 2).

Ende 2022 beschloss der Rat der Europäischen Union (2022), eine weitere über die EFF-finanzierte Mission zu entsenden: Die EU Military Partnership Mission Niger (EUMPM Niger). Diese explizit militärische Mission sollte den Kapazitätsaufbau der nigrischen Armee unterstützen, um einen Beitrag zur Terrorbekämpfung zu leisten. Doch die Mission musste bereits kurz darauf ihre Aktivitäten wieder einstellen. Die nigrische Militärjunta, die im Juli 2023 durch einen Putsch an die Macht gekommen war, hatte am 4. Dezember 2023 verlautbart, die Vereinbarungen über die beiden in Niger stationierten Missionen, EUCAP Sahel Niger und EUMPM Niger, zu kündigen. Der Rat der Europäischen Union (2024) fasste schließlich im Juni 2024 offiziell die Entscheidung, die Missionen zu beenden.

EUCAP Sahel Mali (European Union Capacity Building Mission in support of Security Sector Reform in Mali) startete 2015 ebenso mit der Idee, die Sicherheitskräfte in Mali dabei zu unterstützen, die rechtliche und demokratische Ordnung wieder zu etablieren (Venturi 2017: 7, EEAS 2023b: 54). Beispielsweise wurden 2018 in 99 Trainings fast 2.300 Personen

---

weitergebildet und etwas über 1,2 Millionen Euro an Ausrüstung an die malischen Sicherheitskräfte übergeben, fast 890.000 Euro des Missionsbudgets wurden in Infrastrukturprojekte investiert (EEAS 2019: 28). Zu den Projekten, die 2022 umgesetzt wurden, gehörten der Aufbau eines Radiokommunikationsnetzwerks zwischen den Städten Bamako and Ségou, der Aufbau einer Basis zur Migrationskontrolle in Kourémalé an der Grenze zu Guinea, in dem bis zu 200 Sicherheitskräfte unterkommen können und 207 Trainingseinheiten für beinahe 2.000 Personen (davon 1.593 Männer und 394 Frauen). Die Bemühungen der Mission wurden 2022 stark eingeschränkt (EEAS 2023b: 54-57), doch das Mandat der Mission blieb aufrecht.

EUTM (European Union Training Mission Mali), die militärische Trainingsmission in Mali, wurde 2013 entsandt (Venturi 2017: 8), explizit auf den Wunsch der malischen Regierung und auf der Grundlage der UN-Charta. Das Mandat der EUTM Mali umfasst die Unterstützung der malischen Armee beim Aufbau ihrer Kapazitäten durch die Bereitstellung von Training, Beratung und Begleitung. So sollte die territoriale Integrität in Mali wiederhergestellt und die Gefahr durch Terrorgruppen gebannt werden. Die regionale Ausdehnung der EUTM wurde 2016 durch eine Ratsentscheidung auf die Einsatztruppen der G5-Sahel ausgeweitet, der Organisation aus Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und dem Tschad, die fortan auch unterstützt werden sollten. Das Hauptquartier hatte seinen Sitz in der malischen Hauptstadt Bamako, wo auch die Advisory Task Force und die Educational and Training Task Force der EUTM ihren Sitz hatten. Sie waren unterstützend in den militärischen Ausbildungszentren tätig, um die Führungs-, Management- und die Waffeneinsatzfähigkeiten der malischen Soldaten zu verbessern. Insgesamt sollen 20.000 malische Soldat\*innen von dem Training der europäischen Partner\*innen profitiert haben (EUTM Mali 2024: 7-15). Die EU-Mission EUTM wurde im Frühjahr 2022 nach Niger verlegt. Ihr waren 745 Soldat\*innen aus der EU und aus EU-Anwärterstaaten zugewiesen, Österreich übernahm 2021 für ein halbes Jahr das Kommando und hatte 63 Soldat\*innen in der EU-Mission EUTM stationiert (Berndt 2024: 96). Obwohl das Mandat bis 2024 verlängert worden war, wurde es 2022 überprüft und schließlich alle operativen Aktivitäten suspendiert. Nicht-operative Maßnahmen wie Beratung und Ausbildung wurden unter einem neuen Schwerpunkt auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit fortgesetzt (EEAS 2023b: 58). Im Mai 2024 wurde die Mission schließlich beendet (EEAS 2024).



---

### 3.1. Militarisierung der EU-Friedenspolitik

Diese vier militärischen Missionen in Mali und Niger wurden durch einen Mechanismus finanziert, der ‚Frieden‘ in seinem Namen trägt. Ihre Mandate zur Terrorbekämpfung und Migrationskontrolle zeigen auf, wie sich in der Union ein ideologischer Nexus aus Sicherheit, Entwicklung, Migration und Frieden entwickelt hat. Die Friedenspolitik der EU ist von der Überzeugung geprägt, dass Frieden durch militärische Kapazitäten, Projekte und Interventionen etabliert werden kann. Marta Iñiguez de Heredia (2021: 298-299), Dozentin an der Universidad Autónoma de Madrid, arbeitete drei Phasen der militarisierten Friedensagenda der EU heraus. Erst ab 2003 nahm die Union eine Wende hin zu konkreten militarisierten Instrumenten, doch bereits zuvor, in einer ersten Phase der Friedensagenda der EU, prägte die militaristische Ideologie die europäischen Vorstellungen zu Konflikt- und Krisenmanagement. Die erste Phase, die von den frühen 1990er bis zum Beginn der 2000er Jahre reichte, war von den postjugoslawischen Kriegen am Balkan gezeichnet. Die Balkankriege stellten die Union und ihre Mitgliedsstaaten vor die Frage, wie direkt in der eigenen Nachbarschaft Friedenspolitik aussehen und umgesetzt werden könnte. Die Möglichkeit der militärischen Intervention wurde im vorherrschenden liberalen Militarismus legitim und beeinflusste die Union, die sich seit dem Ende der 1990er Jahre darum bemühte, Kapazitäten für friedenssichernde Interventionen aufzubauen.

Die zweite Phase wurde 2003 mit der Verabschiedung der European Security Strategy eingeleitet, die vom damaligen HR/VP der Union, Javier Solana, vorgeschlagen worden war. In dieser Sicherheitsstrategie dominierte die Vorstellung, dass Friedensförderung Staatenbildung bedeute. Die Interventionen, die zwischen 2003 und 2008 von der Union entsandt wurden, sollten die institutionelle Infrastruktur der Zielstaaten stärken. Das erste Friedensinstrument der Union, das Instrument for Stability, wurde 2007 geschaffen und war auf den Aufbau von Regierungsinstitutionen und die Stärkung der ökonomischen und industriellen Basis von instabilen Staaten gerichtet (Iñiguez de Heredia 2021: 299). Es ist eine von je her gängige Strategie dominanter, hegemonialer Akteur\*innen, andere soziale Räume zu problematisieren, um ihre Interventionen zu legitimieren. Eine problematisierende Erzählung, die die Einflussnahme legitimieren sollte, ist jene von den schwachen, fragilen oder gescheiterten Staaten. Diese Erzählung wurde bereits während des Kalten Kriegs herangezogen, um jene Länder zu beschreiben, in denen die kapitalistischen Modernisierungsversprechen nicht in die Realität umgesetzt werden konnten. In den 1990er Jahren kam eine neue Kategorie hinzu, jene des „Schurkenstaats“, welcher durch seine

---

interne Strukturschwäche eine direkte Bedrohung für die internationale Ordnung darstellen sollte. Ihm wurde bereits in den 1990er Jahren die Eigenschaft zugeschrieben, ein Hafen und Versteck für Terrororganisationen zu sein (Bachmann 2008: 132-133).

Die dritte Phase, die Iñiguez de Heredia (2021: 299-303) identifiziert, wurde mit der Wirtschaftskrise 2007/2008 eingeleitet und in der Global Security Strategy festgehalten, die durch die Initiative der HR/VP Federica Mogherini 2016 beschlossen wurde. Der neue Fokus der EU-Friedenspolitik war Kapazitätsentwicklung. Die Idee ist, dass die lokalen politischen und militärischen Eliten durch EU-Projekte dazu befähigt werden sollen, die Sicherheitslage zu verbessern, indem Material, Wissen und Technologie bereitgestellt werden. War diese Idee bereits zuvor im Staatsaufbau präsent, so wurde im letzten Jahrzehnt der Bezug auf militärische Kapazitäten vorherrschend, institutionelle und politische Reformen gerieten in den Hintergrund. Ideologisch liegt dieser Auffassung die Vorannahme zugrunde, dass es in den Zielregionen an politischen und militärischen Kapazitäten und Fähigkeiten mangle. Die lokalen Akteur\*innen seien selbst nicht fähig dazu, die Sicherheitsproblematiken zu lösen. Die sogenannte ‚Ertüchtigungspolitik‘, die Ausstattung und Ausbildung von Militär und Polizei eines Drittstaats, ersetzt die direkten Einsätze der eigenen Soldat\*innen in einer externen Region (Wisotzki 2023: 36). Die Missionen EUCAP Sahel Niger, EUCAP Sahel Mali, EUTM in Mali und EUMPM Niger waren von dieser Strategie der militärischen Kapazitätsentwicklung geprägt.

Im Folgenden wollen wir nun untersuchen, ob diese Strategie die von der Union festgelegten liberalen Ziele der GSVP erreichen kann: Die Stärkung der regionalen Sicherheit, „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und die Grundsätze des Völkerrechts“ (Vertrag über die Europäische Union 2012, Art 21(2) subparas b).

### *Sicherheit: Fehlende Entwicklungsperspektiven*

Beide von der EU identifizierten Risiken, Terror und Migration, werden als Frage der Sicherheit angesehen. Die Theorie der Versicherheitlichung (auf englisch: *securitization*) ist ein politikwissenschaftliches Konzept, das von Barry Buzan, Ole Wæver und Jaap de Wilde (1998) in ihrem Werk „Security. A New Framework for Analysis“ entwickelt wurde. Es beschreibt den Prozess, durch den aus einer politischen oder ökonomischen Situation ein Sicherheitsproblem wird. Die Autoren definieren „Sicherheit“ und „Versicherheitlichung“ als

---

The move that takes politics beyond the established rules of the game and frames the issue either as a special kind of politics or as above politics. Securitization can thus be seen as a more extreme version of politicization. In theory, any public issue can be located on the spectrum ranging from nonpoliticized (meaning the state does not deal with it and it is not in any other way made an issue of public debate and decision) through politicized (meaning the issue is part of public policy, requiring government decision and resource allocations [...]) to securitized (meaning the issue is presented as existential threat, requiring emergency measures and justifying actions outside the normal bounds of political procedure). (Buzan et. al. 1998: 23-24).

Nicht alle Autor\*innen der Securitization Theory teilen die Unterscheidung zwischen ‚normaler‘ und ‚außergewöhnlicher‘ Politik. Alle teilen aber die Kernidee, dass Akteur\*innen durch die Konstruktion einer außergewöhnlichen Gefahr ein Problem insoweit hervorheben, dass sie die Zustimmung ihres Publikums zu bestimmten Maßnahmen erlangen können. Dieser Prozess hat einen performativen Charakter: Durch die spezifische Beschreibung der Realität ändert sich die Realität; die Konstruktion der Gefahr wird sozial wirksam, soweit, dass die Gefahr echt erscheint (Balzacq et. al. 2016: 495).

Asyl und Migration wurden in der EU sicherheitspolitisch gedeutet (Balzacq et. al. 2016: 509). Spätestens seit 2015 wird Migration aus der Brille der Sicherheit betrachtet, indem reale und imaginierte Gefahren wie Terrorismus, Kriminalität und Unruhen mit Migration verknüpft wurden (Davitti & Ursu 2018: 1). Sicherheit, Migration und Entwicklung werden diskursiv aneinandergelinkt, wodurch die Grenzen zwischen Entwicklungshilfe und Sicherheitsmaßnahmen verschwimmen. In der Konsequenz fließen Gelder und Ressourcen aus der EU nicht mehr in wirtschaftliche und politische Entwicklungsprojekte, sondern zuallererst in repressive Migrationskontrolle. Die Beziehung zu afrikanischen Staaten leidet unter dieser Politik, weil ihr Interesse an Entwicklung und damit die politökonomischen Hintergründe der Migration in der Zusammenarbeit mit der EU aus dem Blick geraten. Militärische Lösungen für eine Region zu formulieren, die wie keine andere von Armut und Perspektivenlosigkeit betroffen ist, gerät dabei zusehend unter Kritik (Venturi 2017: 9-11).

Sicherheit wird allzu oft mit Stabilität verwechselt, ohne dabei auf die Qualität des stabilen Zustands zu achten. Gerade in der Sahelzone waren unruhige Phasen von zivilem Ungehorsam oder von Umbrüchen rund um das Eingreifen des Militärs auch Zeiten der Hoffnung auf eine Demokratisierung des Landes (Barrios 2021: 441). Gerade aus der europäischen Brille heraus wird die Unsicherheit in Mali und Niger auf Terrorismus und ethnische Konflikte reduziert. Cristina Barrios (2021: 442-443) identifiziert aber darüber

---

hinaus aus der Perspektive eines umfassenden Sicherheitsbegriffs auch die Ernährungsunsicherheit, Armut und wirtschaftliche Unterentwicklung als Faktoren, die die unsichere Lage in der Sahelzone ausmachen. In Westafrika waren im Jahr 2020 laut Welternährungsprogramm 15 Millionen Menschen von Ernährungsunsicherheit gefährdet, in Mali und Niger war die Situation besonders drastisch. In Mali waren 2023 8,8 Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen (Human Rights Watch 2024a). In Niger ist die humanitäre Lage ebenso kritisch. Niger nimmt im Human Development Index der UN, der das Bruttonationaleinkommen pro Kopf, die Lebenserwartung und Bildungskennzahlen zusammenfasst, den Platz 189 von 191 ein (Robert 2023). Etwa 17% der Bevölkerung benötigten 2023 humanitäre Hilfe, das sind 4,3 Millionen Menschen (Human Rights Watch 2024b). Die hartnäckigsten gewalttätigen Konflikte entspringen den strukturellen Ungleichheiten im Zugang zu Land und Ressourcen. Die prekäre ökonomische Lage hat besonders in Mali und Niger in den staatlichen Lücken ein Fenster für organisierte Kriminalität eröffnet, sodass der illegale Handel mit Drogen, Waffen und auch der Menschenhandel entlang der Routen, die die Sahelzone verbinden, um sich greift.

Die ökonomische und soziale Unsicherheit ist ein Nährboden für Terrorismus. Die Ursachen für die Ausbreitung von jihadistischen Terroristengruppen in der Sahelzone sind mannigfaltig und sowohl geopolitisch als auch lokal zu verorten. Einige Ursachen sollten jedoch hervorgehoben werden. „Die dschihadistische Herrschaft beruht auf zwei Säulen: dem Terror und dem dramatischen Mangel an öffentlichen Dienstleistungen“, wird der Soziologe Jean-Pierre Olivier de Sardan in der internationalen Monatszeitung *Le Monde diplomatique* zitiert. „Will man diese beiden Säulen gleichzeitig zu Fall bringen, muss es absolute Priorität haben, der Bevölkerung effektiv und dauerhaft öffentliche Sicherheit zu bieten“, so Olivier de Sardan weiter (Robert 2023). Jedes Engagement, das ausschließlich darauf abzielt, die Terrororganisationen militärisch zurückzuschlagen, ignoriert damit vollkommen die gesellschaftlichen Grundlagen ihrer Macht. Im Gegenteil wird die anhaltende Präsenz ausländischer Armeen ein weiterer Nährboden für soziale Konflikte, weil sie lokale Ressourcen beansprucht und ein weiterer lokaler Machtfaktor die Spaltungen vertieft (Robert 2023).

Neben der Ausbildung hat auch die Ausstattung von Drittstaaten nicht intendierte Konsequenzen. Es ist unumstritten, dass über die Bedingungen von Rüstungsexporten mit besonderer politischer Vorsicht entschieden werden muss, weil sie die Gefahr bergen,

---

Konflikte zu verschärfen, indem militärische Mittel in die Hände von Kriegsparteien, von nicht-staatlichen Akteur\*innen oder autoritären Staaten fallen. Trotzdem wird aktuell, nicht nur im Hinblick auf die Unterstützung für die Ukraine, viel darüber diskutiert, ob Rüstungsexporte aktiver, direkter Bestandteil der Außenpolitik werden sollen (Wisotzki 2023: 33, 36).

Viele Argumente sind aber mit Vorsicht zu genießen. Entgegen vieler Annahmen können Rüstungsexporte nicht eins zu eins als Beitrag zu regionaler Stabilität und Sicherheit gesehen werden. Immer wieder erhärtet sich die Annahme, dass Rüstungswettläufe und die Zuspitzung von Konflikten zusammenhängen. Gerade in der MENA-Region, im Nahen Osten und Nordafrika, ist diese Zuspitzung nach einem rasanten Anstieg der Aufrüstung in Saudi-Arabien, dem zweitgrößten Rüstungsimporteur, Katar, dem drittgrößten Rüstungsimporteur, Ägypten und der Vereinigten Arabischen Emirate zu beobachten. Ähnliches gilt für Asien und Ostasien, wo 41% aller Waffenimporte getätigt werden. Dieser Einwand muss bedacht werden, wenn überlegt wird, Drittstaaten beim Aufbau von Militärkapazitäten zu unterstützen (Wisotzki 2023: 34-35). Die EU-Projekte tragen auch zu einer Militarisierung des zivilen Lebens bei, indem das Heer auch andere, nichtmilitärische Staatsaufgaben im Alltag der Bevölkerung übernimmt. Die repressiven Möglichkeiten des Heers bergen an sich auch neues Konfliktpotential (Iñiguez de Heredia 2021: 310).

#### *Menschenrechte: Außergerichtliche Gewalt gegen die Zivilbevölkerung*

Durch die EFF-finanzierte EUTM-Mission wurde laut Joseph Borell, dem EU-Außenbeauftragten "90% der malischen Armee" ausgebildet (Marischka 2021) und das, obwohl der Armee in Mali und Niger schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung vorgeworfen werden (Iñiguez de Heredia 2021: 303). Die Menschenrechtsverletzungen durch die Armee sollen in Mali sogar seit 2014 zugenommen haben (Iñiguez de Heredia 2021: 310), also nachdem die EU-Mission EUTM bereits gestartet hatte.

Die Berichte der Human Rights Watch (2019) sprechen seither von einer stetigen Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Mali. In ihrem Bericht über das Jahr 2018 hält die Human Rights Watch fest, dass die Gewalt deutlich zugenommen hat, sowohl in den Kommunen durch islamistische Terrorgruppen, als auch durch die malische Armee. Bei kommunalen Konflikten waren es ethnisch organisierte Selbstverteidigungsgruppen, die sich gegen vermeintlich islamistische Dorfbewohner\*innen wendeten. 2018 kamen in solchen

---

Konflikten mindestens 300 Zivilist\*innen in Zentral- und Nordmali ums Leben. Der malischen Armee wird vorgeworfen, im Zuge von Antiterrorbekämpfungsoperationen Gewalt gegen die Zivilbevölkerung auszuüben. Sie soll bei Massenhinrichtungen Personen, die unter dem Verdacht standen, Terrorgruppen zu unterstützen, ohne Gerichtsverfahren getötet und in Massengräbern beigesetzt haben. Im Zuge von Festnahmen soll es zu Misshandlungen und bei Verhören zu Folter gekommen sein. Die Armee eröffnete zumindest drei Ermittlungsverfahren zu außergerichtliche Hinrichtungen, bei denen 49 Menschen getötet wurden (Human Rights Watch 2019). Dass die malische Armee strukturell für sexualisierte Gewalt verantwortlich ist, ist ebenso seit 2014 bekannt, auch UN-Generalsekretär Guterres ist darüber informiert. Bisher wurden keine Untersuchungen dazu eingeleitet (Iñiguez de Heredia 2021: 310).

Die Human Rights Watch (2019) verzeichnete dennoch Verbesserungen zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen. Die Militärpolizei, die für den Schutz der Zivilbevölkerung und die Disziplin der Soldaten zuständig ist, war bei Militäroperationen vermehrt präsent. Die internationalen Partner, darunter die EU und Frankreich, zeigten größere Bereitschaft, die Menschenrechtsverletzungen der malischen Armee anzuprangern. Auf gerichtlichem Weg konnten jedoch kaum Fortschritte in der Verfolgung der Menschenrechtsverletzungen gemacht werden.

Die Situation verschlechterte sich in den kommenden Jahren. Die Human Rights Watch (2023) verzeichnete weiterhin einen Anstieg der Angriffe islamistischer bewaffneter Gruppen auf die Zivilbevölkerung, gleichzeitig nahm die Zahl der außergerichtlichen Tötungen von Verdächtigen durch Regierungstruppen zu. Die demokratischen Strukturen verfielen 2021 durch zwei Staatsstrieche zusehend. Die Regierung schränkte den zivilen Raum durch die Beschneidung von Medien- und Oppositionsrechten ein. Kritische Journalist\*innen und Aktivist\*innen wurden des Landes verwiesen oder festgenommen, Medien gesperrt. Sie verhinderte Ermittlungen zu den Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Kräfte. Im Rückblick auf das Jahr 2023 spricht die Human Rights Watch (2024a) von „large-scale abusive counterterrorism operations by Malian armed forces and associated foreign fighters“ und von andauernder Unterdrückung von kritischen Medien und Organisationen. Die Unterdrückung von kritischen Stimmen geschah gerade unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung (Iñiguez de Heredia 2021: 310).

---

*Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Die Serie an Staatsstreichen durch das Heer*

Die Union stärkt durch die militärischen Projekte autoritäre und nicht-demokratische Strukturen, indem sie die Sicherheitskräfte ausstattet und unterstützt (Iñiguez de Heredia 2021: 311). Durch die Militarisierung der Sicherheitslage in Mali und Niger bildet sich eine neue Staatsräson der “Counter-Terrorism Governance” heraus. Dass die militärische Sicherheit Priorität hat, zeigt sich im Staatsbudget der Sahelstaaten: In Mali machten die Militärausgaben im Jahr 2018 14,3% des Staatsbudgets aus, in Niger 9,5%, Tendenz steigend (Barrios 2021: 447). Dieses Konstrukt funktioniert nur durch massive ausländische Unterstützung, die die Abhängigkeit der Sahelstaaten einzementiert und dabei durch die Ausrüstung des Militärs korrupte, autoritäre Strukturen fördert und zivile Institutionen außen vorlässt. Die durch EU-Gelder geförderten militärischen Strukturen hatten nie ein ernsthaftes Interesse an der Konfliktbearbeitung, weil es die Konflikte sind, die ihre Machtbasis nähren (Marischka 2021). Die Sicherheitskrise ermöglichte den Militärs den Weg zur Macht (Tchangari 2023: 13). Doch alles deutet darauf hin, dass Frankreich und die EU zwar die Taktik, aber nicht die grundsätzliche, militarisierte Strategie ändern werden. Der Einbezug von mehr europäischen und afrikanischen Partnern in die militärische Terrorismusbekämpfung lässt nicht vermuten, dass die Ursachen der Konflikte endlich in den Blick gelangen (Berndt 2024: 103).

Seit 2020 hat in sechs Ländern Afrikas eine Serie von Staatsstreichen stattgefunden, darunter auch zwei in Mali 2020 und 2021 und einen Putsch in Niger 2023. Die Militärs sahen sich dazu berufen, die Dauerkrisen zu überwinden, die die staatlichen und zivilen Strukturen aufgrund ihrer Schwäche nicht zu lösen vermochten (Robert 2023). Nachdem nach Angaben des EU-Außenbeauftragten Borell fast das ganze malische Heer durch europäische Militärprojekte ausgebildet wurde, ist davon auszugehen, dass die beim Putsch beteiligten Militärs ebenso von EU-Fortbildungen profitiert hatten. Die Armee wurde auch durch Europa ausgestattet. Nur ein Monat vor dem Staatsstreich wurden genau in jener Basis, die den Putsch 2020 startete, Fahrzeuge und Ausrüstung überreicht, der deutsche Botschafter wohnte dieser zeremoniellen Übergabe bei (Marischka 2021). Die Militärputsche bedeuten, dass die Gefahr einer langfristigen autoritären Restauration in Niger und Mali immer konkreter wird (Tchangari 2023: 32-33). Die Militärjunta hat in Niger das Recht auf freie Meinungsäußerung massiv eingeschränkt, indem Medien geschlossen, Journalist\*innen bedroht und angegriffen, sowie

---

kritische Stimmen aus dem Staatsdienst und der Universität entlassen wurden (Human Rights Watch 2024b).

Die EU zieht sich aktuell aus Mali und Niger zurück. Der antiwestliche Staatsstreich ist einer der Beweggründe, die Hinwendung zu Russland und die intensivere Zusammenarbeit der malischen und nigrischen Regierung mit der Gruppe Wagner ein anderer (Berndt 2024: 102-103). Die USA und Frankreich wurden von den Militärregierungen Mali und Niger explizit dazu aufgefordert, mit ihren Truppen das Land zu verlassen. Derweil nimmt Russland ihren Platz ein (Küstner 2024). Es ist unzureichend, monokausale Erklärungen für einen Putsch heranzuziehen. Gründe für die Staatsstreiche gibt es viele; die Ursachen können nicht allein auf den steigenden Einfluss Russlands und den schwindenden Einfluss Frankreichs, die Ausbreitung des Terrorismus oder interne Spannungen, zurückgeführt werden (Robert 2023).

Die Union ist seit 2012 in der Sahelzone aktiv. Ihren Zielen, festgeschrieben in ihren Verträgen und hochgehalten im Namen ihres Finanzierungsmechanismus, der Friedensfazilität, konnte sie sich durch die militaristische Strategie nicht nähern. Die Strategie der militärischen Konfliktbearbeitung ist in der Sahelzone gescheitert. Die militärische Intervention, ob nun durch direkte Stationierung eigener Truppen oder durch die Subventionierung und Ausbildung fremder Armeen, kann die Konflikte nicht lösen, deren Kern darin liegt, dass es an Entwicklungsperspektiven mangelt (Berndt 2024: 101). „Heute muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass die aktuelle politisch-sicherheitspolitische Krise in der Sahelzone, die den Weg für das Vordringen der Armeen auf die politische Bühne geebnet hat, in erster Linie eine Legitimitätskrise des postkolonialen Staates ist“, analysiert der Generalsekretär einer der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Organisationen in Niger, der Vereinigung Alternative Espaces Citoyens, Moussa Tchangari (2023: 35). EUCAP Niger und EUCAP Mali waren darauf ausgelegt, die konstitutionelle und demokratische Ordnung wiederherzustellen. In der Konzeption der beiden Missionen war die Reform von Administration und Demokratie allerdings kaum vorgesehen (Iñiguez de Heredia 2021: 305).

Die Union zog eine militärische Strategie einer entwicklungspolitischen Perspektive für eine der ärmsten Regionen der Welt vor. Migration wurde, trotz der unbegreiflichen Ausmaße der absoluten Armut in Niger und Mali, einer sicherheitspolitischen Umdeutung unterzogen, die die militärische Präsenz der Union legitimieren sollte. Dabei wurde die Lage für Migrant\*innen und Geflüchtete immer unsicherer. Die Politik der Migrationskontrolle im Norden Nigers hat dazu geführt, dass die herkömmlichen Migrationsrouten durch neue Routen ersetzt wurden,



---

die länger und gefährlicher sind (Davitti & Ursu 2018: 2). Es wird geschätzt, dass mehr Menschen bei der Durchquerung der Sahara als bei der Überquerung des Mittelmeers versterben (Mueller 2021: 178). Der Mangel an öffentlicher Sicherheit, der die Verbreitung von Terrorismus in der Region nährt, geriet zugunsten der Ertüchtigung der malischen und nigrischen Armee aus dem Blick. Dass diese in all den Jahren der europäischen Unterstützung strukturell für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich war, wurde in Kauf genommen. Erst der Rauswurf durch die Armee, die die Union ausgestattet und ausgebildet hatte, führte zum Rückzug der EU-Missionen.

Die militaristische Ideologie verhindert aktiv die Berücksichtigung lokaler Kontexte und die strukturellen Ursachen für Unsicherheit; Ursachen und Konsequenzen von Krisen werden durch Militarismus verschärft, statt entschärft (Hojtink & Muehlenhoff 2020: 373). Gerade die Fälle von Niger und Mali zeigen, in denen das Militär in der jüngeren Vergangenheit eine große Rolle bei Putschen und in der Militärregierungen gespielt hat, dass die Ertüchtigungspolitik nicht zur Stabilisierung der Region beiträgt, sondern die Gewalt in Konflikten zusätzlich verschärft (Wisotzki 2023: 36). Immer wieder fordern Beobachter\*innen eine Neuausrichtung der ausländischen Strategie, die sich bisher ausschließlich auf die Stärkung militärischer und staatlicher Strukturen, nicht jedoch auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft konzentriert habe (Mueller 2021: 179). Nicht zuletzt führt die militaristische Ideologie dazu, dass die Unterscheidung von Militär- und Friedenspolitik verschwimmt (Iñiguez de Heredia 2021: 301). Indem die EU-Missionen durch moralisch höhere Ziele, wie regionaler und internationaler Sicherheit, der Wahrung der Menschenrechte und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu handeln, legitimiert werden, gerät die konkrete Politik der militärischen Missionen aus dem Blickfeld. Der liberale Militarismus ist schließlich eine Ideologie: ein System von Aussagen, das Rechtfertigungen für ein bestimmtes Herrschaftssystem enthält.

Nachdem das ‚imaginäre Verhältnis‘, das den EU-Militäroperationen in der Sahelzone zugrunde liegt, ausreichend untersucht ist, wende ich mich den realen Herrschafts- und Existenzbedingungen zu, die der liberale Militarismus zu legitimieren versucht. Wenn die EU durch die militärische Strategie ihre Ziele seit über 10 Jahren nicht näherkommen kann, bleibt schließlich die Frage offen, weshalb sie an ihr festhält. Ich werde im Folgenden für die Thesen der politökonomischen Imperialismustheorien als Erklärungsmuster argumentieren, indem ich zeige, wie treffend sie in Bezug auf die europäische Außenpolitik in der Sahelzone Anwendung finden.

---

## 4. Europäischer Imperialismus in der Sahelzone

---

### 4.1. Kapitalistischer Imperialismus

Der Begriff ‚Imperialismus‘ ist seit den 1990er Jahren aus der politischen und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung verschwunden. Mit dem Ende des Kalten Kriegs, der globalen Durchsetzung des Kapitalismus und seiner Institutionen und der strukturellen Schwächung antiimperialistischer Bewegungen verbreitete sich die Auffassung, Imperialismus sei eine historische Phase gewesen, die etwa Mitte des 19. Jahrhunderts begann und bereits 1945 zu Ende gegangen sei (Hirsch 2005: 169). In dieser historischen Phase entstanden die ersten, frühen Imperialismustheorien, die, passend dazu, den Imperialismus ebenso als ‚Stadium‘, ‚Stufe‘ oder ‚Phase‘ des Kapitalismus beschrieben. Pazifistisch-reformorientierte (Hobson), sozialistisch-ökonomistische (Hilferding, Kautsky) und revolutionär-kommunistische Vertreter\*innen (Luxemburg, Lenin) analysierten Imperialismus in seinem Zusammenhang mit dem politökonomischen System des Kapitalismus. Dabei entstanden zwei grundlegende Vorannahmen in der Imperialismustheorie, die heute immer noch von wesentlicher Bedeutung sind: Imperien habe es zwar in der Weltgeschichte bereits viele gegeben, doch sind diese in ihrer Qualität wesentlich von Imperien im Kapitalismus zu unterscheiden, so die erste grundlegende These. Denn, so die zweite These, der systematische Akkumulationsimperativ des Kapitalismus, der Zwang der Produktionsverhältnisse, mehr und mehr Mehrwert zu generieren und diesen realisieren zu müssen, schaffe eine qualitativ andere Grundlage für die Politik des Imperialismus (Deppe et. al. 2011: 13-15; 22-23).

In ihrem Werk „Akkumulation des Kapitals: Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“ von 1913 beschrieb Rosa Luxemburg ebendiese kapitalistische Grundlage des Imperialismus. Die kapitalistischen Produktionsprozesse gerieten immer mehr an innere Grenzen, wie beispielsweise die Kaufkraft der Arbeiter\*innenklasse, die es zum Gebot machen, nach außen auf der Suche nach Absatzmärkten, Rohstoffen und Investitionsmöglichkeiten zu expandieren. So verleibt sich der Kapitalismus notwendigerweise nicht-kapitalistische Produktionsweisen ein, ein Prozess, der für das Aufrechterhalten der kapitalistischen Expansion eine Notwendigkeit darstellt. Sie argumentierte damit, dass diese Prozesse, die Karl Marx als die „ursprüngliche Akkumulation des Kapitals“ bezeichnete, weiter fortgesetzt wurden, in neuer Reichweite, Geschwindigkeit und Bedeutung. Wie kaum jemand anderes zu ihrer Zeit hob Rosa Luxemburg die Gewalt und

---

Zerstörung hervor, die durch diesen Prozess der kapitalistischen Expansion am ganzen Globus hervorgebracht wurde (LeBlanc 2013: 67-70).

Rosa Luxemburg beschreibt diesen imperialistischen Expansionsdrang als letzte, höchste Periode des Kapitalismus. Über hundert Jahre und zahlreiche historische Umschwünge später, in der aktuellen Theoriedebatte, wird Imperialismus nicht mehr als Stadium verstanden. Aber gerade der Aspekt der Gewalt, den Luxemburg so eindringlich beschreibt, scheint heute für die Definition von Imperialismus besonders bedeutsam. Mit Imperialismus ist heute eine bestimmte Form der Politik, der latenten oder offenen Gewaltpolitik gemeint, durch die ein kapitalistisches und expansives politisches Regime extern abgesichert werden soll. Im heutigen Verständnis setzt Imperialismus Kapitalismus voraus; das System, das durch die Gewaltpolitik aufgebaut und gefestigt werden soll, ist in erster Linie ein ökonomisches System. Imperialismus hat dabei immer eine geographische Dimension von räumlichen Zentrum-Peripherie-Verhältnissen, eine Eigenschaft, die bereits vorkapitalistische Imperien als solche ausmachte (Deppe et. al. 2011: 21-24).

#### **4.2. Europa als globales Zentrum**

##### *Zentrum- und Peripherieverhältnisse Europas*

Johan Galtung (1972: 29-36), der als Begründer der Friedensforschung gilt, versuchte sich an einer allgemeinen und strukturellen Definition des Imperialismus. Nach Johan Galtung ist Imperialismus ein allgemeines strukturelles Herrschaftsverhältnis von organisierten Kollektiven (insbesondere Nationen). Das Kollektiv, das Kontrolle ausüben kann, wird ‚Zentrum‘ genannt; das Kollektiv, über das Kontrolle ausgeübt wird, bezeichnet man als ‚Peripherie‘. Anhand des Beispiels dieser Arbeit können wir Mali und Niger als Peripherie und Europa als Zentrum bezeichnen. Obwohl der formale Kolonialismus überwunden ist, können die europäischen Staaten weiter Kontrolle über ihre Peripherie ausüben. Der gemeinsame Binnenmarkt und die integrierte Handels- und Agrarpolitik der 27 Mitgliedstaaten machen die EU ökonomisch zur Weltmacht. Durch ungleiche Freihandelsverträge, Sanktionen, Subventionen und ihren Einfluss in internationalen ökonomischen Institutionen, wie der GATT, die WTO, die Weltbank und dem IWF, konnte die EU die kolonialen Ausbeutungsbeziehungen in neuer Form fortschreiben (Wahl 2024: 31, Ryner & Cafruny 2017: 195-197). Die Freihandelsabkommen zwischen den EU-Staaten und Afrika zwischen 1957 und 2000 führten dazu, dass die afrikanischen Staaten weiter Rohstoffe billig exportierten,

---

während sie verarbeitete, teurere Produkte importieren mussten. Der privilegierte Zugang zum europäischen Markt war auf Produkte beschränkt, für die es in Europa keine einheimische Konkurrenz gab. Die europäischen Staaten garantierten sich im eigenen Interesse billigere Importe und verhinderten eine eigenständige, entkoppelte Entwicklung in Afrika (Buckel & Kopp 2021: 66).

Ein besonderes Merkmal des Imperialismus ist die innere Aufspaltung des Zentrums und der Peripherie: Auch innerhalb des Zentrums herrscht es ein machtvolles Kollektiv über eine unterdrückte Peripherie (Galtung 1972: 29-36). Die Europäische Union ist von dieser Aufspaltung in inneres Zentrum und innere Peripherie gezeichnet. Die Europäische Gemeinschaft startete als ein Club reicher europäischer Staaten mit einer relativ homogenen sozioökonomischen Struktur im Nordwesten des Kontinents (mit Ausnahme von Italien). Fünf der sechs Gründerstaaten waren zu diesem Zeitpunkt Kolonialmächte (Böröcz 2016: 65). Als sich 1973 Dänemark, Irland und Großbritannien den EWG-Staaten Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande und Westdeutschland angeschlossen, änderte sich daran grundsätzlich wenig. Großbritannien brachte ein größeres geopolitisches Gewicht und eine stärkere Anbindung an die USA mit in das europäische Bündnis. Durch die Aufnahme strukturell schwächerer Staaten ab den 1980er Jahren transformierte sich der Zusammenschluss der europäischen Zentren wesentlich. Aus dem Club der Zentren entwickelte sich die EU als Imperium, das nach innen ökonomisch in Zentrum und Peripherie gespalten ist (Ryner & Cafruny 2017: 137-142). Die inneren Zentren der EU, allen voran Deutschland, Frankreich und Großbritannien, profitierten von der Integration der ökonomisch-strukturell schwachen Länder des Ostens und Südens, indem sie vereinfachten Zugang zu Anlagemöglichkeiten, Arbeitskräften und Ressourcen erlangten (Becker et. al. 2021: 227-232).

In der Peripherie, Afrika, wiederum bildet sich ein Brückenkopf, als Zwischenglied zwischen Zentrum und Peripherie heraus. Hochindustrialisierte und vom Kapital erschlossene Zentren, meistens die Hauptstädte, existieren direkt neben den peripheren Räumen, die ganz von Ausbeutung von Mensch und Natur gezeichnet sind. Die lokale kapitalistische Klasse arbeitet mit der kapitalistischen Klasse des Zentrums zusammen und profitiert von der Wertabschöpfung, ohne selbst das Kommando über die Produktionsabläufe innezuhaben. Den Imperialismus zeichnet nach Johan Galtung (1972: 29-36) genau diese Überschneidung und Widersprüchlichkeit von Interessen aus.

---

Diese grundsätzlichen Bestimmungen sind für das erste Verständnis von Imperialismus essenziell: Imperialismus bezieht sich immer auf eine räumlich-territoriale Dimension, in der ein Kollektiv des Zentrums Kontrolle über ein Kollektiv der Peripherie ausüben kann. Das Konzept des Imperialismus beziehe ich auf die Form der Gewaltpolitik, die dieses politische und ökonomische Regime der Zentrum- und Peripherieverhältnisse konsolidieren soll. In den folgenden Kapiteln widme ich mich der imperialen Gewaltpolitik Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Ich zeichne die neoliberale Governance ab 1980er Jahren als imperiale Politik nach, die die Zentrum- und Peripherieverhältnisse nach innen und nach außen reproduziert. Als nächstes beschreibe ich den Krieg gegen den Terrorismus ab den 2000er Jahren als politischen Rahmen für imperialistischen Interventionismus. Dann möchte ich die aktuelle Position Europas in der Geopolitik und ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Machthebel analysieren. Das Ziel dieser Kapitel wird sein, zu einem umfassenden Verständnis von Europa und der EU als globale Zentren zu gelangen, bevor sich diese Arbeit ihrem Wirken in der Sahelzone zuwendet.

#### *Neoliberale Global Governance als europäische imperiale Politik*

Die Generation der Unabhängigkeitsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die westliche Machtposition in Frage gestellt und die europäische Kontrolle über die globalen Ressourcen gefährdet. Aus Sicht des west- und zentraleuropäischen Kapitals war eine Reorganisation der globalen Governance erforderlich (Böröcz 2016: 65-66), um ihre Zentrumsposition aufrechtzuerhalten. In den 1980er Jahren wurde durch eine konservative Konterrevolution eine neue neoliberale Weltordnung etabliert (Ryner & Cafruny 2017: 195, 197). Der Neoliberalismus fußt auf der Vorstellung einer uneingeschränkten Marktgesellschaft, in der die Ökonomie als von der Gesellschaft unabhängig verstanden wird. Die spontane Ordnung der Märkte soll den bestmöglichen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage schaffen und der Staat sich auf einige Kernfunktionen zurückziehen (Ptak 2008: 32-33).

In der Praxis bedeutete das, dass der neue neoliberale Konsensus nach dem Abbau von Handelshemmnissen, der Privatisierung von Staatsunternehmen, Infrastruktur, Land und Ressourcen und die Verschärfung von Arbeitsbedingungen verlangte. Dieser Konsensus wurde von einer breiten Koalition westlicher Staaten getragen und von den internationalen Organisationen umgesetzt. Als Ende der 1970er Jahre eine Reihe an Staaten Afrikas in die

---

Schuldenkrise geriet, boten Weltbank und IWF ihnen Kredite unter der Bedingung an, dass diese Strukturanpassungsprogramme umsetzen mussten. Die Strukturanpassungsprogramme beinhalteten das neoliberale Rezept in seiner Reinform: Ausgabenkürzungen, Liberalisierung, Verkauf der Staatsbetriebe, Deregulierung, Streichung von Subventionen, Währungsabwertung und Exportorientierung. Die Strukturanpassungsprogramme wurden fast flächendeckend in ganz Afrika, außer in Südafrika, Eritrea und Namibia, umgesetzt (Heidhues & Obare 2011: 57-58). Die EU und ihre historischen Vorgängerorganisationen schlossen sich der Politik des neoliberalen Washington Konsensus der internationalen Institutionen an. Wie die Weltbank und der IWF machte die EU ebenso die Hilfe abhängig von neoliberaler Staatsführung (Ryner & Cafruny 2017:198-199). Die neoliberalen Strukturreformen des Washington Consensus integrierten die nationalen Ökonomien in ein globales System, während sie unabhängige nationale Entwicklungen zur Förderung der Industrie oder der Wohlfahrt unterbanden (Petras & Veltmeyer 2016: 2).

Bevor die westliche Hegemonie weite Teile der Welt dazu zwang, ihre Märkte für ihre Investitionen und Produkte zu öffnen, schirmte Europa seinen Markt ab und subventionierte die eigene Wirtschaft so, dass selbst nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs eine nachholende Entwicklung im Vergleich zur USA möglich wurde. Als die EU dann international für eine liberale Weltwirtschaftsordnung, den Abbau von Handelshemmnissen sowie Marktverzerrungen eintrat, wurde innereuropäisch ein Großteil des EU-Budgets für die Subvention der Landwirtschaft verbucht. Die Exporte der billigen Lebensmittel der europäischen Konzerne fluteten schließlich insbesondere afrikanische Märkte und verdrängten dabei regionale Produkte. Die afrikanischen Volkswirtschaften sind durch die europäische Politik nach außen orientiert. Ihre Rolle ist die Gewinnung von agrarischen, mineralischen oder energetischen Rohstoffen, die in andere Weltteile verschifft werden. Umgekehrt sind sie auf den Import der teureren, verarbeiteten Produkte angewiesen. Die Handelsliberalisierung unterwandert die Ernährungssouveränität der Zielländer und zementiert ihre Abhängigkeit von den billigen Produkten aus Europa, die einem subventionierten, industriellen Agrarmodell entspringen (Buckel & Kopp 2021: 63-66). Durch den imperialistischen Einsatz der handelspolitischen und institutionellen Macht der EU konnten globale Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse, die zuvor im Kolonialismus formell bestanden, als informelle Ungleichheitsbeziehungen fortgeschrieben werden.

---

Die neoliberale Politik diene nach innen und außen der vertieften Reproduktion der Zentrum- und Peripherieverhältnisse. Bei ihrem Beitritt schlossen sich die peripheren Staaten in ein politisches und wirtschaftliches Gefüge ein, das die neoliberale Akkumulationsweise forcierte. Der Übergang zum Finanzmarktkapitalismus wurde in Europa insbesondere durch politische Entscheidungen auf EU-Ebene durchgesetzt. Weil eine gemeinsame Industriepolitik ausblieb, wurden die Neulinge den freien Kräften des Markts überlassen, eine Freiheit, die das Kapital mobiler machte und den Standortwettbewerb verschärfte. Die bis heute nicht wesentlich angehobenen finanziellen Ausgleichsmechanismen sind angesichts dieser großen ökonomischen Entwicklungen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Ganz besonders für die Staaten des ehemaligen Ostblocks, in der gerade erst die zentralistisch-sowjetische Wirtschaftsweise zur Disposition gestellt worden war, bedeutete die volle Annahme der Verpflichtungen eines EU-Mitgliedsstaats eine neoliberale Schocktherapie (Ryner & Cafruny 2017: 137-142).

Die Krönung dieses Prozesses stellte die Austeritätspolitik in der Bearbeitung der Finanzkrise 2008 dar. Die Banken, die die Finanzblasen erst aufgeblasen hatten, wurden gerettet und die Schulden, die dadurch entstanden, wurden verstaatlicht. Die europäischen Staaten verallgemeinerten die Kosten der Krise und nahmen hierfür einen rasanten Anstieg der Staatsschulden in Kauf. Besonders die peripheren Schuldnerländer Europas gerieten infolgedessen in eine Schuldenkrise. Die europäischen und internationalen Staatsapparate, die sogenannte ‚Troika‘, bestehend aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds, erlegten ihnen ein umfassendes Spar- und Privatisierungsprogramm auf (Altwater 2015). Die Bevölkerungen der peripheren europäischen Länder erlebten, wie sie für eine Krise, die sie nicht verursacht hatten, bezahlen mussten. Durch das auf Wettbewerbsfähigkeit, Privatisierung und Einsparungen fokussierte Reformprogramm in den Ländern des europäischen Südens wurden viele der Rechte und Ressourcen zugunsten des Kapitals des Zentrums eingehengt (Bieling 2017: 53, 61-64). In der Austeritätspolitik, die den Staaten durch die Troika auferlegt wurde, sticht die Dimension der latenten Gewalt noch deutlicher hervor: Diese wurde explizit gegen den Widerstand einer breiten Bevölkerung durchgesetzt und hatte immense Auswirkungen auf deren Lebensqualität, da sie explizit Lohnkürzungen, Verlängerung von Arbeitszeit, Abbau von Arbeiter\*innenrechten, Prekarisierung, Pensionskürzungen und Einsparungen im Sozialbereich umfasste (Hermann & Hinrichs 2012: 48-50).

---

Die neoliberale Politik war in der inneren und äußeren europäischen Peripherie ein Hebel für die Politik der ‚fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation‘, die dem Imperialismus laut Rosa Luxemburg zugrunde liegt. Die fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation ist ein Prozess, durch den nichtkapitalistische Produktionssphären dem Kapitalismus einverleibt werden: Die Kommerzialisierung und Privatisierung von Land und kollektivem (Staats-)Eigentum, die Etablierung von kapitalistischem Privateigentum, die Kommodifizierung von Arbeitskraft und die Verschuldung als Abhängigkeitsbeziehung. Diese Prozesse der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation nennt David Harvey (2003: 145-149) „Akkumulation durch Enteignung“.

### *Krieg gegen den Terrorismus*

Das Ende des Kalten Kriegs läutete den Beginn einer neuen Phase des westlichen Imperialismus ein. So bildeten sich in den 1990er Jahren im Westen neue imperialistische Ideen und Konzepte, die sich in den Folgen der Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 voll entfalteten. Mitten in der Stimmung des Sieges des neoliberalen Kapitalismus setzte der selbstgerechte moralische Universalismus des westlichen Imperialismus zu einem neuen Höhenflug an. Durch die Konkurrenzlosigkeit des Kapitalismus schien sich die Überlegenheit des eigenen neoliberalen Entwicklungsmodell bestätigt zu haben. Daraus ergaben sich ein Überlegenheitsgefühl und der Führungsanspruch, andere Staaten und Nationen zu diesem einzig richtigen Entwicklungsmodell zu dirigieren. Alle hatten sich an die durch den Westen gesetzten internationalen Regeln und Standards zu halten, nur nicht man selbst. Die Führungsnationen konnten selbst auf Staatsschulden, Protektionismus und Keynesianismus zurückgreifen, wenn es Krisensituationen notwendig machten, während sie andere Staaten politisch, ökonomisch oder sogar militärisch unter Druck setzten, wenn sie das gleiche machen wollten. In der universellen, selbstverständlichen Wahrheit der eigenen Überlegenheit wurde jede Abweichung als schlecht oder gar feindlich deklariert (Patomäki 2008: 145-154).

Der Terroranschlag auf das World Trade Center in den USA am 11. September 2001 traf den Hegemon inmitten der Überzeugung der eigenen Unantastbarkeit. Die US-Regierung unter George W. Bush nahm die Terroranschläge zum Anlass, um einen ‚Krieg gegen den Terrorismus‘ auszurufen. Die europäischen NATO-Partner, allen voran Frankreich, Großbritannien und Deutschland zeigten sofortige Bereitschaft, sich diesem Krieg



---

anzuschließen und taten dies tatkräftig, ob als eigenständige Allianz oder innerhalb des NATO-Bündnisses. Erstmals in der Geschichte der NATO wurde der Bündnisfall gemäß Artikel 5 der NATO-Charta ausgelöst. Die Bush Administration begrüßte diese Unterstützung, zog es jedoch vor, statt kollektiver Entscheidungsprozesse selbst die Führung zu übernehmen (van Leeuwen 2017: 15).

Unter dem War on Terror werden viele verschiedene Kriegs- und Konfliktschauplätze subsumiert, doch der erste große Einmarsch war jener in Afghanistan, nur einen Monat nach dem Terroranschlag in den USA (Feroz 2021: 49-53). Im Zuge des War on Terror wurden fragile Staaten zum Ziel der neuen offensiven Sicherheitsstrategie der USA. Fragile Staaten wurden explizit als Sicherheitsrisiko für die starken, westlichen Staaten verstanden (Bachmann 2008: 133). Der Sahel wurde zu einer der ersten Zielregionen des Kriegs gegen den Terrorismus. 2002 starteten die USA die Pan-Sahel Initiative (PSI), ab 2005 ersetzt durch die Trans-Saharan Counterterrorism Initiative (TSCTI), die zum Zweck hatten, die Armeen in Chad, Mali, Mauretanien und Niger auszubilden und den Beginn der militarisierten US-amerikanischen Afrikastrategie markieren (Covey 2017: 655).

Der Krieg gegen den Terrorismus gab der US-amerikanischen Außenpolitik wieder eine klare Richtung und Bedeutung, nachdem die Sowjetunion als Gegenpart von der Landkarte verschwunden war. Die USA steckten um die Jahrtausendwende in einer wirtschaftlichen Rezession, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, soziale Ungleichheit und nationale Verschuldung waren im Steigen begriffen. Durch die Konstruktion einer äußerlichen Bedrohung konnte der innere Zusammenhalt konsolidiert werden (Harvey 2003: 12-17). Der Krieg gegen den Terrorismus lenkte die außenpolitische Aufmerksamkeit der USA und ihrer Verbündeten in den Mittleren Osten, einer Region, die in dem globalen Kapitalismus eine zentrale Rolle spielt, denn: „whoever controls the Middle East controls the global oil spigot and whoever controls the global oil spigot can control the global economy, at least for the near future“ (Harvey 2003: 19). Der Krieg gegen den Terrorismus war also für die USA und ihre Verbündeten ein Erklärungs- und Legitimationsmuster, um in dieser strategisch schwergewichtigen Region zu intervenieren.

### *Europa im Konkurrenzkampf der kapitalistischen Zentren*

Europa befindet sich in der imperialistischen Politik in der Konkurrenz mit anderen Zentren, die um die Vorherrschaft in den Peripherien ringen. Das Dreigespann aus den USA, EU und

---

Japan (und weiterer starker kapitalistischer Staaten) bildet bis heute das globale Zentrum des Kapitalismus. Zwischen ihnen herrscht ein starker Druck hin zur Kooperation, denn nur als Dreigespann können sie politisch und ökonomische globale Herrschaft ausüben und dafür sorgen, dass die Weltordnung, von der alle profitieren, aufrechterhalten bleibt. Innerhalb des Kooperationsverhältnisses bestehen Konflikte und relative Unabhängigkeit weiter, da auch die anderen kapitalistischen Zentren unabhängig von der eindeutig dominanten Supermacht USA ökonomische und militärische Macht ins Spiel bringen (Hirsch 2005: 162, 166).

Das Dreigespann befindet sich aktuell unter Bedrängnis. James Petras und Henry Veltmeyer (2016: 12) gehen bereits im Jahr 2016 davon aus, dass die 2020er Jahre von einem wirtschaftlichen Abstieg in Europa und den USA geprägt sein werden – und das noch bevor die Corona-Pandemie eine schwere ökonomische Rezession einleitete. Die Erosion der industriellen Basis, bei gleichzeitig fehlendem finanziellen Spielraum durch die eskalierenden Kosten zum Machterhalt und die damit einhergehende Verschuldung, die schrittweise Verarmung der Bevölkerung und das Auspressen des heimischen Konsummarktes und die Verblendung durch neoliberale und konservative Glaubenssätze erschweren einen Weg aus der Misere. China ist in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten durch aktives staatliches Eingreifen rapide zur wirtschaftlichen Macht aufgestiegen, während die industrielle Basis der USA unter der neoliberalen Dürre litt (Petras & Veltmeyer 2016: 2). In den Augen der USA ist es dieser – militärisch flankierte – wirtschaftliche Aufschwung Chinas die größte Bedrohung (Braml 2017: 91).

Die Union sieht sie sich immer stärkerer Konkurrenz am Weltmarkt ausgesetzt. Ihre Verhandlungsbasis schwindet und sie verliert geoökonomisches Gewicht, je mehr Handelsabkommen wie MERCOSUR und das Post-Cotonou-Abkommen auf die lange Bank geschoben werden. Der wirtschaftliche Sprint Chinas und der Aufschwung der BRICS haben zur Folge, dass Europa nur noch eines von vielen Zentren wird, an denen man sich wirtschaftlich orientieren kann. Im immer offener ausgetragenen Wirtschaftskrieg zwischen den USA und China gerät Europa unter die Räder, das die eigenen Abhängigkeiten von China nicht einfach kappen kann und durch den US-Protektionismus wirtschaftliche Kollateralschäden erfährt. Im aktuellen technologischen Wettrennen um Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Umweltinnovationen ist die EU zwar nicht schlecht aufgestellt, trotzdem wird sie nicht mit den Großen mithalten können und dabei zusehen müssen, wie sie ihre Zugkraft verliert. Die EU verliert auch an politischer Organisationsfähigkeit. Der Egoismus

---

in der Corona-Krise in der globalen Verteilung von Impfstoffen hinterließ seine Spuren in den internationalen Beziehungen. In der zögerlichen bis ausbleibenden Unterstützung für die Sanktionen gegen Russland aus dem Globalen Süden zeigt sich klar, dass die Union an Einfluss verliert (Wahl 2024: 31-32).

Während die ökonomische und politische Machtbasis der EU bröckelt, erhebt sie gleichzeitig nach außen hin immer proaktiver einen weltpolitischen und -ökonomischen Gestaltungsanspruch. Die EU will ihre geopolitische Position etablieren und ausbauen. Das wird beispielsweise in der Global Strategy ausdrücklich festgelegt (Rat der Europäischen Union 2022: 6) und seither von verschiedenen Seiten vehement gefordert. Im letzten Jahrzehnt lässt sich eine Militarisierung dieser gemeinsamen Außenpolitik verzeichnen, die sich in verstärkter Zusammenarbeit, gestiegenen gemeinsamen Ausgaben und zunehmenden eigenständigen EU-Militärprojekten zeigt (Roithner 2007).

Bis heute ist die militärische Kapazität neben dem wirtschaftlichen Gewicht der wichtigste Machthebel in der Geopolitik. Zählt man die Rüstungsausgaben und Verteidigungskapazitäten zusammen, liegt die Summe der EU-Mitgliedstaaten hinter den USA am zweiten Platz. Militärisch führt die USA die Rangliste der Länder mit den höchsten Militärausgaben mit großem Abstand an. Mit 877 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022 gibt die USA das Dreifache des zweiten Platzes, China mit 292 Milliarden US-Dollar, für Rüstung aus und das zehnfache von Russland, das im Jahr 2022 86,4 Milliarden US-Dollar Militärausgaben verzeichnete. Besonders ins Auge sticht der eklatante Anstieg der Militärausgaben Chinas zwischen 2013 und 2022 um 63%. Die drei europäischen Großmächte folgten 2022 auf sechsten, siebten und achten Platz: UK mit 68,5 Milliarden US-Dollar, Deutschland mit 55,8 Milliarden US-Dollar und Frankreich mit 53,6 Milliarden US-Dollar gaben zusammen im Vergleich zu Russland das Doppelte für Militär und Russland aus. Diese Zahlen zeigen deutlich den unangefochtenen Vorsprung der USA und die deutlich stärkere Position der NATO-Spitzenstaaten gegenüber Russland (SIPRI 2023: 2). Doch die militärische Kapazität der Union ist nicht die Summe ihrer Mitglieder, sondern das supranationale Kommando, das bisher nur marginale Projekte dirigiert. Durch große Ankündigungen entsteht aktuell der Eindruck, dass sich die EU am Weg zur Verteidigungsunion wiedergefunden hat. Doch der Eindruck trägt über die großen Widersprüche hinweg, die eine gemeinsame Militärpolitik erschweren (Wahl 2024: 30).

---

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU hat einer der wichtigsten und mächtigsten Akteur\*innen der europäischen Sicherheits- und Außenpolitik das Bündnis verlassen. Das Vereinigte Königreich verfügt über strategisch wertvolle außenpolitische Ressourcen, darunter einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Mit dem Brexit wird die Frage nach dem eigenständigen Verteidigungs- und Sicherheitspotenzial der EU noch schwieriger. Es zeigt sich, dass es der EU und ihren Mitgliedstaaten immer weniger möglich ist, die internationale Politik effektiv zu beeinflussen. Der Brexit wurde so zu einem weiteren Anlass, um die strategische Autonomie Europas näher zu diskutieren (Lippert et al. 2019: 5-7, 13-14).

Hinzu kommt, dass sich die NATO-Führungsnation USA aus Europa zurückzieht. Bereits US-Präsident Barack Obama vollzog den Pivot to Asia, die zugespitzte Fokussierung der USA auf Ost- und Südostasien, um dort zu einem handels- und sicherheitspolitischen Gegengewicht zu China zu werden. Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und dessen außenpolitische Doktrin ‚America First‘ ließen Zweifel ob der Verlässlichkeit der USA erwachsen. Trump rügte seine europäischen Partner, die ihre Verteidigungsausgaben nicht erhöhten und stellte das Fundament der NATO-Allianz, den Artikel 5 infrage, der vorsieht, dass ein Angriff auf einen NATO-Staat als Angriff gegen alle verstanden werden würde. Die Nachricht kam in den französischen und deutschen Staatsapparaten an. Die Notwendigkeit einer autonomen Verteidigungsfähigkeit Europas wurde zunehmend popularisiert. Eine realistische Möglichkeit war eine europäische Alternative, die die NATO ersetzen kann, jedoch nie (Schreer 2019: 10-11, 14).

Während die Stimmen, die Europa als geopolitische Akteurin beschwören, immer lauter werden, wird das tatsächliche machtpolitische Potential immer geringer. Wo die Union lange noch wichtige Machthebel in der Hand hatte, ökonomisch, politisch, technologisch, schwindet deren Durchsetzungskraft durch die stärker werdende Konkurrenz neuer Pole. Und wo die Union nie einen richtigen Durchbruch erzielen konnte, in der Synthese militärischer Schlagkraft, werden zwar nicht zu vernachlässigende Fortschritte erzielt, eine tatsächliche Verteidigungsunion liegt jedoch in weiter Ferne. Der Verlust der europäischen Machtbasis passiert nicht im Vakuum. Das geopolitische System befindet sich in einem großen Umbruch, hin zu einer komplexeren, multipolaren Weltordnung. Die Zeichen der Zeit sind der Aufstieg Chinas zur Großmacht, Russlands Rückkehr auf die Weltbühne und das neue Selbstbewusstsein der Länder des Globalen Südens und der BRICS (Wahl 2024: 27).

---

Alles in allem zeichnet sich ein schleichender Niedergang der Macht der USA und Europas im globalen System ab. Es ist anzunehmen, dass China die USA wirtschaftlich innerhalb dieses Jahrzehnts überholt. Viele Ökonom\*innen gehen sogar darüber hinaus und mutmaßen, dass das ganze kommende Jahrhundert durch Chinas Machtgewinn geprägt sein wird. Es bleibt allerdings unklar, welche Form die neue globale Ordnung haben wird, ob China ein neuer Hegemon und welche Rolle die USA spielen wird (Petras & Veltmeyer 2016: 2-5). Der Westen, die USA und ihre Verbündeten EU, Japan, Kanada, Australien, verlieren zwar nicht ihren Status als Supermacht, aber ihre Monopolstellung als klares Zentrum der Geopolitik. "Das ist die eigentliche Zeitenwende: das Ende der 500-jährigen Epoche der weltweiten Herrschaft Europas und seines nordamerikanischen Ablegers, die Entwestlichung der Welt" (Wahl 2024: 27). Diese Wende wird im Westen als Bedrohung wahrgenommen, denn die politischen Führungsfraktionen wollen die globale Führungsrolle nicht aufgeben. Das objektive Interesse der westlichen Supermächte an der Verteidigung ihrer Hegemonie wird zum Dreh- und Angelpunkt der internationalisierten Konflikte (Wahl 2024: 27). Vor diesem Hintergrund ist auch die Militarisierung der EU zu verstehen: "Die Gestalt des Staates ist an die Struktur des Staatensystems gebunden" (Hirsch 2005: 162-163). Die Militarisierung ist die Strategie, durch die die europäischen Zentrumsstaaten versuchen zu verhindern, dass sie von ihrem führenden, hegemonialen Platz in der Weltordnung gestoßen werden.

#### **4.3. Verschmelzung von territorialer und kapitalistischer Logik**

Um das empirische Beispiel der militärischen Projekte in der Sahelzone zu untersuchen, möchte ich nun im Folgenden mit der Imperialismustheorie von David Harvey das Verständnis von Imperialismus noch weiter schärfen. In seinem Buch "The new imperialism" aktualisiert David Harvey (2003: 137-141) die Theorien von Rosa Luxemburg zur Notwendigkeit kapitalistischer Expansion. Harvey ist besonders bekannt als Begründer der Kritischen Geografie und für seine Anwendung der Kritischen Politischen Ökonomie auf den sozialen Raum (Keil 1987: 132-138). Ich möchte nun auf seine Definition von Imperialismus zurückgreifen. Diese Definition von Imperialismus von David Harvey verknüpfe ich mit den Ideen von Ekkehart Krippendorff (1963), der die gesellschaftlichen Grundlagen von Außenpolitik untersucht hat. Michael Berndt (2021) war wesentlich dafür verantwortlich, diese Theorien von Krippendorff aus den 1980er Jahren in die Gegenwart zu übersetzen. Der ehemalige Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück (Mühlbauer &

---

Lakitsch 2024: 523) arbeitete daran, anhand Krippendorffs Theorien die objektiven Interessen der europäischen Staaten in der Sahelzone herauszuarbeiten (Berndt 2023, 2024).

In seiner Imperialismustheorie greift Harvey die Ideen von Rosa Luxemburg auf und entwickelt diese weiter. Anders als John Galtung, der eine ahistorische, allgemeine Definition des Imperialismus versuchte, streicht Harvey die Besonderheit des kapitalistischen Imperialismus hervor. Die spezifisch Verknüpfung von staatlich-territorialer und kapitalistisch-ökonomischer Logik definiert den kapitalistischen Imperialismus und hebt ihn von anderen historischen Imperien ab. David Harvey (2003: 26-27) definiert den kapitalistischen Imperialismus als

„a **contradictory fusion of ,the politics of state and empire'** (imperialism as a distinctively political project on the part of actors whose power is based in command of a territory and a capacity to mobilize its human and natural resources towards political, economic and military ends) and '**the molecular processes of capital accumulation in space and time'** (imperialism as a diffuse political-economic process in space and time in which command over and use of capital takes primacy)“ (Harvey 2003: 26; Hervorhebungen A.R.)

Harvey (2003: 26-30) macht den Knackpunkt von Imperialismus dort aus, wo zwei verschiedene gesellschaftliche Kräfte ineinandergreifen: Staatliche Empire-Politik und die räumlichen Prozesse der Kapitalakkumulation. Beide folgen sie unterschiedlichen Logiken: Die staatliche Empire-Politik folgt der territorialen Herrschaftslogik, die darauf beruht, dass auf einem Territorium menschliche und natürliche Ressourcen mobilisiert werden können. Die Akkumulation folgt der kapitalistischen Herrschaftslogik, die auf der Kontrolle von Kapital fußt. Er nennt ihr Verhältnis ‚dialektisch‘: Es ist eine widersprüchliche Verschmelzung von zwei verschiedenen Logiken und Praxisformen, die sich voneinander unterscheiden, aber im Imperialismus miteinander verwoben sind.

Die Empire-Politik ist ein spezifisches politisches Projekt von konkreten staatlichen Akteur\*innen. Es setzt sich aus politischen, diplomatischen und militärischen Strategien eines Staates (oder eines Zusammenschlusses mehrerer Staaten) zusammen. Die territoriale Logik, der Politiker\*innen und Staatsleute folgen, versucht die Macht des eigenen Staates gegenüber der Macht anderer Staaten zu etablieren und auszubauen. Sie ist dabei durch eine gewisse national-gesellschaftliche Verantwortung gebunden, die die Staatsleute gegenüber einer gesellschaftlichen Gruppe, einem bürgerlichen Teil der Gesellschaft oder einer Klasse, haben. Die Empire-Politik eines Staates wird in einem politischen Prozess ausverhandelt, in

---

dem die staatlichen Entscheidungsträger\*innen der Öffentlichkeit oder ihrer unterstützenden Gruppe bis zu einem gewissen Grad Rechenschaft schuldig sind (Harvey 2003: 26-30).

Die Kapitalakkumulation wiederum ist keine konkrete Strategie. Sie ist ein diffuser Prozess, in dem ökonomischer Macht durch wirtschaftliche Praxen (der Produktion, des Handels, der Geld- und Technologietransfers, der Investition, im Kultur- und Informationsaustausch, ...) in Raum und Zeit verschoben, das heißt von einer territorialen Einheit zu einer anderen bewegt wird. Die kapitalistische Logik ist darauf ausgerichtet, Profite zu maximieren, wieder zu investieren und damit Kapital zu akkumulieren. Anders als in der staatlichen Logik gibt es kaum kollektive Verantwortung, es steht die Mehrwertproduktion im Vordergrund. Das macht auch das diffuse Wesen der kapitalistischen Logik des Imperialismus aus, denn sie besteht aus der Summe von individuellen Entscheidungen, aus der sich zwar zusammengenommen bestimmte Trends ablesen lassen, die nur ansatzweise gelenkt werden können. Anders als die Politik eines Staates entzieht sich die Ökonomie der gesellschaftlichen Kontrolle. Die Empire-Politik passiert, durch ihre Verknüpfung mit dem Staat, also viel näher an der sichtbaren Bühne der politischen Beobachtung und öffentlichen Auseinandersetzung, während die Prozesse der Kapitalakkumulation abseits bewusster, übergreifender politischer Diskussionen und Pläne verläuft (Harvey 2003: 27-30).

Die Empire-Politik des Staates ist nicht von der Kapitalakkumulation entkoppelt. Sie ist immer an ihre Bedingungen gebunden. Die Entwicklungen der kapitalistischen Produktionsweise bringen immer wieder neue Widersprüche hervor, die eine politische Bearbeitung erforderlich machen. Ekkehart Krippendorff (1963) spricht von „objektiven Interessen“. Aus den ökonomischen Reproduktionsbedingungen ergeben sich politische Erfordernisse, die zu objektiven Interessen des Staates und seiner handelnden Akteur\*innen werden. Diese objektiven Interessen können nicht einfach so ignoriert, negiert oder konterkariert werden, weil sie direkt mit ökonomischen Krisentendenzen zusammenhängen. Sie müssen unbedingt bearbeitet werden, um die kapitalistische Maschine am Laufen zu halten und die politische und ökonomische Herrschaft des Blocks an der Macht zu bewahren. Objektive Interessen ergeben keinen Zwang. Der Staat behält seine relative Unabhängigkeit von der kapitalistischen politischen Ökonomie. Doch objektive Bedingungen zu übergehen, kann durch die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge negative Konsequenzen haben, zum Beispiel, wenn bestimmte Produkte nicht mehr importiert oder exportiert werden können. Das Wie und Warum staatlicher Außenpolitik kann nur verstanden werden, wenn die

---

objektiven Interessen aus den ökonomischen Reproduktionsbedingungen des Kapitals herausgearbeitet werden (Berndt 2021: 34-35). „Denn die politischen Handlungsträger dieser Gesellschaft, ihre ‚Anwälte‘ sozusagen, vertreten nicht philosophische oder aus dem ‚Himmel der Ideen‘ deduzierte Meinungen und Vorstellungen, sondern angebbare, objektive Interessen, sie haben definierbare Aufträge zu erfüllen“, erklärt Krippendorff (1963: 246).

Das gilt genauso für den Einsatz von militärischer Gewalt in der Außenpolitik. Um zu verstehen, warum es zur Militarisierung der Gesellschaft, zu Militäreinsätzen oder zu Krieg kommt, reicht es nicht, sich die diskursiven Begründungen der Regierenden anzuhören. Die strukturellen Notwendigkeiten sind „objektiv vorhanden, egal, wie und ob sie von den Handelnden wahrgenommen oder gar artikuliert werden“ (Berndt 2021: 35-36). Die Akteur\*innen sind in strukturelle Zwänge eingebettet und müssen nach den aus ihnen entspringenden objektiven Interessen handeln, ob sie wollen oder nicht. Die Aufgabe der kritischen Friedensforschung ist es, diese Zwänge und Interessen herauszuarbeiten und dadurch die Ursachen und Bedingungen von Gewaltanwendung ans Tageslicht zu holen.

#### *Der Sahel als Peripherie zwischen China, Russland, USA und EU*

In der Sahelzone ringen die globalen Großmächte um Vormachtstellung, weil es dort aus der ökonomischen und der territorialen Logik objektive Interessen zu verfolgen gibt. Ökonomisch gilt die Sahelzone als Quelle für Öl, Uran, Erdgas und Lithium. Geographisch ist die Region als Bindeglied zwischen Nord- und Subsahara-Afrika von strategischer Bedeutung. Deshalb sind die EU, Frankreich, die USA, Russland und China in der Region aktiv (Ray 2024). Im Zeichen des ständigen Ringens um Einflussgebiete zwischen den führenden Großmächten war die Sahelzone bisher noch nicht klar abgesteckt. Die EU wollte hier, seit sie ihre außenpolitischen Schwerpunkte festgelegt hat, mitmischen und zu einem relevanten Akteur in der Region werden (Marischka 2021).

Ilya Matveev (2021) beschreibt die imperialen Politiken der drei geopolitischen Pole China, Russland und USA wie folgt:

Modern global imperialism is organized around three ‘poles’. China’s territorial vision (e.g., the Belt and Road Initiative) is fundamentally guided by the capitalist logic of searching for a ‘spatial fix’ for the domestic crisis of overaccumulation [...]. In the case of the United States, the territorial and the capitalist logics are complexly intertwined, with geopolitical competition assuming a greater role in recent decades. Finally, in the Russian case, geopolitics is essentially the only



---

game in town, with the territorial and the capitalist logics hopelessly misaligned.  
(Matveev 2021: 214-215)

Diese Konstellation zeigt sich exemplarisch am afrikanischen Kontinent, der einer der Schauplätze für die Rivalität zwischen den USA und China ist. Die USA zeigte seit 2002 verstärkte militärische Präsenz in der Sahelregion, die zwar mit ökonomischen Überlegungen einherging, aber dann doch in erster Linie von sicherheitspolitischem Interesse getrieben war. Die territoriale Logik dominiert die US-Politik im Sahel. Chinas Afrikastrategie ist, anders als die der USA, nicht vordergründig militärisch, sondern wirtschaftlich ausgerichtet. China verspricht seinen afrikanischen ‚Partnern‘ in der Sahelzone Zugang zum chinesischen Markt für ihre Produkte und damit ‚Handel auf Augenhöhe‘ und negiert im gleichen Atemzug den neokolonialen Charakter ihrer Investitionen (Covey 2017: 654-656).

Russland ist in Mali und Niger seit einigen Jahren anhand der territorialen Logik militärisch sehr präsent. Die russische Söldnergruppe Wagner ist im Sahel stationiert und das russische Militär führt Ausbildungsprogramme mit der malischen Armee durch (Berndt 2024: 95). Für Russland ist der Einfluss im Sahel eine Möglichkeit, wieder an Präsenz und Prestige zu gewinnen, dass es durch die Invasion in die Ukraine verloren hat. Aktuell ziehen sich die USA, die EU und Frankreich, aufgefordert von den neuerdings prorussischen Regierungen, aus der Region zurück, während Russland ihren Platz als militärischer Schirmherr einnimmt. Die explizit antiwestliche Stimmung der Militärregierungen in Mali, Burkina Faso und Niger vermischt sich mit prorussischer Propaganda. Russland wird zum neuen bevorzugten militärischen Schirmherr der Sahelstaaten (Küstner 2024, Ray 2024). Gleichzeitig dienen die Ressentiments gegenüber dem Westen und das Versprechen einer neuen nationalen Souveränität als wichtiger Hebel für die Hegemonie der sich etablierenden Militärregime, die durch symbolische Zurückweisungen Frankreichs, Europas und der USA Legitimität erlangen (Tchangari 2023: 21-22).

Die Umwälzungen in der Region sind exemplarisch für die Umwälzungen in der Geopolitik: Die Staatsstriche können als Wendepunkt nach einer Phase gelesen werden, in der die regionale Sicherheitskrise durch das Engagement Frankreichs und den Vereinten Nationen internationalisiert wurde (Robert 2023). Der Einfluss Frankreichs wird in vielen afrikanischen Staaten immer mehr zurückgewiesen, was Raum schafft für China und Russland. Die Erosion der US-amerikanischen und europäischen Hegemonie eröffnet Tür und Tor für eine

---

autonomere Haltung der Putschisten, die sich dem Trend der Türkei, Saudi-Arabiens und Südafrikas anschließen und eine autonomere Außenpolitik verfolgen wollen (Robert 2023).

Kwame Nkrumah (2016 [1965]), ghanaischer Politiker und Theoretiker und erster Premierminister Ghanas, beschreibt diesen Wechsel der Schirmherrschaft „neokolonialen Herren“ in seinem Text „Neokolonialismus: Das letzte Stadium des Imperialismus“:

Die Einführung des Neokolonialismus erhöht die Rivalität zwischen den Großmächten, die durch den altmodischen Kolonialismus hervorgerufen wurde. Wie klein auch immer die tatsächliche Macht der Regierung eines neokolonialistischen Staates sein mag, es muss allein aufgrund der Tatsache seiner nominellen Unabhängigkeit einen gewissen Bereich geben, in dem er manövrierfähig ist. Er mag zwar nicht in der Lage sein, ohne einen neokolonialistischen Herrn zu existieren, aber er ist immerhin dazu fähig, die Herrn zu ändern. (Nkrumah 2016 [1965]: 160-161)

In Mali und Niger findet ein schleichender Wechsel der Schirmherren statt, nicht jedoch die Überwindung der Abhängigkeit von einem Zentrum und des Status der Peripherie. Die Kritik und Ablehnung der postkolonialen Beziehungen zu Frankreich, die die politische Situation in Mali und Niger aktuell prägt, bleiben mit der Hinwendung zu Russland und China oberflächlich.

#### **4.1. Die kapitalistischen Interessen des europäischen Imperialismus im Sahel**

Die Union handelt in Mali und Niger nicht nur anhand der territorialen Logik ihrer Empire-Politik. Sie folgt dabei auch objektiven ökonomischen Interessen, die der Logik der Kapitalakkumulation entspringen. Michael Berndt (2023, 2024) kristallisierte diese objektiven europäischen Interessen im Sahel heraus. Seine Darstellungen ergänze ich mit Beobachtungen anderer Autor\*innen, besonders jenen der Autorin Dolly Katiutia Alima Afoumba (2021), Aktivistin, Journalistin und Doktorandin an der Philipps-Universität Marburg im Fachbereich Neue Geschichte.

Auf erstem Blick hin scheint es nicht direkt plausibel, von einem allgemeinen Interesse des europäischen Kapitals im Sahel zu sprechen. Der Handel mit den G5-Sahelstaaten (Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger, Tschad) macht nur einen marginalen Anteil des europäischen Außenhandels aus. In Frankreich betrug im Jahr 2018 der Export nach Mali nur 0,066% des Gesamtexports, in Deutschland waren es 0,008%. Auch wenn die Tendenz steigend ist, wäre es also anmaßend, hier ein objektives staatliches Interesse an einem solch geringfügigen Exportmarkt anzunehmen (Berndt 2023: 44).

---

Nimmt man allerdings nur die Position Frankreichs, der ehemaligen Kolonialmacht in der Region, heraus, ist es direkt naheliegender, von kapitalistischen Interessen im Sahel zu sprechen und diese als Ausgangspunkt für das europäische Interesse zu verstehen. Frankreich ist bis heute ein wichtiges ökonomisches Zentrum im Sahel. Waren aus Frankreich machten 11% der Importe Nigers und 10% der Importe in Mali aus (Berndt 2023: 44). Unter den großen französischen Konzernen in der Region sind auch das Unternehmen Total, das in der Erdölförderung und Solarenergie tätig ist, der Telekommunikationskonzern Orange und die Supermarktkette Carrefour (Afoumba 2021: 34). Frankreichs Unternehmen sind durch Importe, eigene Geschäftszweige und Direktinvestitionen aktiv in Nord- und Subsaharaafrika, mitunter, weil viele ökonomische und politische koloniale Kontinuitäten den wirtschaftlichen Zugang sehr erleichtern: Französisch ist in vielen Staaten Amtssprache, die Währung, der CFA-Franc, war an den Franc und ist heute an den Euro gebunden und darüber hinaus leben noch viele Französ\*innen in der Region, die ein attraktives Arbeitskräftereservoir für französische Unternehmen darstellen. 24,59 Milliarden US-Dollar an Direktinvestitionen wurden zwischen 2018 und 2019 aus Frankreich an die Euro-gebundenen Staaten gesendet, die G5-Sahelstaaten empfangen 2,69 Milliarden US-Dollar an französischen Direktinvestitionen (Berndt 2024: 44, 98-99).

Diese Investitionen und Importe machen aus dem Empfängerstaaten abhängige periphere Nationalökonomien. Niger ist ein ökonomisch extrem abhängiger Staat: Über die Hälfte der Staatseinkünfte kommen aus dem Ausland (Robert 2023). Unter französischer Herrschaft war Niger eine extraktive Kolonie, deren einziger Zweck es war, ein Maximum an Ressourcen, besonders Kohl, Eisenerz und Uran, für Frankreich zu gewinnen (Mueller 2021: 169). Bis heute sind es die Uranexporte von Niger nach Frankreich, die die nigrische Wirtschaft dominieren. 2017 hielt Frankreich 45% des Anteils der Gesamtexporte Nigers, wovon 98% radioaktive Chemikalien ausmachten. Niger lieferte so 32% der französischen Uranimporte und war im Jahr 2017 der wichtigste Lieferant des Energieträgers Uran, das in Französischen Kernkraftwerken und in der Kernwaffenproduktion genutzt wird. In diese ökonomische Verflechtung ist der Staat direkt eingebunden. Im Niger ist das französische Unternehmen Orano direkt im Abbau aktiv, das sich mehrheitlich im Besitz des Staats Frankreich befindet (Berndt 2023: 44). Frankreich ist damit, ohne Uranvorkommen im eigenen Land, mit dem Unternehmen Orano der zweitgrößte Uranproduzent der Welt. Der französische Konzern steht unter dem starken Druck internationaler Konkurrenten, wie zum Beispiel Kazatomprom aus

---

Kasachstan und Cameco aus Kanada. Deshalb ist es für den französischen Staat umso wichtiger, die Uranquelle in Niger zu behalten (Afoumba 2021: 33).

Während Niger zwar der drittgrößte Uranproduzent der Welt ist, haben trotzdem 85% der Menschen in Niger keinen Zugang zu Elektrizität (Robert 2023). Die Bevölkerung Nigers ist eine der ärmsten der Welt. Der (Uran-)Reichtum im eigenen Land kommt nicht ihnen, oder gar dem Staat, zugute, sondern nur den (französischen) Konzernen (Afoumba 2021: 34). In seinem Vorwort zur Analyse der Krisen in der Sahelregion von Moussa Tchangari bezeichnet Kerem Schamberger, Referent für Migration und Flucht in der Öffentlichkeitsarbeit von *medico international*, den extraktivistischen Zugang zum Uran und die militärische Absicherung durch Frankreich als "Form des Neokolonialismus" (Tchangari 2023: 6-7).

Ein ökonomisches Interesse Frankreichs in Niger ist dementsprechend nicht von der Hand zu weisen. In Mali ist das Bild nicht so eindeutig. Mali ist besonders interessant für die Goldindustrie, da dort die drittgrößte Goldreserve Afrikas zu finden ist (Afoumba 2021: 33). Es kann allerdings nicht abschließend geklärt werden, wie groß die Rolle von Rohstoffvorkommen für die politische Lage Malis heute ist. Mali hat zwar sehr wichtige Goldvorkommen im Süden und Westen des Landes und war in den 90er Jahren der drittgrößte Goldproduzent Afrikas, setzt man das jedoch in Perspektive, schwindet das Erklärungspotential der Ressource Gold: Im Jahr 2013 kostete die Operation Serval Frankreich doppelt so viel, wie die gesamte Goldproduktion Malis ausmachte. Es ist außerdem nicht bekannt, inwiefern im Norden des Landes Gold, Uran oder andere Mineralien vorhanden sind und es wurden auch keine Ölvorkommen gefunden (Whitehouse 2021: 136-137).

Deshalb ist die These naheliegend, dass die europäischen Einsätze in Mali mit der direkten Nähe zu Niger zusammenhängen. Im gleichen Jahr, in dem die Operation in Mali begann, publizierte der französische Senat einen Bericht zur Afrikastrategie, in dem gefordert wurde, dass der Zugang zu Energie und Ressourcen gesichert werden muss (Afoumba 2021: 33). Die französische Operation Serval in Mali ab 2013 hatte einige langfristige Interessen im Blick: Den Zugang zum nigrischen Uran zu sichern, zu verhindern, dass Mali ein Rückzugsort für Terrororganisationen wird, die französische Unternehmen und Repräsentanten angreifen könnten und die geopolitische Position Frankreichs zu behaupten, den Beweis zu erbringen, dass Frankreich seine Einflusszone unter Kontrolle hat (Whitehouse 2021: 137). Bereits seit den frühen 2000er Jahren war die öffentliche Kritik rund um die postkolonialen Beziehungen

---

Frankreichs in Afrika immer lauter geworden. Die Intervention Frankreichs in Mali war daher starker öffentlicher Kritik ausgesetzt, weil direkt vor Ort Tatsachen zu eigenen Gunsten geschaffen wurden. Der Intervention wurde ein geopolitischer Charakter unterstellt, der darin bestand, dass Frankreich vordergründig seine eigenen Einflusssphären und -potentiale in Afrika im Blick hatte und diese durch militärische Präsenz ausbauen wolle (Afoumba 2021: 33).

Michael Berndt (2023: 44, 47) stellt in Hinblick auf die These der objektiven Interessen in der Außenpolitik fest, dass Frankreich "massive Interessen in der Region hat und diese ausbaut". Niger ist einer der größten Lieferanten von Uran, das Frankreich für die Elektrizitätsgewinnung benötigt. Der französische Staat hält den Mehrheitsanteil an dem Uran fördernden Unternehmen Orano, wodurch das ökonomische Interesse direkt mit dem Staat verknüpft ist. Außerdem ist eine Masse an französischen Unternehmen durch Direktinvestitionen in der Region beteiligt. Andere EU-Staaten, allen voran die Führungsnation Deutschland, haben kaum wirtschaftliche Interessen in der Region. Deutschland hat allerdings aufgrund seines nach außen orientierten Akkumulationsregimes wie kein anderer europäischer Staat Interesse am Wirtschaftsraum EU. Gerade Deutschland hat die EU genutzt, um sein exportorientiertes Wachstumsmodell umzusetzen: Die EU-Staaten sind die Basis des deutschen Außenhandels: 2018 gingen 59% der deutschen Exporte in die EU (Berndt 2023: 43). Frankreich hat ein Interesse an der Kompensation dieses unausgeglichene Außenhandels. Berndt (2023: 44) postuliert abschließend, dass das Engagement Deutschlands im Sahel Teil der Kompensation sein könnte. Diese These ist nicht nur auf den Einsatz der deutschen Bundeswehr in Mali anwendbar, sondern auch auf die europäisch finanzierten Militärprojekte in der Sahelzone. Im ständig um Konsens ringenden Gefüge der Union sind die EFF-finanzierten Militärprojekte in Mali und Niger (unter anderem auch) ein Zugeständnis an objektive französische Interessen. Durch die Integration der EU hat es schließlich Folgen für den einzelnen Mitgliedstaat, aber auch für das ganze Ensemble, wenn eines oder mehrere Mitglieder objektive Interessen in einer Weltregion haben. Durch die Verflechtung in der EU kommt es zu einer partiellen Europäisierung der objektiven Interessen, gerade in Zeiten, in denen in Europa immer mehr eingemahnt wird, dass die EU als globale Akteurin handlungsfähiger werden muss (Berndt 2024: 101).

Das europäische Staatsgefüge und seine politischen und ökonomischen Projekte sind Ergebnisse der Aushandlung von objektiven Interessen seiner Mitgliedsstaaten und der

---

nationalen Kapitalfraktionen, die sie repräsentieren. Die Schwerpunkte und die Ausrichtung der Europäischen Friedensfazilität sind nur ein Eckpfeiler innerhalb eines ständig unter Bearbeitung stehenden Aushandlungsprozesses innerhalb der EU. Sie sind Zugeständnis, Kompensation der objektiven Interessen, allen voran französischen Interessen. Anders als im klassischen Tauschhandel ist die andere Seite der Rechnung jedoch meistens diffus, weil es sich um ein großes, komplexes Gleichgewicht zwischen verschiedenen objektiven Interessen handelt. Die anderen Mitgliedsstaaten signalisieren durch ihre Zustimmung ihre Kooperationsbereitschaft und reklamieren durch die europäische Beteiligung ein Mitspracherecht, auf der Basis wiederum ihres direkten, mittelbaren objektiven Interesses an den wirtschaftlichen und politischen Vorteilen der europäischen Zusammenarbeit. Im Fall der Europäischen Friedensfazilität können wir also auch von einem "Modell vermittelter objektiver Interessen" (Berndt 2023: 46) sprechen. Dieses Modell der vermittelten Interessen zwischen Frankreich und den EU-27 erklärt die kapitalistische Logik des europäischen Imperialismus in der Sahelzone.

#### **4.2. Die territoriale Logik des EU-Imperialismus in der Sahelzone**

##### *Nationalismus, Rassismus und die Konstruktion Europas*

Ich wende mich nun der territorialen Logik des EU-Imperialismus in der Sahelzone zu, denn die Erklärung des Imperialismus ist nicht abgeschlossen, wenn Kapitalinteressen identifiziert werden konnten. Das wäre eine zu vereinfachte imperialismustheoretische Herangehensweise. Die Theorie David Harveys ist ein unbedingter Hinweis darauf, dass man nicht direkt aus der kapitalistisch-expansiven Entwicklung eine bestimmte Außenpolitik erklären oder gar prognostizieren kann. Das politische und ideologische Momentum, das den bürgerlichen Staat kennzeichnet, hat seine ganz eigene Wirkmächtigkeit und sollten deshalb in der Imperialismusanalyse nicht unter den Tisch fallen. Objektive Interessen äußern sich nicht direkt, sondern werden immer durch ihre politische und ideologische Vermittlung in den Staatsapparaten geäußert und werden erst dadurch wirkmächtig. Die subjektive Interessenartikulation im Zusammenhang ideologischer Apparate können dazu führen, dass von der Ökonomie relativ unabhängige imperialistische Politiken entstehen (Berndt 2021: 38). Im Konkurrenzsystem besteht die Macht von konkreten staatlichen Akteur\*innen darin, territoriale Kontrolle auszuüben und auf diesem Territorium menschliche und natürliche Ressourcen zu mobilisieren. Aus dieser eigenen Machtlogik des Staats können sich

---

außenpolitische Projekte entwickeln, die expansiv und gewaltvoll sind, ohne dass es dafür nachvollziehbare wirtschaftliche Gründe gibt (Harvey 2003: 26-27).

Gerade rassistische, nationalistische und imperiale Ideologien der Ungleichheit und Weltmachtfantasien tendieren dazu, ein Eigenleben zu entwickeln und politische Ziele zu setzen, die wirtschaftliche Interessen konterkarieren können. Dass die Eigendynamik der territorialen Logik von Nationalismus nicht zu unterschätzen ist, wissen wir bereits seit der ersten Hochphasen des Imperialismus. Eine der vielschichtigen Ursachen des Ersten Weltkriegs war der zunehmend militarisierte, aggressive Nationalismus der Bourgeoisie Europas. Anders als die gängige Annahme zeigen historische Studien, dass der militarisierte Nationalismus zu dieser Zeit nicht von der verarmten Arbeiter\*innenschaft ausging und seinen Ausgang in Abstiegsängsten, wirtschaftlicher Unsicherheit oder Entwurzelung hatte. Viel eher war die Basis des erstarkenden Nationalismus die bürgerliche Klasse, die von den 1860er Jahren an eine Zeit des Fortschritts und des Aufstiegs erlebte und damit positive Bilder der Nation verknüpfte. Die aufstrebenden Neureichen dieser Zeit machten bürgerliche Rechte für sich geltend. Auf dieser Bewegung des progressiv-ausgerichteten Nationalismus der Bourgeoisie fußten die Ideologien des Imperialismus und Militarismus, die die öffentliche Meinung mitbestimmten. Seither sind die imaginierten Bilder der Nation eine zentrale ideologische Achse des Militarismus (Mann 1987: 39-41).

Dabei reichen die ökonomischen und ideologischen Wurzeln von Imperialismus noch viel tiefer. Sie fußen in der Verzahnung von Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus. Von Beginn der kapitalistischen Akkumulation an wurden Rohstoffe aus der ganzen Welt nach Europa geschafft, um in Kapital verwandelt zu werden. Menschen in Afrika, Amerika und Ostindien wurden versklavt und ausgebeutet, um als Arbeitskraft der kapitalistischen Akkumulation unterworfen zu werden. Kolonialismus und Sklaverei spielten, wie Eleonora Roldán Mendívil und Bafta Sarbo (2021: 299-300) anhand der Ausführungen von Karl Marx hervorstreichen, eine ausschlaggebende Rolle in der Entstehung des Kapitalismus. In diesem Prozess entstand die geographische ungleiche Entwicklung und die Grundlage für die zeitgenössischen Zentrum-Peripherie-Verhältnisse und die Differenz von Ausbeutung in Europa und Überausbeutung in den Kolonien.

Das Um Sich Greifen des kapitalistische Imperialismus gingt Hand in Hand mit der Entstehung des modernen Rassismus. Während die Bevölkerung Europas von der Leibeigenschaft befreit und zu abhängigen Lohnarbeitenden wurde, wurde die Bevölkerung

---

der ‚Neuen Welt‘ der Freiheit beraubt und zu Sklaven für die europäischen Großmächte. Diese Differenz „ist die Existenzbedingung für Rassismus, nicht seine Folge“ (Roldán Mendivil & Sarbo 2021: 299). Den kolonialisierten und versklavten Menschen wurden die Rechte eines modernen, ‚aufgeklärten‘ Lohnarbeiters entsagt, jede Kultur und Zivilisation wurde ihnen abgesprochen, sie wurden absolut auf ihre Arbeitskraft reduziert, in den sozialen und produktiven Beziehungen abgewertet und entmenschlicht. Die rassistische Ideologie, die dies legitimiert, wurde „das imaginäre Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen“ (Althusser 1977: 133); die durch die Vorstellung vermittelte Beziehung, die die Akteur\*innen zu ihren realen Lebensbedingungen und gesellschaftlichen Umständen innehaben – reale Umstände der Entmenschlichung und Entwertung.

Europa leidet, wenn es um seine 500-jährige Kolonialgeschichte geht, an Amnesie. Es gibt kaum Erinnerungskultur, die auf diese Geschichte Bezug nimmt – dabei nahm doch Europa erst durch den Kolonialismus seinen Anfang (De Genova 2016: 78). Europa begründete und formte das Selbstbild und die Kriterien der Zugehörigkeit und des Ausschlusses, als es die Welt der kolonialen Herrschaft unterwarf (Balibar 2009: 8). Europa ist ein historisch in verschiedenen Phasen und Facetten wiederkehrender Name eines politischen Projekts, durch das Europa erst als eine Einheit und europäisch als eine Identität und Zuschreibung konstruiert wird (De Genova 2016: 75-77). Dabei wurde Europa immer in Abgrenzung zu dem nicht-europäischen Anderen definiert: Europa „was never anything else than the web of interactions, relations of forces, domination and resistances, articulating it with the non-European *Other*“ (Balibar 2016: 165, Herv. i. O.). Es gab kein richtiges Konzept von Europa als politisches System der Beziehungen von europäischen Staaten, bevor die verschiedenen europäischen Staaten nicht aufeinandertrafen, um durch Krieg und Diplomatie die Peripherie untereinander aufzuteilen. Erst dadurch konstituierten sie sich als Zentrum und als Einheit Europa (Balibar 2009: 8). Diese Beobachtung macht auch Rosa Luxemburg: „Und jedes Mal, wo bürgerliche Politiker die Idee des Europäertums, des Zusammenschlusses europäischer Staaten auf den Schild erhoben, da war es mit einer offenen oder stillschweigenden Spitze gegen die ‚gelbe Gefahr‘ oder den ‚schwarzen Weltteil‘, gegen die ‚minderwertigen Rassen‘ [sic!]“ (Luxemburg 2018 [1911]: 33).



---

### *Die Konstruktion von Feindbildern gegen die Einheit Europas*

Dieser Prozess des Otherings setzt sich in der Politik zur Migrationskontrolle und Terrorbekämpfung fort. Antiwestliche Diktaturen, radikale Islamisten und Terroristen wurden zu den größten Gefahren für die US-geführte neoliberale Weltordnung gemacht (Patomäki 2008: 145-154). Die Gefahr des Fremden, Anderen bedrohe die zivilisierte Welt, die sich vor den rückwärtsgewandten Terroristen proaktiv schützen müsste. Als Feindbild wurde das Bild des gefährlichen, bärtigen, Turban tragenden muslimischen Terroristen geschaffen. Konzepte wie Islamismus, Jihadismus und Terrorismus wurden seit 2001 inflationär und plakativ verwendet. Sie entfernen sich immer weiter von den konkreten und realen Problemen, die von politischen und militarisierten Gruppen und Bewegungen ausgehen und dienen nicht mehr der Bearbeitung der ihnen zugrundeliegenden Ursachen, sondern nur der Legitimierung der interventionistischen Politik (Feroz 2021: 57-61). So wurde aus dem Krieg gegen den Terrorismus ein permanenter Krieg, der kein Ende und keinen Frieden in Sicht stellt, weil das Ziel und Gefahr so diffus sind. Hinzu kommt, dass Migration als Sicherheitsproblem politisiert wird, indem Terrorismus, Kriminalität und soziale Unruhen mit Geflüchteten und Migrant\*innen assoziiert werden (Davitti & Ursu 2018: 1).

Die Feindbilder des Kriegs gegen den Terrorismus sind alles andere als neue Phänomene. Schon im aufkommenden Orientalismus wurde das aufgeklärte Europa im Gegensatz zum mysteriösen, rückständigen, animalischen ‚Orient‘ imaginiert. Diese rassistischen Vorstellungen erlangen in Europa eine immer größere Zugkraft. Rechte und rechtsextreme Parteien und gesellschaftliche Kräfte können in breiten Teilen Europas deutlich an Zuspruch gewinnen. Sie nähren einen rassistischen Diskurs, in dem ein völkisch verstandenes ‚Wir‘ klar abgegrenzt ist von einem abgewerteten ‚Anderen‘. Die eigene Identität und Kultur ist vermeintlich unter Gefahr, durch Fremde, durch Migrant\*innen und Geflüchtete ausgetauscht oder überrollt zu werden. Terroranschläge in Europa und der lange Sommer der Migration im Jahr 2015 lieferten der extremen Rechten zusätzlich Bilder, die ihre rassistische Erzählung untermauern (De Genova 2016: 81-82; Oberndorfer 2019: 45-46).

Die extreme Rechte spielt dabei stark mit dem Widerspruch zwischen nationaler Identität und europäischer Integration. Bereits zuvor hatte das europäische Staatsprojekt immer ein Problem damit, ausreichende Zustimmung und Vertrauen, also Hegemonie, in der Bevölkerung ihrer Mitgliedsstaaten zu gewinnen, was sich unter anderem an der niedrigen Beteiligung an den EU-Wahlen erkennen lässt. Ein umfassendes Projekt zur europäischen

---

Identifikation war ausgeblieben, was wiederum dem geschuldet ist, dass die Kernprojekte der Integration immer wirtschaftliche Vorhaben waren (Klauke 2022: 397, 399). Viele verschiedene Staatsapparate, europäische wie nationale, sind deshalb darum bemüht, eine europäische Identität im hegemonialen Selbstverständnis zu verankern. Doch diese Identität konkurriert überall weiter mit der nationalen Identität; ein ungleiches Konkurrenzverhältnis, in dem sich die Nation auf die alltägliche Materialität und Erfahrbarkeit des Nationalstaats stützt, während Europa ein diffuses, ungreifbares Projekt bleibt, das in der Realität weiter Teile der Bevölkerung nicht sichtbar und hinterfragbar ist. Die Realität eines Nationalstaats ist absolut selbstverständlich, die Stimmen, die den Nationalstaat abschaffen wollen, sind marginal. Europa steht jedoch immer in Frage, entweder in einer positiven Perspektive als Zukunftsbild, das noch geschaffen werden muss oder in einer negativen, ablehnenden Haltung als etwas, zu dem die Nation wieder souverän werden muss. Die Definition von Europa ist eine politische Frage, die die politischen Parteien europaweit heranziehen, um sich voneinander abzugrenzen. Europa ist ein widersprüchliches, heterogenes, inkohärentes Projekt, indem um die Bedeutung Europas gerungen wird: Die europäische Frage, wie Nicholas De Genova (2016: 75) diese Auseinandersetzung nennt.

#### *Das europäische Sicherheitsregime als passive Revolution*

Die Einheit Europas wurde spätestens durch die Nachwehen der Krisenbearbeitung nach 2007 infrage gestellt. Anstatt die Krisenursachen in Angriff zu nehmen, erzeugte die europäische Politik mehr von ihren Bedingungen. Seither steckt die gesamte neoliberale Entwicklungsweise in einer Krise. Sie kann weder ausreichend gesellschaftlichen Fraktionen einen Kompromiss anbieten, der sie an der Entwicklungsweise teilhaben lässt, noch wird nachhaltiges Wachstum generiert. Die führenden Klassenfraktionen sind politisch gescheitert. Die etablierten Intellektuellen, Medien und Parteien werden nicht mehr als Sprachrohr der tragenden gesellschaftlichen Interessen wahrgenommen. Die alte, neoliberale Regulationsweise ist erschöpft, aber etwas Neues tritt nicht auf das politische Parkett – Europa steckt in einer Hegemoniekrise (Oberndorfer 2019: 44-45).

Das europäische Staatsprojekt steht inmitten der Hegemoniekrise unter Druck, neue politische Projekte zu forcieren, die der europäischen Integration wieder neue Legitimität schaffen. Ein solches Projekt ist, laut Lukas Oberndorfer (2019: 49-68), das gemeinsame europäische Sicherheitsregime. Zum Sommer der Migration werden noch andere Ereignisse,

---

wie Terroranschläge in europäischen Städten, der Brexit, die Wahl Trumps zum US-Präsidenten und imperiale Konflikte rhetorisch miteinander verknüpft. Sie werden als diskursive Möglichkeitsfenster genutzt, um eine europäische Lösung zu präsentieren: Ein gemeinsames europäisches Grenz- und Sicherheitsregime und die Militarisierung der Union.

Diese Krisenbearbeitung kann im gramscianischen Sinne als passive Revolution verstanden werden: Aspekte des politischen Widersachers werden in das Staatsprojekt aufgenommen und dadurch entschärft, während die Kräfte- und Machtverhältnisse unangetastet bleiben. Die europäischen Staatsapparate reagieren auf die nationalistische und völkische Diskursverschiebung, indem sie Teile der rechten Erzählungen selektiv aufnehmen (Oberndorfer 2019: 48-50). Die Antwort auf die vermeintliche Gefahr der Migration könne nur ein vereintes Europa mit gemeinsamen, ‚geschützten‘ Außengrenzen sein, die Bedrohung durch islamistische Terrororganisationen könne nur durch eine gemeinsame, europäische Projekte gebannt werden. Dieser Diskurs durchzieht zentrale Staatsapparate: Die Europäische Kommission, den Rat der EU und deutsche und französische Staatsapparate. Sie nutzen die Migrationsfrage, um wieder Antworten auf die europäische Frage zu finden, die seit dem Nachspiel der Wirtschaftskrise ungelöst war.

Das europäische Sicherheitsregime, die Aufrüstung der Grenzen und Militarisierung der Außenpolitik, fungiert über die rassistischen Feindbilder über Migration:

Much as the Migration Question in Europe is always already (at least implicitly) a racial question, the European question identifies Europeanness itself as a racial problem – a problem of postcolonial whiteness. (De Genova 2016: 79)

Im gleichen Atemzug, in dem die Ausgrenzung der Anderen passiert, geht die Konstruktion des eigenen, Europas vonstatten. Was Europa ist, wird in Abgrenzung zu imaginierten Anderen, wie den Menschen im Sahel, bestimmt. Das Sicherheitsregime Europas konstituiert Europa von neuem. Militärische Projekte verleihen der Europäischen Union die Legitimität, die durch die neoliberalen Entwicklungskrisen und die Hegemoniekrise gebröckelt ist. In diesem Hegemonieprojekt kann die Union Handlungsfähigkeit beweisen. Sie setzt zügig Meilensteine: Das Antiterrorzentrum Europol, der Verteidigungsfonds, das militärische Schengen PESCO (Oberndorfer 2019: 52). Und sie entsendet militärische Missionen nach Mali und Niger, um dort in der Terrorbekämpfung und Migrationskontrolle involviert zu sein. Ob die passive Revolution schlussendlich erfolgreich ist, misst sich nicht daran, ob wirklich

---

ein durchsetzungsstarkes europäisches Sicherheitsregime errichtet werden kann. Es genügt, dass der Diskurs politische und ideologische Wirksamkeit hat (Oberndorfer 2019: 49-68).

Die Union verfolgt dabei eine Politik der ‚Festung Europa‘: Nach innen steht ihren Bürger\*innen Bewegungsfreiheit zu und schafft nationale Grenzen ab, während sie nach außen immer restriktiver ihre Grenzen kontrolliert und blockiert. Um die Bewegungsfreiheit innerhalb der EU zu bewahren, wird die effektive Kontrolle der EU-Außengrenzen politisch immer wichtiger. Die erstarkende Rechte und der radikalisierte Konservatismus wollen vor der Bevölkerung Durchsetzungsstärke beweisen und Ergebnisse präsentieren. Ein direkter, sehr simpel zu kommunizierender Erfolg wäre die selbstständige Kontrolle der nationalen Grenzen und damit eine Untergrabung der europäischen Bewegungsfreiheit. Schengen und die Bewegungsfreiheit sind aber ein Herzstück der europäischen Identität und ein fast unverzichtbares Kapitel in der Erzählung der Einheit Europas, die die EU legitimiert. Schengen ist ein zentrales Puzzleteil des europäischen Projekts, ohne dem das Bild nicht mehr erkennbar wäre. Die Abschaffung der Grenzkontrollen war einer wesentlichen Errungenschaften der EU. Aber nicht nur die symbolische Bedeutung des freien Verkehrs ist nicht zu unterschätzen, sondern auch die ökonomische. Grenzkontrollen könnten Warenhandel und die Mobilität von Arbeitskraft erschweren. Schengen kann aus Sicht der EU nur gerettet werden, wenn die EU nationale Alleingänge verhindert, indem sie selbst zentralisiert und effektiv Kontrolle über die Schengen-Außengrenzen und die Menschen ausübt, die diese überqueren wollen (Ryner & Cafruny 2017: 204-205).

Ich fasse zusammen: Die militärischen Projekte, die durch die Europäische Friedensfazilität im Sahel finanziert werden, haben ihren Ursprung in der Empire-Politik der EU. Die EU mischte sich im Ringen um die Sahelzone zwischen China, Russland und den USA ein, weil die EU darum bemüht ist, eine eigenständige geopolitische Akteurin zu werden. In Zeiten, in denen die ökonomische und politische Machtposition Europas bröckelt, versuchen die europäischen Akteur\*innen über den Ausbau militärischer Macht ihre Zentrumsposition zu halten. Die Militarisierung der EU ist eine Strategie zur Bearbeitung der Hegemoniekrise Europas – sowohl in der Geopolitik und -ökonomie als auch innerhalb des europäischen Gefüges. Das Hegemonieprojekt durchzieht die zentralen europäischen Staatsapparate, die französischen und deutschen auf nationaler Ebene und die Kommission. Es soll Europa wieder Legitimität verleihen, welche in der neoliberalen Krisenbearbeitung in Brüche

---

gegangen war. Migration und Terrorismus werden als Gefahr für die europäische Sicherheit politisiert, für die es nur gemeinsame, paneuropäische Lösungen geben könne. Die EU-Missionen in Mali und Niger sind konkrete Maßnahmen gegen Terrorismus und zur Migrationskontrolle, durch die die EU ihre Wirksamkeit und politische Notwendigkeit beweisen kann. Im Zuge dessen werden rassistische Ideologien der erstarkenden extremen Rechten aufgegriffen und in das eigene politische Projekt integriert. Indem Migrant\*innen zur Gefahr stilisiert werden, wird ihnen der Status als politische Subjekte, die Menschenrechte innehaben, entzogen.

In der Vergangenheit dachten vor allem Weiße Menschen, dass Schwarze Menschen natürlich nicht die gleichen Rechte haben können wie sie. Männer dachten, dass Frauen ihnen natürlich untergeordnet seien. Und heute denken die Staatsbürger\*innen des globalen Nordens, dass die Menschen des globalen Südens selbstverständlich an Grenzen gestoppt und abgeschoben werden dürfen (Fabian Georgi zitiert nach Buckel & Kopp 2021: 49)

Sie werden zum rassifizierten „Anderen“, durch das sich „Europa“ selbst konstituieren kann. Das europäische Sicherheitsregime wird zum Projekt der europäischen Selbstfindung in Abgrenzung zu den „Anderen“, über die Europa Kontrolle ausübt.

---

## 5. Fazit: Staat, Imperialismus und Militarismus in der EFF

---

Zum Abschluss dieser Arbeit zeige ich im folgenden Fazit, wie sich die politökonomische Verschränkung von Staat, Imperialismus und Militarismus in der Europäischen Friedensfazilität am Beispiel der EFF-finanzierten Projekte in der Sahelzone ausdrückt. Im Anschluss an das Fazit möchte ich dieses Ergebnis diskutieren, indem ich die politischen Implikationen der erarbeiteten politökonomischen Perspektive zeige.

Die politökonomische Verschränkung von Staat, Imperialismus und Militarismus drückt sich in der Europäischen Friedensfazilität in verschiedenen Weisen aus: Die Friedensfazilität ist außerbudgetärer Finanzierungsmechanismus, durch den imperiale Einflussnahme aufgrund von vermittelten objektiver Interessen zwischen Nationalstaaten ermöglicht wird. Objektive Interessen ergeben sich aus den Notwendigkeiten kapitalistischer Produktion. Anhand des Beispiels der EU-Missionen in Mali und Niger hat sich gezeigt, wie die Interessen des französischen Staats mit den ökonomischen Interessen des französischen Kapitals zusammenhängen und schließlich in paneuropäische Schwerpunkte übersetzt werden. Die EU-Operationen im Sahel sind aber nicht nur ein Zugeständnis an Frankreich, sondern eine Maßnahme von vielen in dem Hegemonieprojekt des europäischen Sicherheitsregimes. Das Hegemonieprojekt soll durch eine rassifizierte Abgrenzung von Migrant\*innen und Afrika als ‚Hort des Terrors‘ einen ideologischer Kitt nach innen bilden. Nach außen soll die Aufrüstung des militärischen Arms Europas den schleichenden Niedergang der europäischen Vorherrschaft aufhalten.

Legitimiert wird diese imperiale Politik durch die Ideologie des liberalen Militarismus, der sich bereits im Namen der Friedensfazilität ausdrückt. Innerhalb der Ideologie des liberalen Militarismus der EU ist es legitim, militärisch in anderen Ländern aktiv zu werden, wenn dies ihren hehren Zielen dient. Die EU ist, so die liberale Auffassung, im Sahel aktiv, weil sie sich international für Frieden, Sicherheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit engagiert. Weil sie jedoch eine militarisierte Friedenspolitik umsetzt, normalisiert der Militarismus der EU Krieg und Kriegsvorbereitung. Dabei haben die militärischen Operationen in Mali und Niger nichts zu den Zielen beitragen können, die die Union als wegweisend erachtet. Im Gegenteil wurden militärische Lösungen für entwicklungspolitische Probleme in einer Region formuliert, die wie kaum eine andere von Armut und Perspektivlosigkeit gezeichnet ist. Statt mehr Menschen soziale und ökonomische Sicherheit zu bieten und damit eine der beiden Säulen des Terrorismus, den Mangel an öffentlichen Dienstleistungen, zu

---

adressieren, wurde das malische und nigrische Heer mit Ausbildung, Beratung und Equipment unterstützt. Diese Unterstützung geschah, obwohl bereits zuvor bekannt war, dass die Armee strukturell für Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung verantwortlich ist. Die durch die EFF finanzierten EU-Operationen im Sahel stärkten jene autoritären, anti-demokratischen Strukturen, die seit 2021 durch Staatsstreich in Mali und Niger die Staatsgeschicke übernommen haben und sich 2023 gänzlich von der EU ab- und Russland zuwendeten. Die liberale militaristische Ideologie verhindert, dass lokale Kontexte und strukturelle Ursachen erkannt werden und führt dazu, dass die Begriffe von ‚Frieden‘ und ‚Krieg‘ zusehends verschwimmen. Die Namensgebung der Friedensfazilität kann daher zumindest als irreführend und die militärische Strategie als gescheitert bezeichnet werden.

Trotzdem kann man nicht davon ausgehen, dass das Scheitern der militarisierten Friedenspolitik im Sahel zu einer umfassenden Reflexion führen wird. Das liegt an der strukturellen Verankerung der militaristischen Logik in den kapitalistischen Produktions- und Kräfteverhältnissen. In einem von Konkurrenz geprägten geopolitischen und geoökonomischen Weltsystem ist der Staat Repräsentant der Interessen der Kapitalfraktionen, die sich in ihm organisieren; die EU ist Repräsentantin der Interessen des in Europa verankerten Kapitals. Das Akkumulationsimperativ drängt das Kapital dazu, neue Märkte, Ressourcen und Arbeitskräftereservoirs zu erschließen. Der Staat sichert diese externe Expansion ab, wenn notwendig, mit militärischer Gewalt. Seine militärischen Mittel bezieht der Staat von privaten Rüstungsunternehmen. Weil Verteidigung und Intervention eine staatliche Aufgabe und die Armee eine staatliche Institution sind, hat der Staat am Rüstungsmarkt nachfrageseitig eine Monopolstellung. Trotz der inneren Konkurrenz um staatliche Aufträge liegt es im gemeinsamen Interesse der Rüstungsindustrie, dass die Aufstockung des Verteidigungsbudgets als gesellschaftlich notwendig erachtet wird. Umgekehrt liegt es auch im Interesse der staatlichen Akteur\*innen, dass der militärische Arm des Staates als gesellschaftlich notwendig erachtet wird. Dass sich deshalb ein engmaschigen Netz zwischen Rüstungsindustrie, Politik und Militär bildet, ist strukturell in den Verhältnissen der politischen Ökonomie veranlagt. Dieses Akteursnetzwerk arbeitet nicht im nationalen oder europäischen Interesse, sondern im eigenen. Die militärischen Kapitalfraktionen agieren anhand des eigenen Profitinteresses und sind daher bemüht, militärische Antworten als einzig denkbare Antwort auf die geopolitischen Herausforderungen zu formulieren und zu verbreiten. Aber auch die involvierten Staatsapparate agieren nicht als neutraler Schiedsrichter im Sinne des Allgemeinwohls. Ihre

---

Funktion ist es, die kapitalistischen Verhältnisse zugunsten des europäischen Kapitals aufrechtzuerhalten. Dazu gehört es, die geopolitische Zentrumsposition Europas zu verteidigen, globale Extraktionsbeziehungen mit Regionen wie dem Sahel zu bewahren und die Zustimmung der europäischen Bevölkerung zu gewinnen. Die militaristische Ideologie erlaubt es den europäischen Staatsapparaten, diesem Wesen nachzukommen.

Die Rüstungsindustrie ist in die Formulierung der gemeinsamen europäischen Außenpolitik von Beginn an eingebunden gewesen. Die Europäische Kommission hat diskursive Möglichkeitsfenster zu nutzen gewusst, um die außenpolitische Integration voranzubringen und dadurch indirekt die eigene Position zu stärken. Trotzdem sind die nationalen Regierungen zurückhaltend darin, Entscheidungsgewalt an paneuropäische Apparate abzugeben, weshalb der Europäische Rat bis heute Dreh- und Angelpunkt der GASP geblieben ist. Das zeigt sich auch in den Managementstrukturen der EFF: Der Europäische Rat hält annähernd alle Entscheidungsbefugnisse. Die europäischen Staatsapparate, die Kommissionsvertreter\*innen, die Europäische Verteidigungsagentur und der Europäische Auswärtige Dienst sitzen mit am Tisch und halten Mitspracherechte. Das Europäische Parlament, das einzig direkt gewählte Organ der EU, hat schon in der GASP allgemein nur Unterrichts- und Anhörungsrechte, in Bezug auf die EFF hält das Parlament nahezu keine Kontrollrechte. Die EFF ist ein Glied des transnationalen militärischen Apparats, der die Vermittlung nationaler objektiver Interessen, aber kaum zivilgesellschaftliche oder demokratische Kontrolle erlaubt oder ermöglicht.

Als Glied des transnationalen militärischen Apparats ist die EFF ein Knotenpunkt des europäischen militarisierten Imperialismus. Diese Verschränkungen von Staat, Imperialismus und Militarismus ist notwendig, um die EFF-finanzierten EU-Operationen in Mali und Niger in ihrer gesamten Konstitution und Einbettung in politökonomische Zusammenhänge zu verstehen. Diese Arbeit leistete diese Verschränkung theoretisch, indem verschiedene Zugänge neu kombiniert wurden; sie leistete sie auch empirisch, indem diese Zugänge als Abstraktionen konkreter Umstände und Phänomene gezeigt wurden. Damit setzte diese Arbeit die methodischen Leitlinien des kritischen Realismus um: Das empirisch Beobachtbare wurde in breitere Phänomene eingebettet, deren strukturelle Verankerung offengelegt wurde. Die militärische Unterstützung der malischen und nigrischen Armee wurde eingebettet in das Phänomen der Interessensgemeinschaft von Rüstungsindustrie und Politik, deren strukturelle Verankerung in der nachfrageseitigen Monopolstellung des Staats



---

demonstriert wurde. Die europäische Migrationskontrolle und Terrorbekämpfung im Sahel wurde eingebettet in rassifizierte Konstruktion des „Anderen“, durch die sich Europa erst als Einheit konstituieren und identitätsstiftend werden kann. Dieses ideologische Phänomen wurde als imaginäres Verhältnis zu Existenzbedingungen beschrieben, wodurch die kapitalistische Überausbeutung von Kolonien und rassifizierten Arbeiter\*innen offengelegt werden konnte. Die argumentative Verknüpfung von normativen Zielen (Wahrung des Friedens, der Sicherheit, Menschenrechte, Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit) an militärische Strategien in den europäischen Verträgen wurde als Ausdruck des liberalen Militarismus erklärt. Indem gezeigt wurde, dass militarisierte Außenpolitik im Sahel nicht friedensstiftend wirkt, konnte die ideologische Funktion des liberalen Militarismus adressiert werden. Der liberale Militarismus legitimiert Krieg, Kriegsvorbereitung und militärische Operationen, die im Kapitalismus eine eigene Funktion in der politischen Ökonomie innehaben.

Erst die politökonomische Verknüpfung von Staat, Imperialismus und Militarismus und die Methode der Abstraktion und Konkretion kann diese Zusammenhänge offenlegen und zu einem vollen Verständnis des Phänomens, der Friedensfazität, beitragen. Durch dieses eingebettete Verständnis ergeben sich andere, breitere Konsequenzen für die politischen Schlussfolgerungen, als eine liberal-realistische Perspektive erlauben würde. Das zeige ich im nachfolgenden, letzten Kapitel, in dem ich zum Abschluss einige politische Schlussfolgerungen vorschlage.

---

## **6. Diskussion: Kritik der politischen Ökonomie europäischer militarisierter Außenpolitik**

---

In den europäischen Forschungsinstituten ist eine Reihe an Forschenden aktiv, die sich mit der EFF beschäftigen und Vorschläge entwickeln, wie die EFF den Zielen der EU besser gerecht werden könnte. Sie sprechen einige Probleme an, die in dieser Arbeit identifiziert wurden: Die fehlende demokratische und zivilgesellschaftliche Kontrolle, die mangelnde Transparenz und die fragwürdigen Auswirkungen militärischen Kapazitätsaufbaus auf die lokale Sicherheits- und Menschenrechtslage. Die Autor\*innen adressieren diese Probleme mit konkreten Empfehlungen, wie beispielsweise Stella Hauk und Max Mutschler (2020) vom Bonn International Center for Conflict Studies (BICC), ein international bekanntes Institut der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Die Autor\*innen entwarfen 2020 fünf verschiedene Vorschläge, wie die EFF ein Vorbild für die Kontrolle von Rüstungsexporten werden könnte: Sie fordern einen zweijährigen, öffentlichen Bericht über alle EFF-finanzierten Waffenlieferungen, die Informationen zum Typ, den Lieferbedingungen und den Empfänger\*innen beinhalten sollen. Sie fordern Maßnahmen, die eine Kontrolle der vertragsgerechten Nutzung des gelieferten Equipments gewährleisten. EU-Beamte, zum Beispiel vom EAD, sollen dazu befugt werden, vor Ort Kontrollen durchzuführen. Darüber hinaus soll vor der Lieferung evaluiert werden, ob die Partner eine funktionierende Struktur zum Management von Waffen und Munition etabliert haben. Ist dies nicht der Fall, sollen sie beim Aufbau einer solchen Struktur unterstützt werden. Eine weitere Empfehlung ist, einen Beschwerdemechanismus für die Zivilbevölkerung einzurichten, die von Missbrauch der gelieferten Waffen betroffen sein könnte. Nicht zuletzt fordern die Autor\*innen die Einbindung des Europäischen Parlaments, um demokratische Legitimität zu garantieren (Hauk & Mutschler 2020: 1). Die Autorinnen Giovanna Maletta und Lauriane Héau, zwei Forscherinnen des Dual-Use and Arms Trade Controls-Programm am renommierten Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), publizierten 2022 ein Paper zur Europäischen Friedensfähigkeit. Sie empfehlen, wie ihre Kolleginnen des BICC, dass das Europäische Parlament in das Management der EFF miteinbezogen werden sollte. Sie fordern auch Transparenz darüber ein, welches Equipment durch die EFF finanziert wird und schlagen ebenso eine Reihe an Maßnahmen vor, wie kontrolliert werden kann, dass das Equipment nicht in die falschen Hände gerät (Maletta & Héau 2022: 22-23). In eine ähnliche Kerbe schlagen Tyyne Karjalainen und Katariina Mustasilta (2023: 6-7) vom Finnish Institute of International Affairs (FIIA), die mehr Transparenz über die Richtlinien der Waffenlieferungen

---

und mehr Prävention von unbeabsichtigter Verbreitung des gelieferten Materials befürworten. Die Autorinnen regen darüber hinaus eine kritische Reflexion der militarisierten Strategie an, indem sie infrage stellen, ob die Ertüchtigung und Ausstattung wirklich zur Friedensbildung und Konfliktprävention beitragen. Sie schließen mit dem Aufruf, die europäischen Grundwerte nicht unter den Tisch fallen zu lassen:

[F]or the EPF to support the EU's and its Member States' interests and security more long-term, the CSDP [Common Security and Defence Policy] needs to be more clearly geared not only towards countering geopolitical rivals but to consistently build and defend the core values, interests and international order that the EU strives for. (Karjalainen & Mustasilta 2023: 7)

Diese repräsentativen Empfehlungen bergen das Potential zur Verbesserung, ohne dabei systeminhärente Logiken zu durchbrechen. Ein Transparenzregister für Waffenlieferungen durchbricht nicht die Tatsache, dass die Waffenlieferungen ein lukratives Geschäft für die Rüstungsindustrie sind, die Profite mit Konflikten und Krieg machen kann. Kontrollmaßnahmen vor Ort folgen weiter der Idee, dass die Konflikte über den militärischen Kapazitätsaufbau besiegelt werden können und nimmt die inhärenten Konsequenzen von Waffenlieferungen und Ertüchtigung in Kauf. Eine Reflexion der militärischen Strategie und eine stärkere Rückbesinnung auf die europäischen Werte wären begrüßenswert, eine integrierte Strategie, die Entwicklungsfragen miteinbezieht, bricht aber dennoch nicht mit liberalen Militarismus und Imperialismus. Eine gestärkte Rolle des Europäischen Parlaments fördert den öffentlichen Diskurs über die europäische Außenpolitik und diese Empfehlungen, ein richtiger Durchbruch zur Demokratisierung wäre es aber nicht, solange die ökonomische Macht des europäischen Kapitals unantastbar bleibt.

All diese Empfehlungen haben gemeinsam, dass sie eine Frage nicht berühren: Die Frage der Machtbeziehungen. Indem Klassen- und Herrschaftsverhältnisse außen vorgelassen werden, bleiben die Vorschläge in der kapitalistischen, imperialistischen und militaristischen Logik verhaftet und können daher lediglich ihre Auswüchse berühren. Wenn es der geopolitische, ökonomische und hegemoniale Kontext ist, der die europäische Politik zu militärischer Strategien und Rüstung zu nötigen scheint, dann gilt es auch, diesen Kontext zu ändern. Rosa Luxemburg (2021a [1899]: 118) forderte dazu auf, nicht nur die Auswüchse des kapitalistischen, militaristischen Systems zu bekämpfen, sondern das System selbst. Globale Gerechtigkeit und eine klassenlose Gesellschaft sind dabei in der revolutionären Realpolitik, die Luxemburg in ihrer Schrift zu Reform oder Revolution entwirft, politische Ziele,

---

die der tagtäglichen politischen Praxis und der mittel- und langfristigen Strategie eine Richtung geben (Haug 2007: 64-69). Wenn Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus nicht von heute auf morgen abgeschafft werden können, so gilt es viel eher, durch die materialistische Entzauberung der Verhältnisse Richtungsweiser aufzustellen. So werden durch die politökonomische Perspektive fundamentale Veränderungen denkbar, weil die Frage der Macht nicht ignoriert, sondern ins Zentrum der Analyse gestellt wird.

Die Frage nach Macht ist die Frage nach Profit und Eigentum. Rüstungskonzerne, die ein Interesse an Aufrüstung haben, können keine guten außenpolitische Berater sein. Anstatt auf Problemlagen mit zivilen Mitteln zu reagieren oder diese ergebnisoffen und ernsthaft gegen militärische Mittel abzuwiegen, wird *hard power* aus der Dynamik des militärisch-industriellen Komplexes zur alternativlosen Konsequenz. Diese Dynamik ist nicht unbedeutend für die europäische Sicherheit, denn der aktuelle Krieg in Europa hat Entgrenzungspotential: Er birgt die Gefahr, dass Rüstungsspiralen ungebremst hochdrehen und die Konfrontations- und Eskalationslogik nicht mehr durchbrochen werden kann (Kolling 2023: 10). Transparenzregister und Berichte über Waffenexporte unterbinden nicht das Lobbying der Rüstungsindustrie, sie verwirren nicht die militärisch-industriellen Netzwerke in Europa und ignorieren den Fakt, dass es Kapitalfraktionen gibt, die durch Konflikt und Krieg Profite machen. Eine politökonomischer Zugang scheut sich nicht vor Forderungen, die die ökonomische Macht der Rüstungskonzerne einschränkt, beschneidet oder aushebelt. Rüstungslobbyist\*innen dürfen nicht mit am Tisch sitzen, wenn über Außenpolitik entschieden wird. Die politökonomische Perspektive macht außerdem denkbar, dass Verteidigung, Sicherheit und Rüstung der Profitlogik entzogen werden, indem sie zu das Privateigentum an Rüstungsindustrie aufgehoben und gesellschaftliche Kontrolle über die Rüstungsproduktion gewonnen wird. Dadurch könnte ein Anker gelichtet werden, der die militaristischen Ideologie in den politischen Strukturen verfestigt.

Ein zweiter Anker der militaristischen Ideologie ist das internationale Konkurrenzsystem der Staaten. Rosa Luxemburg plädiert, untermauert von materialistischer Analyse, dafür, die Konkurrenz des Kapitals und der Staaten durch die Solidarität der internationalen Arbeiter\*innenklasse zu bekämpfen. „Nicht die europäische Solidarität, sondern die *internationale* Solidarität, die sämtliche Weltteile, Rassen [sic!] und Völker umfasst“ (Luxemburg 2018 [1911]: 34, Herv. i. O.) ist die Grundlage für den politischen Kampf gegen Militarismus und Krieg. Eine kritische Friedenspolitik möchte nicht die nationale Solidarität

---

gegen die europäische Solidarität austauschen, sondern die Klassensolidarität über alle Grenzen hinweg zum Dreh- und Angelpunkt ihres Handelns machen. “Für eine emanzipatorische Europapolitik bedeutet das, den Großmachtillusionen entgegenzutreten” (Wahl 2024: 33), den Platz Europas in der Welt anhand der Interessen derjenigen zu bestimmen, die nicht für Profit, sondern für ihren eigenen Lebensunterhalt arbeiten und die außenpolitische Strategie nicht anhand europäischer Interessen, sondern internationalistisch auszulegen. Außenpolitisch nicht mehr nach europäischer Hegemonie zu streben, sondern nach dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlage, der Versorgung der Bevölkerung und Projekten internationaler Solidarität.

Aus diesem emanzipatorischen Blickwinkel stellt sich die Frage der Autonomie neu. Tatsächlich sollte progressive Europapolitik auf Autonomie (von den USA) ausgerichtet sein (Wahl 2024: 33), aber nicht als Autonomie des europäischen Kapitals gegenüber dem US-amerikanischen oder chinesischen Kapital. Sondern als Autonomie und Demokratie, die in der Basis der Gesellschaft verankert ist, als Ermächtigung der arbeitenden Klasse, die Kontrolle über ihre Lebensbedingungen erlangt und produziert, was gesellschaftlich notwendig ist. Die staatlichen Investitionen in strategisch wichtige Sektoren wie die Energie, sollten deshalb keine Geldgeschenke an das reichste 1%, sondern mit gesellschaftlicher Kontrolle verbunden sein, das heißt, die Energieproduktion demokratisch, nachhaltig und suffizient neugestalten.

Die Frage der Autonomie der europäischen Arbeiter\*innenklasse hängt direkt mit den imperialistischen Verstrickungen im Sahel zusammen. Solange es kapitalistisches Eigentum (Frankreichs) an den (Energie-)Ressourcen im Sahel gibt, wird dieses nicht direkt jenen zugutekommen, die vor Ort leben. Diesen Umstand können Entwicklungsgelder nicht wieder wettmachen. Die Europäische Union ist zwar die größte Geberin von Geldern der Entwicklungshilfe, aber die Geldtöpfe für Entwicklung erscheinen, im Vergleich zu den großen ökonomischen Prozessen der abhängigen und extraktiven Entwicklung doch verschwindend gering. Die neoliberale Handels- und Investitionspolitik der EU konterkariert jeden Vorsatz und jedes Ziel der europäischen Entwicklungshilfe (Ryner & Cafruny 2017: 201). Das expansive europäische Akkumulationsmodell und in Mali und Niger konkret die französischen Unternehmen müssen sich zurückziehen, nicht zugunsten des Höchstbieters am Markt, sondern zugunsten autonomer und demokratischer Produktion vor Ort. Anstatt fossile und

---

atomare Energiequellen andernorts zu entziehen, sollte die europäische Energiewende auf eigene, nachhaltige Ressourcen bauen.

Wenn Europa als ersten Schritt die Praxen der internationalen Ausbeutung unterlässt, stellt sich im zweiten Schritt die komplexe Frage, wie internationale Unterstützung solidarisch und gleichberechtigt umgesetzt werden kann – insbesondere zugunsten von Menschen, deren Leben vom Terror islamistisch-rechtsextremer Gruppen bedroht wird. Die militärische Strategie der intervenierenden Terrorbekämpfung muss als gescheitert erachtet werden – keine der involvierten Staaten, und schon gar nicht die EU, hatte damit Erfolg. Es ist deshalb an der Zeit, die soziale und ökonomische Sicherheit ins Zentrum zu stellen. Europa kann dabei nicht als wohlthätiger Geldgeber auftreten, denn Europa schuldet ehemaligen Kolonien keine Entwicklungsgelder, sondern Reparationszahlungen und globale Um- und Rückverteilung. War Europa einst Führungsmacht in der neoliberalen Globalisierung, die die Macht der transnationalen Konzerne ins schier unendliche gesteigert hat, sollte ein europäischer Zusammenschluss der arbeitenden Klassen heute darauf ausgerichtet sein, diese Macht zu brechen. Um den Krisen, die geoökonomische und -politische Ursprünge haben, ihrer kapitalistischen Grundlage zu entziehen.

---

## Literaturverzeichnis

---

- Afoumba, Dolly Katiutia Alima (2021). Rekolonisierung des Sahel: Kapitalistische Akkumulation und westliche Militärinterventionen. In: *Wissenschaft & Frieden*, 39(1), 31-34.
- Aggestam, Lisbeth; Hyde-Price, Adrian (2019). Double Trouble: Trump, Transatlantic Relations and European Strategic Autonomy. In: *Journal of Common Market Studies*, 57, 114-127.
- Akkerman, Mark; Brunet, Pere; Feinstein, Andrew; Fortin, Tony; Hegarty, Angela; Bhriain, Niamh Ní et al. (2022). Fanning the Flames: How the European Union is fuelling a new arms race. European Network Against the Arms Trade (ENAAAT), Stop Wapenhandel und Transnational Institute (Hg.). <https://www.tni.org/files/publication-downloads/fanning-the-flames-execsum-en.pdf> [Zugriff: 20.09.2024].
- Albrecht, Ulrich (1997). Militärisch-industrieller Komplex (MIK). In: Albrecht, Ulrich; Volger, Helmut (Hg.). *Lexikon der Internationalen Politik*. Berlin, Boston: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 346-348.
- Althusser, Louis (1977). *Ideologie und ideologische Staatsapparate: Aufsätze zur marxistischen Theorie*. Hamburg: VSA Verlag.
- Altvater, Elmar (2015). Die Aushebelung der Demokratie durch die Troika: Kommentar zur Machtpolitik der EU gegenüber Griechenland. In: *Widerspruch Beiträge zu sozialistischer Politik*, 34(66), 21-23. DOI: 10.5169/seals-651607.
- Bachmann, Jan (2008). The Danger of 'Ungoverned' Spaces: the 'War on Terror' and its Effects on the Sahel Region. In: Eckert, Julia M. (Hg.). *The Social Life of Anti-Terrorism Laws: the War on Terror and the Classifications of the "Dangerous Other"*. Bielefeld: transcript, 131-162.
- Balibar, Étienne (2009). Ideas of europe: Civilization and constitution. In: *Iris*, 1(1), 3-17.
- Balibar, Étienne (2016). Europe at the Limits. In: *Interventions*, 18(2), 165-171. DOI: 10.1080/1369801X.2015.1106966.
- Balzacq, Thierry; Léonard, Sarah; Ruzicka, Jan (2016). 'Securitization' revisited: theory and cases. In: *International Relations*, 30(4), 494-531.
- Barfuss, Thomas; Jehle, Peter (2014). *Antonio Gramsci: zur Einführung*. Hamburg: Junius Verlag.
- Barrios, Cristina (2021). Security Provision and Counterterrorism in the Sahel. In: Villalón, Leonardo A (Hg.). *The Oxford Handbook of the African Sahel*. Oxford: Oxford University Press, 439-457.
- Basham, Victoria (2020). "Wenn du Frieden willst, bereite Krieg vor": Über liberalen Militarismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 70(16-17), 48-52.
- Becker, Joachim, Weissenbacher, Rudy; Jäger, Johannes (2021). Uneven development in the EU: Processes of core-periphery relations. In: Bigo, Didier; Diez, Thomas; Fanoulis,

- 
- Evangelos, Rosamond, Ben; Stivachtis, Yannis A. (Hg.). *The Routledge Handbook of Critical European Studies*. London, New York: Routledge, 224 – 238.
- Berndt, Michael (2021). Der polit-ökonomische Ansatz der Kritischen Friedensforschung von Ekkehart Krippendorff. In: *Die Friedens-Warte*, 94(1-2), 30-44.
- Berndt, Michael (2023). Es geht gar nicht um Mali!: Eine polit-ökonomische Analyse des Bundeswehreinsatzes. In: *Wissenschaft & Frieden*, 41(1), 43-47.
- Berndt, Michael (2024). Militärinterventionen im Sahel: Teil der Problemlösung oder Teil der Probleme?. In: Mühlbauer, Josef; Lakitsch, Maximilian (Hg.). *Kritische Friedensforschung: Konzepte, Analysen & Diagnosen*. Berlin: mandelbaum, 93-104.
- Besch, Sophia (2024). Understanding the EU's New Defense Industrial Strategy. *Carnegie Endowment for International Peace, Q&A*. <https://carnegieendowment.org/2024/03/08/understanding-eu-s-new-defense-industrial-strategy-pub-91937>, 08.03.2024 [Zugriff: 11.04.2024].
- Best, Ulrich (2008). Raum- und Europakonzepte in Imperialismustheorien. In: *ACME: An International Journal for Critical Geographies*, 7(3), 457–481. [journal.org/index.php/acme/article/view/815](http://journal.org/index.php/acme/article/view/815).
- Bieling, Hans Jürgen (2010). *Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bieling, Hans Jürgen (2017). Das EU-Imperium: Struktur, Funktionsweise und Transformation. In: Candeias, Mario & Demirović (Hg.). *Europe – what's left?: Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 49-69.
- Bieling, Hans-Jürgen (2024). Die EU in der neuen globalen Geoökonomie: Zum Charakter des neuen europäischen Staatsinterventionismus. In: Sablowski, Thomas; Wahl, Peter (Hg.). *Europäische Integration in der multiplen Krise: Zukunftsaussichten der Europäischen Union*. Hamburg: VSA, 35-46.
- Blanchet, Thomas; Chancel, Lucas; Gethin, Amory (2019). How Unequal Is Europe?: Evidence from Distributional National Accounts, 1980-2017. *World Inequality Database* (Hg.). *WID.world Working Paper*, 2019(6). <https://wid.world/document/bcg2019-full-paper/>.
- Böröcz, József (2016). European Union: Imperial geopolitics and enforcement chains. In: Behr, Hartmut; Stivachtis, Yannis (Hg.). *Revisiting the European Union as an Empire*. London, New York: Routledge, 59–73.
- Braml, Josef (2017). Militärisch-industrieller Komplex. In: Jäger, Thomas (Hg.). *Die Außenpolitik der USA*. Wiesbaden: Springer, 85-102.
- Bremberg, Niklas; Danielson, August; Hedling, Elsa; Michalski, Anna (2022). *The everyday making of EU foreign and security policy: Practices, socialization and the management of dissent*. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar Publishing.



- 
- Buckel, Sonja; Kopp, Judith (2021). „Das Recht, nicht gehen zu müssen“: Eine Analyse der europäischen „Fluchtursachenbekämpfung“ im Kontext globaler Ungleichheit. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Abteilung Europa und Internationales (Hg.), Juni 2021. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16502385/>.
- Buzan, Barry; Wæver, Ole; de Wilde, Jaap (1998). *Security: A New Framework For Analysis*. Colorado, London: Lynne Rienner Publishers.
- Calhoun, Craig (Hg.). (2002). Althusser, Louis. *Dictionary of the Social Sciences*. <https://www.oxfordreference.com/display/10.1093/acref/9780195123715.001.0001/acref-9780195123715-e-53> [Zugriff: 21.08.2024].
- Candeias, Mario (2007). Gramscianische Konstellationen: Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Merckens, Andreas; Rego Diaz, Victor (Hg.). *Mit Gramsci arbeiten: Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis*. Hamburg: Argument, 15-32.
- Canterbury, Dennis C. (2009). European Bloc Imperialism. In: *Critical Sociology*, 35(6), 801-823. DOI: 10.1177/089692050934307.
- Cardiff University (2024). Professor Victoria Basham. <https://profiles.cardiff.ac.uk/staff/bashamv> [Zugriff: 31.01.2024].
- Covey, Eric (2017). “Frontier Risk” and the Sino-American Scramble in the Sahel. In: *American Quarterly*, 69(3), 653-673. <https://dx.doi.org/10.1353/aq.2017.0055>.
- Csernaton, Raluca (2021). *The EU’s Defense Ambitions: Understanding the Emergence of a European Technological and Industrial Complex*. Carnegie Europe, Working Paper, December 2021. [https://carnegieendowment.org/files/Csernaton\\_EU\\_Defense\\_v2.pdf](https://carnegieendowment.org/files/Csernaton_EU_Defense_v2.pdf) [Zugriff: 05.04.2024].
- Dahm, Jochen; Hartmann, Thomas; Hüller-Hennig, Marius; Herkendell, Michael; Renvert, Nicole; Schulze, Bodo et al. (2017). *Frieden, Sicherheit und Soziale Demokratie*. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/14343.pdf>.
- Dauderstädt, Michael (2023). *Ungleichheit in Europa: Die Folgen von Pandemie und Krieg*. Friedrich Ebert Stiftung (Hg.). <https://library.fes.de/pdf-files/international/20161.pdf> [Zugriff: 21.08.2024].
- Davitti, Daria; Ursu, Anca-Elena (2018). *Why Securitising the Sahel Will Not Stop Migration*. Human Rights Law Centre, University of Nottingham, FMU Policy Brief 02/2018. [https://lup.lub.lu.se/search/files/55021820/Why\\_Securitising\\_the\\_Sahel\\_Will\\_Not\\_Stop\\_Migration.pdf](https://lup.lub.lu.se/search/files/55021820/Why_Securitising_the_Sahel_Will_Not_Stop_Migration.pdf) [Zugriff: 17.09.2024].
- De Genova, Nicholas (2016). The European Question: Migration, Race, and Postcoloniality in Europe. In: *Social Text*, 34(3), 75-102.
- Deleja-Hotko, Vera; Esswein, Ann; Izuzquiza, Luisa; von Laffert, Bartholomäus; Sala, Daniela; Simeonidis, Phevos (2021). *Die Frontex Files*. Disinfaux Collective, ZDF Magazin Royale. <https://frontexfiles.eu/> [Zugriff: 13.04.2024].

- 
- Demirović, Alex (2007). Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft: Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In: Buckel, Sonja; Fischer-Lescano, Andreas (Hg.). Hegemonie gepanzert mit Zwang: Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos, 21-42.
- Demirović, Alex; Adolphs, Stephan; Karakayali, Serhat (2010). Einleitung. In: Demirović, Alex; Adolphs, Stephan; Karakayali, Serhat (Hg.). Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Baden-Baden: Nomos, 9-18.
- Deppe, Frank; Salomon, David; Solty, Ingar (2011). Imperialismus. Köln: Papy Rossa.
- Directorate General for External Policies of the Union (2020). The EU's Defence Technological and Industrial Base. Policy Department for External Relations, Directorate-General for External Policies of the Union. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/603483/EXPO\\_IDA\(2020\)603483\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/603483/EXPO_IDA(2020)603483_EN.pdf) [Zugriff: 05.04.2024].
- Douo, Myriam; Izuzquiza, Luisa; Silva, Margarida (2021). Lobbying Fortress Europe: The making of a border-industrial complex. Corporate Europe Observatory. <https://corporateeurope.org/en/lobbying-fortress-europe>, 05.02.2021 [Zugriff: 13.04.2024].
- Dunne, Paul J.; Sköns, Elisabeth (2011). Militärisch-industrieller Komplex im Wandel. In: Wissenschaft & Frieden, 2011/2, 14-18. <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/militaerisch-industrieller-komplex-im-wandel/> [Zugriff: 13.04.2024].
- Eastwood, James (2018). Rethinking militarism as ideology: The critique of violence after security. In: Security Dialogue, 49(1-2), 44-56.
- EEAS, European External Action Service (2019). European Union Common Security and Defence Policy: Missions and Operations: Annual Report 2018. Luxembourg: Publications Office of the European Union, April 2019. [https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/20193237\\_ofab19001enn\\_pdf\\_0.pdf](https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/20193237_ofab19001enn_pdf_0.pdf) [Zugriff: 27.08.2024].
- EEAS, European Union External Action Service (2011). Strategy for Security and Development in the Sahel. [https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/strategy\\_for\\_security\\_and\\_development\\_in\\_the\\_sahel\\_en\\_0.pdf](https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/strategy_for_security_and_development_in_the_sahel_en_0.pdf) [Zugriff: 20.08.2024].
- EEAS, European External Action Service (2023a). European Peace Facility: Factsheet. [https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2023/EU-peace-facility\\_2023-11\\_0.pdf](https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2023/EU-peace-facility_2023-11_0.pdf), 23.11.2023 [Zugriff: 29.12.2023].
- EEAS, European External Action Service (2023b). European Union Common Security and Defence Policy: Missions and Operations: Annual Report 2022. Luxembourg: Publications Office of the European Union, June 2023. [https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2023/CSDP\\_Annual\\_Report\\_2022\\_%282023%29\\_EN\\_v5.pdf](https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2023/CSDP_Annual_Report_2022_%282023%29_EN_v5.pdf), [Zugriff: 27.08.2024].
- EEAS, European External Action Service (2023c). Niger: Statement by High Representative Josep Borrell on the latest developments. [https://www.eeas.europa.eu/eeas/niger-statement-high-representative-josep-borrell-latest-developments\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/niger-statement-high-representative-josep-borrell-latest-developments_en), 29.07.2023 [Zugriff: 20.09.2024].
-

- 
- EEAS, European External Action Service (2024). End of mandate EUTM Mali. [https://www.eeas.europa.eu/eeas/end-mandate-eutm-mali\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/end-mandate-eutm-mali_en), 17.05.2024 [Zugriff: 27.08.2024].
- Elischer, Sebastian (2021). Militaries in Sahelian Politics. In: Villalón, Leonardo A. The Oxford Handbook of the African Sahel. Oxford: Oxford University Press, 423-438.
- Engberg, Katarina (2013). Ten years of EU military operations. In: European Union Institute for Security Studies, (41), 1-4.
- EUCAP Sahel Niger (2020). EUCAP Sahel Niger: Partnership for Security in the Sahel. <https://eucap-sahel.eu/wp-content/uploads/2020/10/EUCAP-Sahel-Niger-Fact-sheet-EN-low-resolution.pdf>, October 2020 [Zugriff: 25.08.2024].
- European Commission; High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy (2024). A new European Defence Industrial Strategy: Achieving EU readiness through a responsive and resilient European Defence Industry, joint communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. [https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/643c4a00-0da9-4768-83cd-a5628f5c3063\\_en?filename=EDIS%20Joint%20Communication.pdf](https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/643c4a00-0da9-4768-83cd-a5628f5c3063_en?filename=EDIS%20Joint%20Communication.pdf), 05.03.2024 [Zugriff: 14.04.2024].
- EUTM Mali (2024). European Union Training Mission Mali 2013-2024: More than 11 years in Mali. <https://eutmmali.eu/wp-content/uploads/2024/05/20240504-History-book.pdf> [Zugriff: 27. 08.2024].
- EZB, Europäische Zentralbank (2024). EZB veröffentlicht neue Statistik zur Verteilung des Vermögens privater Haushalte. <https://www.bundesbank.de/resource/blob/921542/2c35f685a248996fc87ba2bb746bc59b/mL/2024-01-08-vermoegen-haushalte-download.pdf>, 8.1.2024 [Zugriff: 20.08.2024].
- Feroz, Emran (2021). Der längste Krieg: 20 Jahre War On Terror. Frankfurt am Main: Westend.
- Fleischer, Helmut (1963). Kleines Textbuch Der Kommunistischen Ideologie: Auszüge aus dem Lehrbuch "Osnovy marksizma-leninizma" mit Register. Dordrecht: Springer.
- Frankfurt University of Applied Sciences (2023). Prof. Dr. Jens Wissel: Professur für Sozialpolitik unter besonderer Berücksichtigung von Arbeit. <https://www.frankfurt-university.de/de/hochschule/fachbereich-4-soziale-arbeit-gesundheit/kontakt/professor-innen/jens-wissel/>, 10.10.2023 [Zugriff: 21.08.2024].
- Galtung, Johan (1972). Eine strukturelle Theorie des Imperialismus. In: Senghaas, Dieter (Hg.). Imperialismus und strukturelle Gewalt: Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 29-104.
- Georgi, Fabian (2016). Widersprüche im langen Sommer der Migration: Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse. In: PROKLA, 183, 183-203. <https://www.prokla.de/index.php/PROKLA/article/view/108/86> [Zugriff: 13.01.2024].
- Gerken, Johannes (2021). EU-Staatlichkeit zwischen Ausbau und Stagnation: Kritische Perspektiven auf die Transformationsprozesse in der Euro-Krise. Bielefeld: transcript.

- 
- Giegerich, Bastian (2015). European Cooperation and Defence Procurement: Current Trends. In: Kollmer, Dieter (Hg.). *Militärisch-Industrieller Komplex?: Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg*. Freiburg, Berlin, Wien: Rombach, 285-302.
- Harvey, David (2003). *The new imperialism*. Oxford: University Press.
- Haug, Frigga (2007). *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik*. Hamburg: Argument.
- Hauk, Stella; Mutschler, Max (2020). Five ways to make the European Peace Facility a role model for arms export control. Bonn International Center for Conflict Studies (BICC), BICC Policy Brief, 6/2020. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-70084-9>.
- Heidhues, Franz; Obare, Gideon A. (2011). Lessons from Structural Adjustment Programmes and their Effects in Africa. In: *Quarterly Journal of International Agriculture*, 50(1), 55-64.
- Hermann, Christoph; Hinrichs, Karl (2012). Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick. Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt, Wien, November 2012. [https://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Forba-Studie\\_Finanzkrise\\_2012\\_neu.pdf](https://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Forba-Studie_Finanzkrise_2012_neu.pdf) [Zugriff: 14.01.2024].
- Hirsch, Joachim (2005). *Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Hoijtink, Marijn; Muehlenhoff, Hanna L. (2020). The European Union as a Masculine Military Power: European Union Security and Defence Policy in 'Times of Crisis'. In: *Political Studies Review*, 18(3), 362-377. <https://doi.org/10.1177/1478929919884876>.
- Human Rights Watch (2019). Mali: Events of 2018. World Report 2019. <https://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/mali> [Zugriff: 24.08.2024].
- Human Rights Watch (2023). Mali: Events of 2022. World Report 2023. <https://www.hrw.org/world-report/2023/country-chapters/mali> [Zugriff: 24.08.2024].
- Human Rights Watch (2024a). Mali: Events of 2024. World Report 2024. <https://www.hrw.org/world-report/2024/country-chapters/mali#490732> [Zugriff: 24.08.2024].
- Human Rights Watch (2024b). Niger: Events of 2023. World Report 2024. <https://www.hrw.org/world-report/2024/country-chapters/niger> [Zugriff: 24.08.2024].
- Iñiguez de Heredia, Marta (2021). EU peacebuilding's new khaki: Exceptionalist militarism in the trading of good governed for military-capable states. In: *Politics*, 41(3), 296-315.
- Jäger, Johannes; Springler, Elisabeth (2015). *Ökonomie der internationalen Entwicklung: Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. Wien: mandelbaum.

- 
- Kannankulam, John (2010). Autoritärer Etatismus: Elemente eines staats- und krisentheoretischen Konzepts von Nicos Poulantzas. In: Demirović, Alex; Adolphs, Stephan; Karakayali, Serhat (Hg.). Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Baden-Baden: Nomos, 223-240.
- Kannankulam, John (2019). Das Staatsprojekt Europa in der Krise: Zur Aktualität des Autoritären Etatismus im Kontext der Finanz- und „Eurokrise“. In: Keil, Daniel; Wissel, Jens (Hg.). Staatsprojekt Europa: Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union. Baden-Baden: Nomos, 83-96.
- Karjalainen, Tyyne; Mustasilta, Katariina (2023). European Peace Facility: from a conflict prevention tool to a defender of security and geopolitical interests. Trans-European Policy Studies Association, TEPSA Brief 05/2023. <https://tepsa.eu/analysis/european-peace-facility-from-a-conflict-prevention-tool-to-a-defender-of-security-and-geopolitical-interests/> .
- Keil, Daniel; Wissel, Jens (Hg.) (2019). Staatsprojekt Europa: Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union. Baden-Baden: Nomos.
- Keil, Roger (1987). David Harvey und das Projekt einer materialistischen Stadttheorie. In: PROKLA Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, 17(69), 132–147.
- Kellner, Anna Maria (2018). Zum Erfolg verdammt?: Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ein Jahr nach der Globalen Strategie. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 11, 1–11. <https://doi.org/10.1007/s12399-017-0687-0>.
- Klauke, Sebastian (2022). Kapital & Krise: Zur Theorie der Multiplen Krise des Kapitalismus. Berlin: Bertz+Fischer.
- Klein, Wolfram (2017). Einleitung. In: Liebknecht, Karl. „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“: Reden und Schriften gegen Militarismus und Krieg. Berlin: manifest, 11-27.
- Kolling, Andrea (2023). Aufrüstung und Kriegswirtschaft als Konsequenz der sogenannten „Zeitenwende“?. In: Wissenschaft & Frieden. Rüstungsexportkontrollatlas. Dossier 97, Dezember 2023, 5- 10.
- Krippendorff, Ekkehart (1963). Ist Aussenpolitik Aussenpolitik?: Ein Beitrag zur Theorie und der Versuch, eine unhaltbare Unterscheidung aufzuheben. Politische Vierteljahresschrift, 4(3), 243-266.
- Küstner, Kai (2024). Söldner im Sahel: Russland umschmeichelt Afrikas Putschisten. <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/sahel-soeldner-russland-100.html>, 17.04.2024 [Zugriff: 27.08.2024].
- LeBlanc, Paul (2013). Imperialismus und Militarismus: Rosa Luxemburg und die globale Gewalt des Kapitalismus. In: Schmidt, Ingo (Hg.). Rosa Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals“: die Aktualität von ökonomischer Theorie, Imperialismuserklärung und Klassenanalyse. Hamburg: VSA-Verlag, 63-81.
- Levy, David (2010). Challenging Social-Democratic Theories of the Global Political Economy and Updating Theories of Imperialism: The Theory of Bloc Imperialism. In: Critique, 38(2), 219-252. DOI: 10.1080/03017601003668746.

- 
- Liebkecht, Karl (1907). *Militarismus und Antimilitarismus: unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung*. Leipzig: Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.
- Lippert, Barbara; von Ondarza, Nicolai; Perthes, Volker (2019). *European Strategic Autonomy: Actors, Issues, Conflicts of Interest*. Berlin: German Institute of Foreign Affairs.
- Luehmann, Malte (2011). *Lobbying Warfare: The Arms Industry's Role in Building a Military Europe*. Corporate Europe Observatory, September 2011. [https://corporateeurope.org/sites/default/files/publications/ceo\\_armslobby\\_en-v2.pdf](https://corporateeurope.org/sites/default/files/publications/ceo_armslobby_en-v2.pdf) .
- Lühmann, Malte (2012). *Rüstungskonzerne und Politik: Rüstungslobbyismus in Deutschland und in der EU*. In: *Wissenschaft & Frieden*, 30(4), 10-12.
- Luxemburg, Rosa (2018 [1911]). *Friedensutopien*. In: Luxemburg, Rosa. *Friedensutopien und Hundepolitik: Schriften und Reden*. Ditzingen: Reclam, 18-35.
- Luxemburg, Rosa (2021a [1899]). *Anhang: Miliz und Militarismus*. In: Luxemburg, Rosa. *Sozialreform oder Revolution?*. Berlin: manifest, 113-139.
- Luxemburg, Rosa (2021b [1899]). *Sozialreform oder Revolution?: Zollpolitik und Militarismus*. In: Luxemburg, Rosa. *Sozialreform oder Revolution?*. Berlin: manifest, 46-52.
- Maletta, Giovanna; Héau, Lauriane (2022). *Funding Arm Transfers Through the European Peace Facility: Preventing Risks of Diversion and Misuse*. SIPRI, Stockholm International Peace Research Institute, June 2022. [https://www.sipri.org/sites/default/files/2022-06/2206\\_supplying\\_weapons\\_through\\_the\\_epf\\_1.pdf](https://www.sipri.org/sites/default/files/2022-06/2206_supplying_weapons_through_the_epf_1.pdf).
- Mann, Michael (1987). *The Roots and Contradictions of Modern Militarism*. In: *New Left Review*, 162, 35-50.
- Marischka, Christoph (2021). *Europas Hinterhof?: "Ertüchtigung" und Militarisierung der Sahel-Region*. In: *Wissenschaft & Frieden*, 2021/1. <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/europas-hinterhof/> [Zugriff: 24.11.2023].
- Maślanka, Łukasz (2023). *An EU War Chest: the success and uncertain future of the European Peace Facility*. In: *OSW Commentary*, 523, 1-5.
- Matveev, Ilya (2021). *Between Political and Economic Imperialism: Russia's Shifting Global Strategy*. In: *Journal of Labor and Society*, 25(2), 198-219.
- Michalski, Anna (2022). *European foreign and security policy in the making: A historical overview*. In: Bremberg, Niklas; Danielson, August; Hedling, Elsa; Michalski, Anna (Hg.). *The everyday making of EU foreign and security policy: Practices, socialization and the management of dissent*. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar.
- Mölling, Christian (2015). *Der europäische Rüstungssektor: zwischen nationaler Politik und industrieller Globalisierung*. SWP-Studie 12/2015, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Mueller, Lisa (2021). *Niger: Precarious Stability*. In: Villalón, Leonardo A. *The Oxford Handbook of the African Sahel*. Oxford: Oxford University Press, 167-183.

- 
- Mühlbauer, Josef; Lakitsch, Maximilian (Hg.) (2024). Kritische Friedensforschung: Konzepte, Analysen & Diagnosen. Berlin: mandelbaum.
- Mühlenhoff, Hanna; Hoijtink, Marijn (2022). Trotz militärischer Unterstützung für die Ukraine: eine feministische Kritik der Militarisierung der EU. In: Feministische Studien, 40(2), 326-331.
- Nkrumah, Kwame (2016 [1965]). Neokolonialismus: Das letzte Stadium des Imperialismus. In: Schmidt, Lukas; Schröder, Sabine (Hg.). Entwicklungstheorien: Klassiker, Kritik und Alternativen. Wien: Mandelbaum, 155-166.
- Oberndorfer, Lukas (2019). Autoritärer Konsens - von der Hegemoniekrise zu einem EU-Sicherheitsregime. In: Book, Carina; Huke, Nikolai; Klauke, Sebastian; Tietje, Olaf (Hg.). Alltägliche Grenzziehungen: Das Konzept der "imperialen Lebensweise", Externalisierung und exklusive Solidarität. Münster: Westfälisches Dampfboot, 44-72.
- Patomäki, Heikki (2008). The political economy of global security: War, future crises and changes in global governance. London: Routledge.
- Petras, James F.; Veltmeyer, Henry (2016). Imperialism and capitalism in the twenty-first century: A system in crisis. London, New York: Routledge.
- Poulantzas, Nicos (1973). Faschismus und Diktatur: Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. München: Trikont Verlag.
- Poulantzas, Nicos (1977). Die Krise der Diktaturen: Portugal, Griechenland, Spanien. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Poulantzas, Nicos (2002 [1978]). Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer E-tatismus. Hamburg: VSA.
- Ptak, Ralf (2008). Grundlagen des Neoliberalismus. In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hg.). Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft, 13-86.
- Pühretmayer, Hans (2013). Kritischer Realismus: Eine Wissenschaftstheorie der Internationalen Politischen Ökonomie. In: Wullweber, Joscha; Graf, Antonia; Behrens, Maria (Hg.). Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Wiesbaden: Springer, 217-232.
- Rat der Europäischen Union (2021). Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32021D0509> [Zugriff: 29.12.2023].
- Rat der Europäischen Union (2022). Niger: EU establishes a military partnership mission to support the country in its fight against terrorism. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/12/12/niger-eu-establishes-a-military-partnership-mission-to-support-the-country-in-its-fight-against-terrorism/>, 12.12.2022 [Zugriff: 30.08.2024].

- 
- Rat der Europäischen Union (2024). EUMPM Niger: Council decides not to extend the mandate of the mission. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/05/27/eumpm-niger-council-decides-not-to-extend-the-mandate-of-the-mission/>, 27.05.2024 [Zugriff: 30.08.2024].
- Ray, Charles (2024). Is the United States Losing the Sahel?. Foreign Policy Research Institute. <https://coilink.org/20.500.12592/9cnpc1r> [Zugriff: 27.0.2024].
- Reuters (2019). Von der Leyen - EU muss "Sprache der Macht" lernen. <https://www.reuters.com/article/world/von-der-leyen-eu-muss-sprache-der-macht-lernen-idUSKBN1X11XZ/>, 8.11.2019 [Zugriff: 20.08.2024].
- Robert, Anne-Cécile (2023). Sahel - Aufstand der Autonomisten. Le Monde diplomatique Online. <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5943464>, 07.09.2023 [Zugriff: 01.07.2024].
- Rodrigues, Stéphane (2023). Financing European Defence: The End of Budgetary Taboos. In: *European Papers*, 8(3), 1155-1177. DOI: 10.15166/2499-8249/709.
- Roithner, Thomas (2007). Die EU auf dem Weg zur Militärmacht: Alternativen zur Militarisierung der Sicherheitspolitik. In: *Widerspruch Beiträge zu sozialistischer Politik* 27, 33-45.
- Roldán Mendivil, Eleonora; Sarbo, Bafta (2021). Materialistischer Antirassismus – zurück zu den Wurzeln. In: Sablowski, Thomas; Dellheim, Judith; Demirović, Alex; Pühl, Katharina; Solty, Ingar (Hg.). *Auf den Schultern von Karl Marx*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 297-309.
- Ruiz, Ainhoa; Vranken, Bram; Vignarca, Francesco; Calvo, Jordi, Sédou, Laëtitia; de Vries, Wendela (2022). Eine militarisierte Union: Analysen und Hintergründe zur Militarisierung der Europäischen Union. Rosa-Luxemburg-Stiftung, European Network Against Armtrade. <https://www.rosalux.eu/kontext/controllers/document.php/943.c/6/524cbd.pdf> [Zugriff: 12.04.2024].
- Ryner, Magnus; Cafruny, Alan (2017). *The European Union and Global Capitalism: Origins, Development, Crisis*. London: Palgrave.
- Sablowski, Thomas; Schneider, Etienne; Syrovatka, Felix (2022). Krise und Regulation des Kapitalismus in der Europäischen Union. *PROKLA Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft*, 52(207), 231–252.
- Sangi, Roya (2017). *Die Auswärtige Gewalt des Europäischen Parlaments*. Berlin / Heidelberg: Springer.
- Sayer, Andrew (1981). Abstraction: A Realist Interpretation. In: *Radical Philosophy*, 28, 6-15.
- Sayer, Andrew (1992 [1984]). *Method in social science: A realist approach*. New York: Routledge.
- Schmidt, Julia (2021). *The European Union and the use of force*. Leiden The Netherlands: Koninklijke Brill N.



- 
- Schreer, Benjamin (2019). Trump, NATO and the Future of Europe's Defence. In: *The RUSI Journal*, 164(1), 10-17.
- Schroeder, Ralph (2006). Introduction: the IEMP model and its critics. In: Hall, John A.; Schroeder, Ralph (Hg.). *An anatomy of power: The social theory of Michael Mann*. Cambridge: Cambridge University Press, 1–16.
- SIPRI, Stockholm International Peace Research Institute (2023). Trends in World Military Expenditure, 2022. Fact Sheet, April 2023. [https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-04/2304\\_fs\\_milex\\_2022.pdf](https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-04/2304_fs_milex_2022.pdf) [Zugriff: 06.04.2024].
- SIPRI, Stockholm International Peace Research Institute (2024). Trends in World Military Expenditure, 2023. Fact Sheet, April 2024. [https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-04/2304\\_fs\\_milex\\_2022.pdf](https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-04/2304_fs_milex_2022.pdf) [Zugriff: 06.04.2024].
- Smith, Michael (2018). Transatlantic security relations since the European security strategy: what role for the EU in its pursuit of strategy autonomy?. In: *Journal of European Integration*, 40(5), 605-620.
- Tchangari, Moussa (2023). *Sahel: Warum die Krisenregion auch ein europäisches Problem ist*. Neu-Isenburg: Westend.
- van Leeuwen, Marianne (2017). NATO and the War on Terror. In: *Atlantisch Perspectief*, 41(3), 14–18. <https://www.jstor.org/stable/48581340> .
- Venturi, Bernardo (2017). The EU and the Sahel: A laboratory of experimentation for the security–migration–development nexus. IAI Working Paper, 17/38, December 2017. <https://www.iai.it/sites/default/files/iaiw1738.pdf>.
- Vertrag über die Europäische Union (konsolidierte Fassung) (2012). [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC\\_1&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF) .
- Wächter, Lars (2020). *Ökonomen auf einen Blick: Ein Personenhandbuch zur Geschichte der Wirtschaftswissenschaft*. Wiesbaden: Springer.
- Wagner, Jürgen (2022). Ein strategischer Kompass für Europas Rückkehr zur Machtpolitik. Rosa Luxemburg Stiftung (Hg.). <https://www.rosalux.eu/kontext/controllers/document.php/942.9/e/7f9d98.pdf>.
- Wagner, Jürgen (2024). Die Militarisierung der EU: Zwischen Vasallentum und autonomer Großmacht. In: Sablowski, Thomas; Wahl, Peter (Hg.). *Europäische Integration in der multiplen Krise: Zukunftsaussichten der Europäischen Union*. Hamburg: VSA, 47-59.
- Wahl, Peter (2024). Zwischen Wollen und Können: Der Anspruch der EU auf Weltmachtstatus. In: Sablowski, Thomas; Wahl, Peter (Hg.). *Europäische Integration in der multiplen Krise: Zukunftsaussichten der Europäischen Union*. Hamburg: VSA, 22-34.
- Whitehouse, Bruce (2021). Mali: Collapse and Instability. In: Villalón, Leonardo A. *The Oxford Handbook of the African Sahel*. Oxford: Oxford University Press, 127-146.

---

Wisotzki, Simone (2023). Mehr oder weniger Sicherheit?: Die Ambivalenz von Rüstungsexporten aus der sicherheitspolitischen Perspektive. In: Wissenschaft & Frieden, Rüstungsexportkontrollatlas, Dossier 97, Dezember 2023, 33-37.

Wissel, Jens (2015). Staatsprojekt Europa: Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union. Münster: Westfälisches Dampfboot.